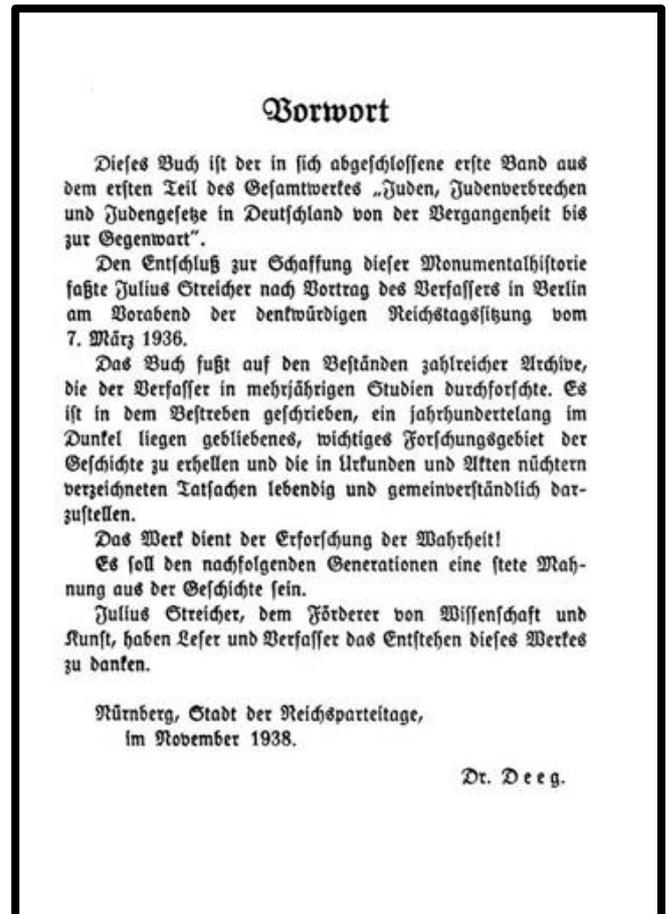
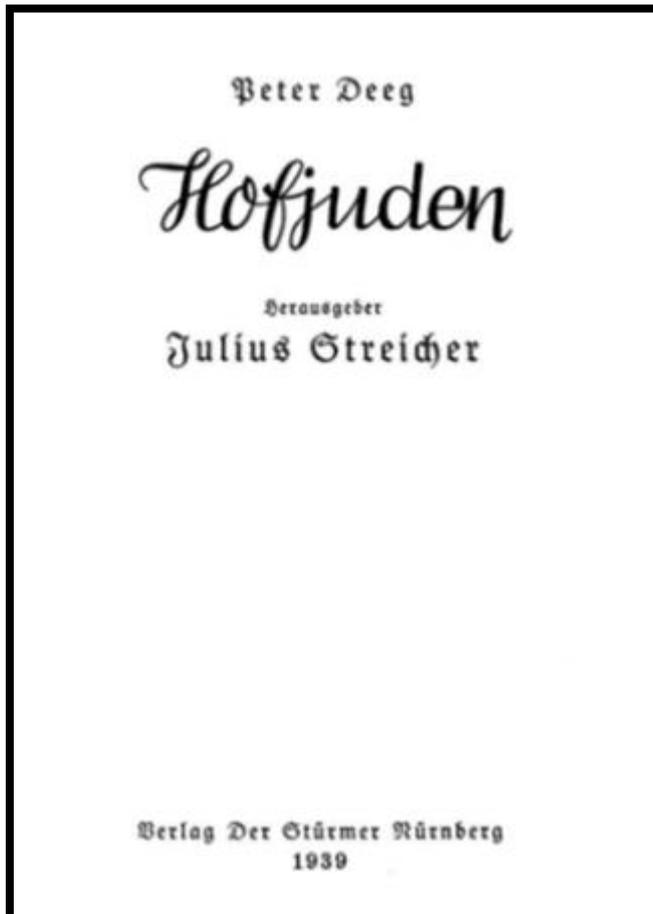


Der „Ritter von Blauschild“

Nürnberger Karikatur Rothschilds als „Geschäftemacher
in allen Zweigen des Handels“

Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Wien
Vollzeihofstelle 5316

(beim Brand des Justizpalastes 1927 in Wien am einen Eck abgebrannt)



Peter Deeg: Hofjuden

Peter Deeg - Ein antisemitischer Autor

Ende 1938 erschien im Verlag „Der Stürmer“ das Buch „Hofjuden“ des Kissingener Rechtsanwalts Dr. Peter Deeg, das zu den antisemitischen Standardwerken des Nationalsozialismus zählte. Es war als erster Band einer großen „Monumentalhistorie“ über „Juden, Judenverbrechen und Judengesetze in Deutschland von der Vergangenheit bis zur Gegenwart“ geplant, die in dieser Form so aber nicht verwirklicht wurde. Die Idee zu dieser „Monumentalhistorie“ war Julius Streicher nach einem Vortrag Peter Deegs in Berlin am 6. März 1936 gekommen. Die „Hofjuden“ seien „in dem Bestreben geschrieben, ein jahrhundertlang im Dunkel liegen gebliebenes, wichtiges Forschungsgebiet der Geschichte zu erhellen und die in Urkunden und Akten nüchtern verzeichneten Tatsachen lebendig und gemeinverständlich darzustellen“. Sie sollten nach eigenem Bekunden des Verfassers „der Erforschung der Wahrheit“ dienen und den „nachfolgenden Generationen eine stete Mahnung aus der Ge-

schichte sein“. Julius Streicher, „dem Förderer von Wissenschaft und Kunst“ hätten Leser und Verfasser das Entstehen dieses Werkes „zu danken“. ¹ Mit seinem Buch wollte Deeg den antisemitischen „Grundmythos“ des Nationalsozialismus von der Eroberung der Weltherrschaft durch die Juden auf „dokumentarische“ Weise „historisch“ verankern. Bei den Hofjuden des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit ansetzend, versuchte er, die Geschichte der Juden in Deutschland und Europa in die Schablone dieses „Mythos“ zu zwängen. Aus angeborener „Geldgier“ ² und „nimmersatter Gefräßigkeit“ ³, dem „Verbrechercharakter der jüdischen Rasse“ ⁴ folgend, hätten es jüdische „Weltherrschaftsstrategen“ ⁵ von jeher auf die „Erschleichung wirtschaftlicher Macht und öffentlichen Einflusses“ ⁶ abgesehen. Durch „Gerissenheit“ ⁷, maßlose „Ausbeutungen“ ⁸, „Wuchereien“ ⁹, „Bestechung“ ¹⁰, „betrügerischen Bankrott“ ¹¹, „Falschmünzerei“ ¹², jüdischen „Verrat“ ¹³, „List, Ränke und Tücke“ ¹⁴ sowie durch „ausgedehnte Kriegsschiebungen“ hätten Juden, die die „geborenen Waffenschieber und Heereslieferanten“ ¹⁵, „Kriegsgewinnler und Münzverbrecher“ ¹⁶ seien, sich „gewaltige Reichtümer angesammelt“ ¹⁷, die es ihnen ermöglicht hätten, „zur deutschblütigen Herrenschaft vorzudringen, den jüdischen Stachel in das Fleisch des deutschen Adels einzupfählen“ ¹⁸ und sich die Türen zum Führertum der Nationen“ ¹⁹ zu öffnen. „Denn fühlt der Jude sich erst als Herr, so ist er anmaßend, frech, unverschämt und ein sittenlos geiles Vieh.“ ²⁰

¹ Peter Deeg: Hofjuden. Nürnberg 1938, Vorwort

² Deeg, Hofjuden, S. 11

³ Ebd.

⁴ Deeg, Hofjuden, S. 140

⁵ Deeg, Hofjuden, S. 451

⁶ Deeg, Hofjuden, S. 6

⁷ Ebd.

⁸ Deeg, Hofjuden, S. 9

⁹ Deeg, Hofjuden, S. 11

¹⁰ Deeg, Hofjuden, S. 13

¹¹ Deeg, Hofjuden, S. 28

¹² Deeg, Hofjuden, S. 45

¹³ Deeg, Hofjuden, S. 74

¹⁴ Deeg, Hofjuden, S. 78

¹⁵ Deeg, Hofjuden, S. 44

¹⁶ Deeg, Hofjuden, S. 192

¹⁷ Deeg, Hofjuden, S. 37

¹⁸ Deeg, Hofjuden, S. 233

¹⁹ Deeg, Hofjuden, S. 362

²⁰ Deeg, Hofjuden. Zitiert nach: „Isacson verzichtet“. In: „Der Spiegel“, Nr. 25, 1959

Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 47	Erscheint wöchentlich, Einzel-Nr. 20 Bfg. Bezugspreis monatlich 84 Bfg. wöchentlich Postbeleggeld. Beilagen bei dem Belegträger oder bei jedem Buchhandl. Nachbestellungen a. B. Tages. Schluss der Abgabemöglichkeit 14 Tage vor Erscheinen. Preis für Geschäfts-Kassa, die ca. 22 mm breite, 1 mm hohe Raum-Zelle im Einzelteil - 35 RM.	Nürnberg, im November 1938	Verlag: Der Stürmer, Julius Streicher, Nürnberg-R. Plannenschenckstraße 18. Verlagsleitung: Max Hink, Nürnberg-R. Plannenschenckstraße 18. Fernsprecher 21830. Postfachkontoamt Nürnberg Nr. 108. Schriftleitung Nürnberg-R. Plannenschenckstraße 18. Fernsprecher 21872. Schließungsdienst Freitag (nachmittags). Briefanschrift: Nürnberg 2, Schleichstraße 30A.	17. Jahr 1938
---------------------	--	----------------------------	--	-------------------------

Hofjuden Ein neues Stürmerbuch

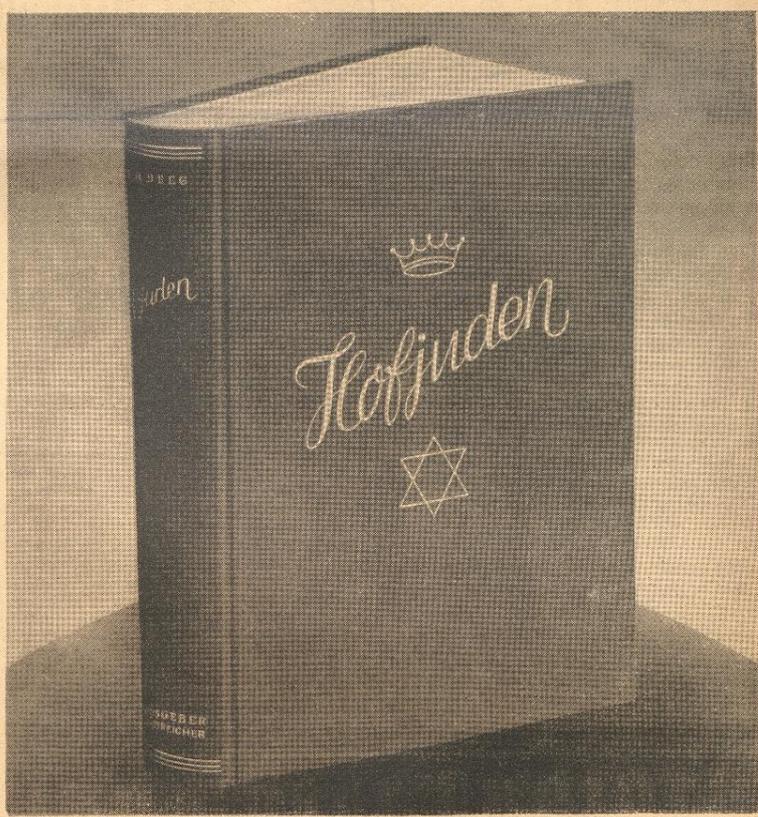
In diesen Tagen ist die Judenfrage nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt in aller Munde. Der Zorn des deutschen Volkes über den Mord von Paris hatte sich in entsprechenden Sühneaktionen gegen die Juden Luft gemacht. Ihnen folgten die Befehle und Maßnahmen der deutschen Regierung. Dieses Vorgehen gegen die Juden hat wiederum in der Weltjudenpresse das entsprechende Echo gefunden. Dazu kommen noch die Maßnahmen, die das italienische Volk gegen die Juden durchführt. Dazu kommen die Stimmen aus dem ungarischen, polnischen und aus anderen Völkern, die eine Vereinigung der Judenfrage verlangen. Kurz, die Judenfrage ist heute aufgeworfen und bildet den Gegenstand politischer Besprechungen, großer Debatten und ungeheurer Aufregung.

Wie aber, so fragen sich heute Millionen Nichtjuden, war es möglich, daß dieses fremde Parasitenvolk in Deutschland und in anderen Völkern so festen Fuß fassen konnte? Wie ist es möglich, daß es Juden gibt, deren Vorfahren schon seit Jahrhunderten in Deutschland sitzen? Wie war es möglich, daß sich dieses Fremdenvolk in Deutschland auf allen Gebieten eine Machstellung erobern konnte, die den Juden zum Herren, den Nichtjuden aber zum Knechte machte?

Auf diese Fragen ist dem deutschen Volke bis jetzt noch keine Antwort gegeben worden. Es lag ein

Aus dem Inhalt

- Antisemitismus in Nordamerika
- Die Juden in Marienbad
- Vom Juden verdorben
- Schwiegervater, Schwiegerohn und Nefte mißbrauchen eine deutsche Angestellte / Ein kennzeichnender Rassenschandeprozess in Hamburg
- Aus der Reichshauptstadt
- Rabbiner Rosenzweig und Genossen
- Aus Köln



Die Juden sind unser Unglück!

Mit dem preußischen „Judenstaatsbürgergesetz vom 11. März 1812“, das Juden die preußische Staatsbürgerschaft zuerkannte, habe dann die „Durchdringung aller Gebiete des öffentlichen Lebens“ durch die Juden begonnen²¹: „Sie werden Ärzte, Lehrer, Akademieprofessoren, Gemeindebeamte, Stadträte, Bürgermeister, Rechtsanwälte, Notare. Nur die Richter- und sonstigen Staatsämter sowie die Ausübung der politischen Rechte bleiben ihnen noch vorenthalten. Aber es kann nur eine Frage weniger Jahrzehnte sein, bis sie auch diese letzten Tore zur Festung des deutschen Volkstums eingedrückt haben werden. Das preußische Judenstaatsbürgergesetz vom 11. März 1812 ist wesentlich mit das Werk der eigenen Hohenzoller'schen Hofjuden. Und es ist der Anfang vom Ende der Hohenzollern'schen Monarchie in Preußen und Deutschland.“²²

Die so erworbene Machtposition hätten die Juden durch „Versippung“²³, „Freimaurerlogen“²⁴, internationale Organisationen wie die „Alliance Israelite“²⁵ sowie eine ausgedehnte Finanz- und „Katastrophenpolitik“²⁶ zur Weltherrschaft auszubauen verstanden. Durch die „Versippung“ der „gesamten internationalen jüdischen Hochfinanz im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert“²⁷ sei das „Netz der jüdischen Geldinternationale“²⁸ versteift, ihr internationaler Einfluss gesichert und gesteigert worden.²⁹ Zur immer stärkeren „Befestigung der jüdischen Herrschaft“³⁰ habe auch die „Knüpfung eines ganzen Netzes von Freimaurerlogen“³¹ beigetragen. Dem gleichen Zweck habe die Gründung der „Alliance Israelite“ gedient, die „nichts weniger als die internationale Organisation Alljudas, die Schaffung und Sicherstellung des Einflusses des Judentums in allen Kulturstaaten des Erdballs“³² bedeute.

Wie rasch „das Judentum insgesamt dann seit der Emanzipation bis zur Spitze der Staatsverwaltung“ emporgestiegen sei, zeige die „Karriere des Stammes

²¹ Deeg, Hofjuden, S. 193

²² Deeg, Hofjuden, S. 194

²³ Deeg, Hofjuden, S. 356

²⁴ Deeg, Hofjuden, S. 212

²⁵ Deeg, Hofjuden, S. 260

²⁶ Deeg, Hofjuden, S. 362

²⁷ Deeg, Hofjuden, S. 27

²⁸ Deeg, Hofjuden, S. 362

²⁹ Deeg, Hofjuden, S. 19

³⁰ Deeg, Hofjuden, S. 212

³¹ Deeg, Hofjuden, S. 212

³² Deeg, Hofjuden, S. 260

Friedländer“: „Die Mariamne, aus der Familie der Berliner und Königsberger Judenanhänger, heiratet anfangs des neunzehnten Jahrhunderts den ostpreussischen Handelsjuden Zacharias Simson. In einer einzigen Generation setzt sich durch diese Ehe das friedländersche Blut bis an die führenden Stellen des öffentlichen Lebens in Deutschland durch. Denn der Sprößling Mariamne Friedländers und des Zacharias, Sigi, wird in raschem Lauf schon als Drei- und zwanzigjähriger Professor der Rechte in Königsberg, wirklicher geheimer Rat in Preußen, am 19. Dezember 1848 Präsident der Frankfurter Nationalversammlung, erteilt den Hohenzollern in Preußen Lehren und Verhaltensmaßregeln, bietet ihnen zuerst als Abgesandter der jüdisch dirigierten deutschen Nationalversammlung am 3. April 1849 und dann nochmals am 18. Dezember 1870 die deutsche Kaiserkrone an, steigt von 1867 bis 1874 nacheinander zum Präsidenten des norddeutschen Bundesreichstages, des Zollparlaments und des ersten Deutschen Reichstags empor, wird Chefpräsident des Appellationsgerichtshofs zu Frankfurt an der Oder, erster Präsident des Reichsgerichts und erhält am 18. März 1888 unter Ernennung zum Ritter des Ordens vom Schwarzen Adler als Herr von Simson den königlich preussischen Adel. In seinem Wappenschild beantragt er die von seinem ausgestreckten Arm gehaltene und den Hohenzollern Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. dargebotene deutsche Kaiserkrone aufzunehmen, verbrämt mit Davidstern und deutschem Reichsadler. Schon im Jahre 1834 hat er seine Rassegenossin Klara Warschauer geehelicht und dadurch die verwandtschaftlichen Bande zu den Mendelssohns und Eichthals, den Seeligmännern und übrigen Männern der jüdisch-europäischen Hochfinanz geknüpft.“³³

Auch im Krieg sah Deeg ein Mittel der Juden zur Erlangung der Weltherrschaft. Die zum Ersten Weltkrieg führende „Katastrophenpolitik“³⁴ und „Einkreisungspolitik Eduard VII. gegen Deutschland“³⁵ gehe auf typisch jüdische „Profitgrundsätze“³⁶ zurück. So sei es etwa nicht zuletzt den „internationalen Finanzbemühungen“ des Juden Cassels³⁷ – gemeint ist der deutsch-bri-

³³ Deeg, Hofjuden, S. 228 f.

³⁴ Deeg, Hofjuden, S. 362

³⁵ Deeg, Hofjuden, S. 465

³⁶ Deeg, Hofjuden, S. 362

³⁷ Deeg spielt hier auf den deutschen linksliberalen Politiker Oskar Cassel (1849-1923) an, der während des Kaiserreichs sich als Abgeordneter in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, dem preussischen Abgeordnetenhaus und der verfassungsgebenden preussischen Landesversammlung, dem Hilfsverein deutscher Juden und seit 1917 als Vorsitzender des Verbandes

tische Bankier Sir Ernest Cassel – zuzuschreiben gewesen, „daß der Ring der Feindstaaten um Deutschland immer dichter und enger“ geworden sei.³⁸ Nicht zuletzt ihre Geld- und Machtmittel hätten die Juden „im Geiste der jüdischen Weltgeltung“ einzusetzen gewusst: So habe etwa Moses Montefiore seine „der nichtjüdischen Handelswelt abgezogenen Hunderte von Millionen [...] fast ausschließlich zur Förderung der jüdischen Weltmachtpläne“ verwandt.³⁹

Bereits in ihrer Grundthese - der Verschwörung des internationalen Judentums zur Erlangung der Weltherrschaft - erinnern die „Hofjuden“ Peter Deegs sehr stark an die u. a. auch von Alfred Rosenberg herausgegebenen „Protokolle der Weisen von Zion“, eine gefälschte antisemitische Hetzschrift, die erstmals im Jahre 1905 in Russland erschien, nach dem Ersten Weltkrieg - obwohl schon als Fälschung entlarvt - eine weltweite Verbreitung fand und schließlich den Nationalsozialisten zur ideologischen Legitimation ihrer Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik diente.⁴⁰ Selbst in Details sind Übereinstimmungen zwischen den beiden antisemitischen Machwerken zu erkennen: Auch in den „Protokollen“ dienen Hinterlist, Bestechung, Betrug, Verrat, Geldadel, Freimaurerlogen und die Entfaltung von Kriegen dem internationalen Judentum zur Verwirklichung seiner Weltherrschaftsambitionen.⁴¹ Deeg dürfte als Forschungsbeauftragter Streichers die „Protokolle“ gut gekannt haben, vielleicht sogar das ideologische Grundgerüst seiner Arbeit aus ihnen bezogen haben. Aber auch eine Vermittlung durch Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“, in den die Vorstellungen der „Protokolle“ Eingang fanden, wäre denkbar.⁴² Auch die Seitenüberschriften, die den Inhalt der jeweiligen Seite griffig zusammenfassen, verdeutlichen, welch Geistes Kind ihr Autor ist. Hier nur eine kleine Auswahl: „Vom Betteljuden zum zaristischen Reichsvizekanzler“⁴³, „Waffen- und Munitionsschmuggler“⁴⁴, „Falschmünzer“⁴⁵, „Geld, Geld,

Deutscher Juden vielfältig engagierte. Nachdrücklich setzte er sich für die Rechte der jüdischen Bevölkerung ein. 1914 wurde er als erster Jude zum Ehrenbürger von Berlin ernannt. Vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Cassel, 8.7.2016.

³⁸ Deeg, Hofjuden, S. 465

³⁹ Deeg, Hofjuden, S. 259

⁴⁰ Vgl. Maier, Johann; Schäfer, Peter (Hrsg.): Kleines Lexikon des Judentums. Konstanz 1981, S. 246

⁴¹ Vgl. Bein, Alex: Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems. Bd. 1. Stuttgart 1980, S. 332

⁴² Zum Einfluss der „Protokolle“ auf Rosenberg vgl. Bein, S. 335

⁴³ Deeg, Hofjuden, S. 42

⁴⁴ Deeg, Hofjuden, S. 44

⁴⁵ Deeg, Hofjuden, S. 46

Geld!“⁴⁶, „Ein typisch jüdischer Verrat“⁴⁷, „Der zudringliche Jude“⁴⁸, „Ein hofjüdischer Betrüger“⁴⁹, „Der Schieber aller Schieber“⁵⁰, „Methoden des Verbrechens“⁵¹, „Jüdisches Ausbeutungssystem und Reichsarmee“⁵², „Der Hofjude paktiert mit dem Feind im Land“⁵³, „Jüdische Lüste – jüdische Ziele“⁵⁴, „Spione“⁵⁵, „Staatspapierfälscher“⁵⁶, „Finanzverschwörer“⁵⁷, „Politische Verbrecher“⁵⁸, „Im Geiste jüdischer Weltgeltung“⁵⁹, „Bande der Rasse“⁶⁰, „Der Stil des jüdischen Finanzdiktators“⁶¹, „Die jüdische Weltmacht“⁶² und „Das Heldenideal des Weltjudentums“⁶³.

Selbst der selbstlose Einsatz des Hallenser Hofjuden und Thoragelehrten Marx Assur für jüdische Religion und Kultur wird von Peter Deeg als von Christen zwangsfinanziertes Instrument jüdischer Propaganda und Machterlangung diffamiert: „Ruben Meyer in Warschau und dessen Schwager Moses Assur in Halle sowie Marx Hirschel in Wien verwenden einen nicht geringen Teil der aus dem Volk geschlagenen Geschäftsgewinne [...] zur Förderung und Leh- rung des Talmuds unter den Juden, kaufen zu tausenden die Bücher jüdischer Literaten und verbreiten sie kostenlos im Interesse der Durchdringung der Kultur der Wirtsvölker mit jüdischem Ungeist.“⁶⁴ Martin Mainzer, ein später Nachkomme des Angegriffenen und Sohn des aus Bad Kissingen stammenden Kaufmanns Hugo Mainzer, fällt in seiner Familiengeschichte zunächst einmal auf, dass Peter Deeg hier Moses Assur mit seinem älteren Bruder Marx Assur verwechselt, der eigentlich gemeint war. Vor allem aber fällt ihm die Häme auf, mit der der Kissinger Autor hier zu Werke geht: „Der Autor wählte einen

⁴⁶ Deeg, Hofjuden, S. 68

⁴⁷ Deeg, Hofjuden, S. 74

⁴⁸ Deeg, Hofjuden, S. 78

⁴⁹ Deeg, Hofjuden, S. 91

⁵⁰ Deeg, Hofjuden, S. 101

⁵¹ Deeg, Hofjuden, S. 130

⁵² Deeg, Hofjuden, S. 132

⁵³ Deeg, Hofjuden, S. 145

⁵⁴ Deeg, Hofjuden, S. 156

⁵⁵ Deeg, Hofjuden, S. 209

⁵⁶ Deeg, Hofjuden, S. 211

⁵⁷ Deeg, Hofjuden, S. 212

⁵⁸ Deeg, Hofjuden, S. 258

⁵⁹ Deeg, Hofjuden, S. 260

⁶⁰ Deeg, Hofjuden, S. 362

⁶¹ Deeg, Hofjuden, S. 388

⁶² Deeg, Hofjuden, S. 469

⁶³ Deeg, Hofjuden, S. 474

⁶⁴ Deeg, Hofjuden, S. 80

ungewöhnlichen Zugang zu dem Thema. Um sein Buch unter dem Nazi-Regime veröffentlichen zu können, würzte er es – wie ich vermute – großzügig mit äußerst hasserfüllten antisemitischen Bemerkungen.“⁶⁵

Anlässlich einer Vorlesung Peter Deegs aus den „Hofjuden“ im Deutschlandsender am 29. November 1938 würdigte die Bad Kissinger „Saale-Zeitung“ die „Hofjuden“ als „Schulbuch des Judentums“ und als einen „wissenschaftlich-historischen Beweis der Notwendigkeit einer definitiven Lösung der Judenfrage“, der bereits „Eingang in die internationale Erörterung der Judenfrage“ gefunden habe. Die Sendung im Deutschlandfunk unterstreiche - so die „Saale-Zeitung“ - nur noch die „Bedeutung“ des Werkes.⁶⁶ Weitere Lesungen Peter Deegs aus den „Hofjuden“ fanden am 7. Januar 1939 im „Reichssender Frankfurt“ und am 11. März 1939 im „Reichssender München“ statt.⁶⁷

Ein Jahr nach dem Erscheinen der „Hofjuden“ setzte Deeg die von Julius Streicher herausgegebene „Monumentalhistorie“ mit einem Band über die **„Judengesetze Großdeutschlands“** fort. Das Buch - so der Kissinger Rechtsanwalt in seinem Vorwort - umfasse „die nunmehr auf wesentlichen Gebieten abgeschlossene Judengesetzgebung des Nationalsozialismus seit dessen Machtantritt“. Er hoffe, dass „dem deutschen Volk diese Gesetze immer erhalten bleiben“ und „die übrige Welt sie [...] als den Beginn einer gerechten Lösung der Judenfrage überhaupt“ zur Kenntnis nehmen möge.⁶⁸

In „Judengesetze Großdeutschlands“ kommentierte Deeg die gesetzgeberische „Neuregelung der Rechts-, Kultur- und Lebensbeziehungen zwischen den Juden, als Blutstämmlingen einer nichtarischen, minderwertigen Mischrasse, und dem deutschen Volk, als einem Träger der arischen Rasse, das heißt der Rasse europäischen, indogermanischen und ihr stammverwandt gewordenen Blutes und Ursprungs“.⁶⁹

⁶⁵ Mainzer, Martin: From Generation to Generation I. The Family of Marx-Cohn. Traced from the Mid-16th Century to the close of the 18th Century, S. 22, eingesehen über die Webseite des Leo-Baeck-Instituts: <http://archive.org/stream/marxcohnfamilyf001#mode/1up>, 12.8.2019

⁶⁶ Saale-Zeitung, 28.11.1938

⁶⁷ Vgl. Saale-Zeitung, 7.1. u. 11.3.1939

⁶⁸ Peter Deeg: Die Judengesetze Großdeutschlands. Nürnberg 1939, Vorwort

⁶⁹ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 8f



Peter Deeg, 1932 © Staatsarchiv Würzburg, Nachlass Deeg

Die Judengesetze Großdeutschlands

bearbeitet von

Dr. Peter Deeg

Mitglied des Lehrkörpers der Universität Berlin

Herausgegeben von

Julius Streicher

Verlag Der Stürmer Nürnberg
1939

Vorwort

Diese Darstellung der Judengesetze Großdeutschlands erscheint als ein weiterer in sich geschlossener Band des von Julius Streicher herausgegebenen Gesamtwerkes „Juden, Judenverbrechen und Judengesetze in Deutschland von der Vergangenheit bis zur Gegenwart“.

Das Buch umfaßt die nunmehr auf wesentlichen Gebieten abgeschlossene Judengesetzgebung des Nationalsozialismus seit dessen Machtantritt.

Mögen dem deutschen Volk diese Gesetze immer erhalten bleiben.

Und möge die übrige Welt sie zur Kenntnis nehmen als den Beginn einer gerechten Lösung der Judenfrage überhaupt.

Nürnberg, Stadt der Reichsparteitage,
im Mai 1939.

Peter Deeg.

Peter Deeg: Die Judengesetze Großdeutschlands

Der persönliche Antisemitismus Peter Deegs, den er oftmals hinter der reinen Wiedergabe und Erläuterung nationalsozialistischer Gesetze geschickt zu verbergen versucht, tritt an manchen Stellen - wie etwa im Kommentar zum „Jüdischen Namensrecht“ - relativ offen hervor: „Die jüdische Namenstar- nung / Waren die Juden vor der Emanzipation bestrebt, sich stets jüdische Vornamen beizulegen und diese auch als Hauptnamen zu führen, um so von vornherein einheitlich in Erscheinung zu treten und der für ein macht- strebendes Splittervolk doppelt großen Gefahr des individuellen Zerfalls zu entgehen, so wandelte sich diese Taktik mit dem nämlichen Zeitpunkt, in welchem vor rund siebenzig Jahren die Judenemanzipation im Deutschen Reich als rechtlich abgeschlossen gelten konnte. / Nun ging das Judentum dazu über, sich äußerlich unkenntlich zu machen, um so in getarnter Art leichteren Eingang zu finden in die Lebenskanäle des deutschen Volkes. / War der Jude, auch wenn man ihm nicht von Angesicht zu Angesicht gegenüberstand, bis dahin stets schon an seinem Namen zu erkennen, so verlor seit den Zeiten der

vollzogenen Emanzipation dieser Schlüssel der Erkenntnis immer mehr an Bedeutung. Einen Isidor Witkowski beispielsweise erkannte schon dem Namen nach jedermann als Juden, aber einen Maximilian Harden, in den er sich durch Namensänderung verwandelt hatte, mußte jedermann erst von Angesicht zu Angesicht sehen, um an den Merkmalen seiner Rasse den Juden in ihm zu erkennen. Mittlerweile hatte dieser sich im Volke auswirken können und Positionen errungen, die ihm den einmal gewonnenen Einfluß sicherten. Und nicht anders verhielt es sich bei Moses Goldmann, der sich in einen Max Reinhard und als solcher dann zum Theaterdiktator der Reichshauptstadt Berlin wandelte, und in unzähligen anderen Fällen mehr.“⁷⁰

Bereits zu Beginn seines Buchs bezeichnet Deeg Juden ganz offen „als Blutstämmlinge einer nichtarischen, minderwertigen Mischrasse“⁷¹ und sieht später „für den auf Grund seiner jahrtausendalten gültigen Eigengesetze volksfeindlich eingestellten, rassistisch minderwertigen Juden“ keinen Platz mehr „in den Reihen der deutschen Beamten“.⁷² Offen kritisiert er die Judenemanzipation als „eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Aufrichtung jener auch in Deutschland einst so verderblich gewesenen Judenherrschaft der letzten hundert Jahre“⁷³. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath im November 1938 in Paris spricht er im Schulterschluss mit der NS-Propaganda davon, dass das Judentum „solidarisch hinter dieser Mordtat“⁷⁴ stehe. Die Ermordung Wilhelm Gustloffs in der Schweiz und vom Raths in Frankreich hätten „in Deutschland den einheitlichen Entschluss“ erzeugt, „dem hinter diesen Mordtaten stehenden Judentum durch entsprechende gesetzliche Massnahmen Sühne leisten zu lassen und ihm die Absicht zur weiteren Fortsetzung solcher Mordtaten auf Vertreter Deutschlands im Ausland ein für allemal zu verleiten“.⁷⁵ „Nach der ruchlosen Mordtat von Paris“, so der von Deeg zitierte Schulerlass des Reichserziehungsministers, „kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch ver-

⁷⁰ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 87f

⁷¹ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 8f

⁷² Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 70

⁷³ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 95

⁷⁴ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 83

⁷⁵ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 166

steht es sich von selbst, dass es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen.“⁷⁶ Mehrfach verteidigt Deeg die „Judengesetze Großdeutschlands“ als notwendige Reaktion der deutschen Regierung auf die „deutschfeindliche Hetze des Judentums“ und die „jüdischen Mordtaten an den deutschen Vertretern im Ausland“⁷⁷.

Deeg schreckt noch nicht einmal davor zurück, die mittelalterlichen Ritualmordvorwürfe wiederaufleben zu lassen und als vermeintliche Tatsachen auszugeben. Er zitiert dazu ein angebliches „jüdisches Schächtgutachten“ in Zusammenhang mit dem Xantener Ritualmordprozess. Am 29. Juni 1891 war die Leiche des fünfjährigen Johann Hegmann in einer Scheune in Xanten mit durchgeschnittener Kehle ausgeblutet aufgefunden worden. Schnell wurde der Vorwurf erhoben, der ehemalige jüdische Schächter Adolf Buschhoff hätte an Hegmann einen Ritualmord verübt. Buschhoff sah sich und seiner Familie einer förmlichen Hexenjagd ausgesetzt. Zwar konnte er letztlich vor Gericht seine Unschuld beweisen, doch war seine Existenz in Xanten zerstört, so dass er nach Neuss ziehen musste, wo er 1912 starb.⁷⁸ Deeg zitiert ausführlich das ominöse „Schächtgutachten“, demzufolge angeblich Nichtjuden wie Vieh eingeschätzt würden, was im Kontext der Ausführungen über das Schächten von Tieren den Eindruck erwecken soll, als ob das Schächten von Nichtjuden eine übliche Praxis im Judentum darstelle: „Nach `israelitischer Vorschrift` [...] wird das Vieh, zu dem der Talmud auch die Nichtjuden zählt, in der Weise geschlachtet – geschächtet –, dass das Stück zuerst sorgfältig gefesselt, speziell die Beine gut fest geschnürt werden, sodann auf die Seite gelegt wird. Der Metzgergeselle dreht den Kopf des Tieres hierauf in der Art um, dass es auf die Hörner zu stehen kommt, wodurch eben der Hals möglichst straff nach hinten gespannt wird. Der fungierende Schächter schneidet sodann mit dem hierzu bestimmten Messern den Hals des Tieres soweit durch, dass Gurgel und Speiseröhre getrennt sind.“⁷⁹

Bei seinen Ausführungen zum „nationalsozialistischen Rasseprogramm“ versteckt sich Deeg geschickt hinter einer Folge von Zitaten aus Hitlers Reichs-

⁷⁶ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 101

⁷⁷ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 100, 129, 132, 163, 165 u. a.

⁷⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Xantener_Ritualmordvorwurf, 9.7.2019

⁷⁹ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 119

tagsrede vom 30. Januar 1937. Aber auch wenn er selbst hier nicht mit eigenen Worten offen Position bezieht, so wird doch durch affirmative Aneinanderreihung der Hitler-Zitate deutlich, dass er diese Aussagen teilt. So lässt er Hitler etwa sagen, dass „die erhabenste und damit für den Menschen heiligste“ von „allen Aufgaben, die uns gestellt sind [...] die Erhaltung der von Gott gegebenen blutgebundenen Art“⁸⁰ sei. Die „größte Revolution des Nationalsozialismus“⁸¹ preist Hitler in Deegs Zitatensammlung euphorisch: „Und ich spreche es hier prophetisch aus: So, wie die Erkenntnis des Umlaufs der Erde um die Sonne zu einer umwälzenden Neugestaltung des allgemeinen Weltbildes führte, so wird sich aus der Blut- und Rassenlehre der nationalsozialistischen Bewegung eine Umwälzung der Erkenntnisse und damit des Bildes der Geschichte der menschlichen Vergangenheit und ihrer Zukunft ergeben. [...] Es wird dann [...] auch verhindern, daß das jüdische Volk unter der Maske eines biedereren Weltbürgers alle anderen Völker innerlich zu zersetzen und dadurch zu beherrschen versucht!“⁸² Bei diesen Aussagen Hitlers fühlt sich der Leser unwillkürlich an Deegs eigene Ausführungen über die angeblichen jüdischen Weltherrschaftspläne in den „Hofjuden“ erinnert.

Nach dem Krieg stritt Peter Deeg jede Verantwortung für die antisemitischen Passagen seiner Bücher ab. Die „Vorworte und die kritischen Stellungnahmen zu den von ihm festgestellten Tatsachen“ wären nicht von ihm, sondern stammten von Hauptschriftleiter Karl Holz und Julius Streicher. Mit „der Abgabe der Karteikarten an Streicher“ sei „seine Mitwirkung am Zustandekommen der beiden Bücher abgeschlossen“ gewesen.⁸³ Die Spruchkammer der Berufungskammer Würzburg hielt diese beschönigende Darstellung Deegs für nicht glaubhaft: „Die Witwe des Schriftleiters Holz erklärte, daß sie niemals gesehen und gehört habe, daß ihr Mann an den beiden Büchern gearbeitet habe. Hätte er mitgearbeitet, so wäre sie von ihm zweifelsohne in Kenntnis gesetzt worden. Es drängt sich ferner die weitere Frage auf, wer die Korrekturbogen durchgesehen hat. Diese Arbeit wird regelmäßig vom Verfasser erledigt. Nach dem Erscheinen der Bücher hat er am 12.4.1939 eine Rund-

⁸⁰ Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 10

⁸¹ Ebd.

⁸² Deeg, Judengesetze Großdeutschlands, S. 11

⁸³ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

funkvorlesung aus `seinem Buch´ über die politischen Verhältnisse am Münchner Hof zur Zeit des `Hofjuden´ Aron Elias Baron v. Eichtal gehalten [...] und bekannte sich damit als Verfasser. [...] Aber selbst wenn man der Darstellung des Betroffenen folgt, so trägt er gleichwohl eine erhebliche Verantwortung für die beiden Bücher. Julius Streicher war als Judenhetzer bekannt und der Betroffene wußte auch, daß Julius Streicher seine Forschungsergebnisse zur Judenhetze verwenden werde. Der Betroffene hat die Pfeile geliefert, die Julius Streicher abschoß.“⁸⁴

Die Würzburger Berufungskammer stuft beide Werke Deegs als antisemitische Literatur ein, die „die nationalsozialistische Anschauung verbreitet“ habe.⁸⁵ Zwar würden die „Judengesetze Großdeutschlands“ über weite Strecken lediglich die „Codifizierung des damaligen geltenden Judenrechts“ wiedergeben, doch seien in ihnen auch Werturteile enthalten, „die eine gehäßige Haltung offenbaren“: „So wird von den Juden als einer minderwertigen Mischrasse gesprochen (Seite 8). Das jüdische Volk versuche unter der Maske des biedereren Weltbürgers alle anderen Völker innerlich zu zersetzen und zu beherrschen (Seite 11). Das Judentum stehe solidarisch hinter der Mordtat an dem Diplomaten v. Rath (Seite 83) und viele andere Stellen mehr.“⁸⁶ Auch Deegs „Hofjuden“ seien „nicht nur eine historische Zusammenstellung von Vorgängen“, sondern bezweckten vielmehr „eine Diskriminierung der jüdischen Rasse“: „Durch die endlose Aneinanderreihung von vorgekommenen Betrügereien, Wuchergeschäften und Ausbeutungen im Laufe der Jahrhunderte wird der Eindruck erweckt, daß der Jude schlechthin der `Saugegel´ an jedem Volkskörper ist, der i[h]n bei sich duldet.“⁸⁷ Allerdings schätzte die Berufungskammer die propagandistische Wirkung der Deeg’schen Bücher deutlich geringer ein als die des `Stürmers´, da sie zwar in unzähligen Parteidienststellen auslagen, von der breiten Öffentlichkeit aber nicht beachtet und „nur von einem verhältnismäßig kleinen Teil wirklich gelesen“ wurden.

Geboren wurde **Peter Deeg** am 14. Mai 1908 als Sohn des Kunstschlossers Peter Deeg und dessen Frau Magdalena Zinsmeister in Bad Kissingen. Nicht

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd.

nur der Vater, sondern auch Großvater und Urgroßvater waren als Kunstschmiede in der Saalestadt tätig, in der sich die Familie Deeg bis in die hochmittelalterliche Henneberg-Zeit zurückverfolgen lässt.⁸⁸ Vater Deeg besaß ausgezeichnete Kontakte zu Adelsfamilien und Fürstenhäusern. Zu seinen Kunden gehörte der Wiener Kaiserhof genauso wie die Zarenfamilie in St. Petersburg. So konnte er sich 1903 (bzw. 1898) ein repräsentatives Wohnhaus in der Maxstraße (früher Maxstraße 22 a, heute Maxstraße 30) vom damaligen Kissinger Stararchitekten Carl Krampf bauen lassen, das er stolz und selbstbewusst „Peters Burg“ nannte.⁸⁹ Doch in Folge des Ersten Weltkriegs verarmte die einst gut situierte Familie. Dem Kissinger Kunstschmied fehlten die Aufträge, die Familie verlor ihre einstige soziale Stellung.



Deegs Großeltern Anton und Helene Deeg mit ihren Kindern © Staatsarchiv Würzburg, Nachlass Deeg

⁸⁸ Vgl. zu den biografischen Angaben über Peter Deeg: Finkenberger, Martin: Artikel „Peter Deeg“. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2: Personen; München 2009, S. 165 f; http://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Deeg; 7.6.2012; Arnegger, Martin: Die Werthers. Der Mordfall Waltershausen. Remshalden 2011, S. 127-130 sowie Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts für den Bezirk des Oberlandesgerichts Nürnberg bei dem Landgerichte Nürnberg-Fürth vom 7. Mai 1940, S. 2f

⁸⁹ Aschenbeck nennt das Jahr 1903 (Aschenbeck, S. 15), Wikiwand.de hingegen 1898 (Wikiwand.de, Art. Peters Burg: https://www.wikiwand.com/de/Peters_Burg, 27.5.2023).



Die „Peters Burg“ in der Maxstraße © Foto: Rolf Dotzauer



Magdalena und Peter Deeg, 1902 © Staatsarchiv Würzburg, Nachlass Deeg



Josef und Peter Deeg © Staatsarchiv Würzburg, Nachlass Deeg



Peter Deeg, um 1924 © Staatsarchiv Würzburg, Nachlass Deeg

In seiner Deeg-Biografie macht Nils Aschenbeck diese bedrückende Erfahrung für die spätere Entwicklung des jungen Peter Deeg verantwortlich: „Peter Deeg junior sah die Ungerechtigkeit, die seine Eltern wie viele andere auch erleiden mussten. [...] Gleichzeitig zweifelte Deeg an der bürgerlichen Ordnung. Die Verarmung seiner Familie hatte ihm bewiesen, dass man nichts gewinnt, wenn man alles richtig macht. Er begriff damals, dass man nur an sich selbst glauben dürfe, dass man eigene Ziele auch gegen andere Interessen vehement durchsetzen müsse. [...] Er wollte ein Sonderling sein – er wollte alles anders machen als die anderen, vor allem erfolgreicher sein als seine Mitschüler in Bad Kissingen. Bei einer Kartoffelernte in Hausen, als seine Eltern und sein Bruder mit den Händen in der Erde wühlten, saß Peter abseits und dachte an die Zukunft. Damals hatte er sich fest vorgenommen, dass er nicht arm bleiben werde, dass er niemals Kartoffeln mit bloßen Händen aus dem Boden werde graben müssen, um zu überleben.“⁹⁰ Wenn Aschenbeck hier auch mit dem überzogenen Geltungsstreben und dem machiavellistischen Macht- und Behauptungswillen durchaus zutreffende Charakterzüge Deegs richtig herausarbeitet, so geht er doch entschieden zu weit, wenn er daraus Deegs höchst problematisches Verhalten in der NS-Zeit als fast unausweichlich, schicksalhaft abzuleiten versucht. Es gab durchaus auch Menschen mit ähnlichen Erfahrungen, die sich trotzdem nicht willfährig in den Dienst des NS-Regimes stellten und nicht wegen ihres eigenen Vorteils mit einer verbrecherischen Diktatur paktierten.

Bereits während seiner Schulzeit legte Peter Deeg eine ausgeprägte antisemitische Einstellung an den Tag. Als Klassenältester tyrannisierte er nach Aussage von Ernst Kissinger über Jahre hinweg seine jüdischen Mitschüler Ernst Kissinger, Max Jeidel und Sally Tachauer, die er im Jahre 1925 u. a. auch von der inoffiziellen Schulabschlussfeier ausschloss.⁹¹ Deegs Antisemitismus stellte dabei in seinen jungen Jahren ganz offensichtlich eine Grundkonstante seines Denkens und Handelns dar. So verweist er selbst etwa in einem Frauengebogen des Reichsschatzmeisters der NSDAP Mitte August 1937 ausdrücklich auf seine antijüdische Einstellung und zieht dazu Parteigenossen als Zeu-

⁹⁰ Aschenbeck, Nils: Peter Deeg – Verstrickt im 20. Jahrhundert. Der Mordfall Waltershausen und die Folgen, München 2016, S.16f

⁹¹ Vgl. die pers. Mitt. Ernst Kissingers (Tel Aviv), Brief ohne Datum; vgl. Der Spiegel, 26.9.1962, Heft 39, S. 28-43

gen heran: „1932 Strafprozess gegen den Viehjuden Schiff, Amtsgericht Kissingen. Ausschluß jüdischer Schüler von Schulfeiern, 1925 (Zeuge: Gauamtsw. Prof. Dr. Friedrich, Wzbg.). Natsoz. Versammlungstätigk. 1926-28 (Zeuge: Kreisamtsl. Prof. Dr. Speyerer, Aschaffenburg). 1930 Artikel im Völk. Beob. über Frankfurt a. M., die Judenstadt. Während fester Wohnsitze schon etwa 1926 in Aschaffenburg Stürmerabonnet.“⁹²

Nils Aschenbeck verharmlost und beschönigt hingegen in seiner Biografie Deegs antisemitisches Verhalten gegenüber seinen Mitschülern auf höchst problematische Weise: „Auch im schulischen Rahmen wurde ihm nichts geschenkt – er musste sich durchsetzen, sich nach allen Seiten behaupten. Er stritt sich mit vielen Mitschülern, so auch mit jüdischen. Deeg war in seiner Wortwahl nicht wählerisch und es ist durchaus anzunehmen, dass er Kinder und Jugendliche, die auf ihn herabsahen, mit deftigen und beleidigenden Worten versah. Im Nachhinein wurde daraus eine antisemitische Einstellung Deegs konstruiert. Sein schroffes Verhalten wurde als Beleg einer rassistischen Einstellung interpretiert.“⁹³ Und an anderer Stelle: „Der Nachweis einer antisemitischen Einstellung ist in diesen dokumentierten Taten [seinen jüdischen Mitschülern gegenüber] jedoch nicht zu erkennen, eher der Nachweis einer rabiaten, manchmal auch unfairen Einstellung des Klassenältesten.“⁹⁴

Hier verdreht Aschenbeck die – von Deeg selbst bestätigte – Faktenlage, um den jungen Deeg vom Vorwurf des Antisemitismus reinzuwaschen. Er macht aus Opfern kurzerhand Täter. So erweckt er den Eindruck, dass Deeg durch ein angeblich herablassendes Verhalten seiner jüdischen Mitschüler erst zu seinen Mobbing-Aktionen provoziert worden sei, wobei er für diese Unterstellung keinen Beleg vorbringen kann. Hingegen ist Ernst Kissingers Aussage höchst glaubwürdig. Ihm nun zu unterstellen, dass er als Sohn einer wohlhabenden und höchst angesehenen Kissinger Kaufmannsfamilie Deeg durch sein Verhalten zu dessen Taten provoziert habe, stellt die Tatsachen schlichtweg auf den Kopf. Deeg selbst straft seinen Biografen Lügen, wenn er 1937 im Reichsschatzmeister-Fragebogen auf sein Vorgehen gegen jüdische Mit-

⁹² Bundesarchiv, Akten des Gaugerichts Franken. II. Kammer (Bu Gau): Reichsschatzmeister. Amt für Mitgliedschaftswesen, Amt für Mitgliedschaftswesen, Fragebogen, Anlage zum Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vom 10.8.1937

⁹³ Aschenbeck, S. 18

⁹⁴ Ebd.

schüler zu sprechen kommt und dies ausdrücklich als Beleg für seine antisemitische Einstellung hervorhebt. Auch das Stürmer-Abo, das Deeg seit 1926 bezog, und der von ihm erwähnte Beitrag für den antisemitisch ausgerichteten „Völkischen Beobachter“ belegen offenkundig einen ausgeprägten Antisemitismus bereits beim jungen Deeg. Ohne von den herrschenden Verhältnissen dazu irgendwie gezwungen worden zu sein, zeigt Deeg hier bereits in frühen Jahren noch in der Weimarer Republik eine klar antisemitische Einstellung und nationalsozialistische Überzeugung.

Bereits Anfang März 1928 trat Deeg denn auch als Student mit 20 Jahren der NSDAP bei, aus der er aber schon bald wieder wegen säumiger Beitragszahlungen und persönlicher Streitigkeiten mit dem späteren Kreisleiter Karl Renner ausschied.⁹⁵ Die näheren Umstände stellt Deeg in seinem ersten Spruchkammerprozess 1948 wie folgt dar: „In den Universitätsferien kam ich nach Bad Kissingen zurück. Im Saalbau wurden die politischen Versammlungen abgehalten. Dort sprach der Wirtschaftssachverständige der NSDAP Gottfried Feder. Im Anschluss an diesen Vortrag gab es eine Diskussion. Diese spann sich fort in einem Nebenzimmer und mich hat interessiert, dass der Mann als nationalsozialistisches Wirtschaftsprogramm ausgibt eine sog. neuscholastische National-Ökonomie der städt. gebundenen Wirtschaft. Im Anschluss habe ich eingegriffen und der Mann erklärte, ich sollte mich in die Liste eintragen und so wurde ich Mitglied der NSDAP. Ich bin wieder nach Berlin, habe dort mein Studium weiterbetrieben und mich nicht um Politik gekümmert. Als ich nach Kissingen zurückkam, habe ich keine Beiträge mehr bezahlt und bin ausgeschieden aus der NSDAP. Ich habe mich überhaupt nicht mehr um die Dinge gekümmert. Erneut wurde ich dann mit einem Aufnahmeantrag beehrt, ich habe mich wieder eingeschrieben und wurde 1929 [eigentlich 1930!] zum zweitenmal Parteimitglied. Als dies geschehen war, ist der Kreisleiter an mich herantreten und sagte, ich müsste einen SA-Frack anziehen und mich im Saalbau vor der Rednerrampe aufstellen usw. Es hat eine Katastrophe gegeben, ich wollte nicht mit dem Gummiknüppel die Leute ver-

⁹⁵ Vgl. Finkenberger/Benz, S. 165; Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben Karl Renners an die Kreisleitung Bad Kissingen, Kreisleiter Heimbach, vom 25.10.1938

schlagen und am Schluss sagte ich zum Kreisleiter, Götz von Berlichingen. So wurde ich aus der NSDAP ausgeschlossen. Der Kreisleiter hiess Renner.“⁹⁶

Der zweifache Parteieintritt in der Weimarer Zeit belegt Deegs Nähe zum Nationalsozialismus und dessen Ideologie, auch wenn er selbst die Umstände zu beschönigen versucht und zum Teil nicht richtig wiedergibt.

Nach dem Abschluss der Kissinger Realschule besuchte Peter Deeg drei Jahre lang die Oberrealschule in Aschaffenburg, wo er 1928 sein Abitur machte. Ab 1928 studierte er dann Jura in Berlin, Wien, Frankfurt am Main, Erlangen und Würzburg. Zusätzlich zu seinem universitärem Pflichtpensum besuchte er Vorlesungen für Geschichte an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin bei Otto Hoetzsch und Theodor Heuss, hörte den Nationalökonom Werner Sombart und den Theaterwissenschaftler und Regisseur Max Reinhardt, über dessen jüdische Herkunft er später in seinen „Judengesetzen Großdeutschlands“ herziehen sollte.⁹⁷

Einen besonderen Einfluss auf Peter Deeg dürften dabei sicherlich die Vorlesungen des Soziologen und Volkswirts **Werner Sombart** (1863-1941) ausgeübt haben. Sombart, der als ein sozialkonservativer Wegbereiter des Nationalsozialismus gelten darf, vertrat in seinem 1911 erschienenen Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ die Vorstellung, dass Juden maßgeblich am Aufbau des Kapitalismus beteiligt gewesen seien. In der jüdischen Religion fänden sich dieselben leitenden Ideen wie im Kapitalismus. Thora und Talmud würden in unzähligen Stellen den von Gott gesegneten Reichtum preisen und hätten das Selbstverständnis als auserwähltes Volk und die Ablehnung der „Wirtsvölker“ als Fremde hervorgebracht. In Verbindung mit dem angeblich selbst gewählten Abgrenzungsbestreben in den jüdischen Ghettos und einem effizienten Rationalisierungsbestreben hätten diese religiösen Vorstellungen zu einem rücksichtslosen wirtschaftlichen Umgang der Juden mit den Nichtjuden geführt. Als nomadisches Wüstenvolk hätten die Juden im Gegensatz zu sesshaften Völkern nie eine positive Bindung an den Boden, dafür aber an den abstrakten Wert des Geldes ausgebildet. Mit ihren typisch jüdischen Geschäftsmethoden wie Auflauern, Kundenfang und aggressives Auf-den-Leib-Rücken wären sie zu höchst erfolgreichen Hauptakteuren des Kapitalismus

⁹⁶ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

⁹⁷ Finkenberger, in: Benz, S. 165; Webseite Deegen.net: <http://www.deegen.net>, 15.8.2019

geworden.⁹⁸ 1934 leitet Sombart daraus in seinem Buch „Deutscher Sozialismus“ die Forderung nach Entrechtung der jüdischen Bevölkerung ab: „Um uns also“, so Sombart, „vom jüdischen Geist zu befreien – und das sollte eine Hauptaufgabe des deutschen Volkes und vor allem des Sozialismus sein – genügt es nicht, alle Juden auszuschalten; genügt es nicht einmal, eine unjüdische Gesinnung zu pflegen. Es gilt vielmehr, die institutionelle Kultur so umzuschaffen, daß sie nicht mehr als Bollwerk des `jüdischen´ Geistes dienen kann.“⁹⁹ Für den Kultur- und Literaturwissenschaftler Friedemann Schmoll hat Sombart, der sich selbst nicht als Antisemiten verstanden hat, mit seinen Vorstellungen eine Brücke zu einem offenen antisemitischen Antikapitalismus geschlagen. Über diese Brücke konnte Peter Deeg dann später in seinen eigenen antisemitischen Büchern mühelos gehen.

Während des Studiums hatte Peter Deeg mit großer Not zu kämpfen. Finanziell unterstützt wurde er von seiner Freundin Dorothea Kühnlein, deren Eltern in Bad Kissingen das Kurhaus „Hohenzollern“ betrieben. Im Juli 1928 verspricht er ihr aber in einem Brief: „Wo ein Wille ist, Thea, da ist auch ein Weg; und wenn dieser Weg ... `über Leichen führt´, wie man so sagt, ich bin gewillt, ihn zu bestreiten und werde ihn gehen, denn nur der geht aus dem Existenzkampf als Sieger hervor, der rücksichtslos, d. h. ohne Rücksichtnahme auf die Kampfesart kämpft.“¹⁰⁰ Deegs Biograf Nils Aschenbeck sieht in diesen sozialdarwinistischen Aussagen zurecht ein Bekenntnis Deegs zu einer machiavellistischen, opportunistischen Einstellung, der jedes Mittel recht ist, um das erstrebte Ziel, in diesem Fall die erfolgreiche Überwindung der Armut durch eine zielgerichtete Karriere, zu erreichen. Er bemüht diesen biografischen Hintergrund in der Folgezeit immer wieder, um Deegs Verhalten in der NS-Zeit zu erklären und letztlich auch ein Stück weit zu rechtfertigen, und erweckt so den Eindruck, dass der Underdog Deeg letztlich als junger begabter Mann, „der wirtschaftlich fast am Boden lag, der um sein Überleben und seine Zukunft kämpfte“¹⁰¹ fast keine andere Möglichkeit gehabt habe, als einen „Pakt mit dem Teufel“ einzugehen.

⁹⁸ Vgl. Sombart, Werner: Die Juden und das Wirtschaftsleben. Leipzig 1911, S. 161, 165, 242, 279-284; Wikipedia-Artikel: Werner Sombart: https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Sombart, 16.8.2019

⁹⁹ Sombart, Werner: Deutscher Sozialismus, Berlin-Charlottenburg 1934, S. 195

¹⁰⁰ Zitiert nach: Aschenbeck, S. 26 f

¹⁰¹ Aschenbeck, S. 34

1930 wurde Peter Deeg in Frankfurt am Main Mitglied der Rednerschule der NSDAP und des Nationalsozialistischen Studentenbundes, was seine Verbundenheit mit der NS-Ideologie sichtbar zum Ausdruck bringt.¹⁰² Im selben Jahr trat er (anders als von ihm selbst dargestellt!) am 1. Juni 1930 erneut der NSDAP bei, wobei die Initiative dazu mit Sicherheit nicht von der Partei, sondern von ihm ausgegangen sein dürfte.¹⁰³ Wenige Monate später wurde er dann am 1. Oktober 1930 „wegen Verweigerung jeder Dienstleistung in der Ortsgruppe [Bad Kissingen] und Verrat an der Partei“ vom zuständigen Ortsgruppenleiter Karl Renner wieder aus der Partei ausgeschlossen.¹⁰⁴ Deeg fand es unter seiner Würde, sich als Intellektueller auf die von Renner geforderte „Straßenpropaganda“ einzulassen und sich als „Aufsicht“ in SA-Kluft an Wahlkampfveranstaltungen zu beteiligen. In einem polemischen Brief an Renner protestiert Deeg (anders als in seiner Selbstdarstellung vor der Spruchkammer!) gegen den erneuten Ausschluss und macht dabei aus der Geringschätzung Renners keinen Hehl: „Peters Burg“¹⁰⁵, den 4. Oktober 1930 / Sehr geehrter Herr Renner! / Weil ich überzeugt bin, daß Ihre und Ihrer nächsten Umgebung persönlichen und letztlich formulierten mehr oder minder treffenden – wengleich an sich vielleicht recht gut gemeinten – Ansichten weit davon entfernt sind [,] die immanenten politischen Werte der Idee Hitlers zu erschöpfen, habe ich keinen Anlaß [,] meinen Austritt aus der Partei zu erklären, welcher, wie gerade Sie ehrlich kaum bezweifeln können, seit langer Zeit meine persönlichen und in ihrer Weise tätigen Sympathien gehören. / Zu Ihren Anforderungen, welche Sie an mich stellen, habe ich Ihnen zu versichern, daß ich die Schematisierung der Parteigrundsätze, die Organisation der Dummheit schlechthin, insbesondere der wachgerüttelten Trägheit des Bürgertums durch die Partei, sehr wohl anerkenne und zu schätzen weiss. Sich in dieses äußere Schema hineinordnen [,] gelingt aber nicht jedem gleich gut, heißt es doch:

¹⁰² Bu Gau, Reichsschatzmeister, Amt für Mitgliedschaftswesen, Fragebogen, Anlage zum Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vom 10.8.1937

¹⁰³ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Provisorische Mitgliedskarte Nr. 254135 vom 1.6.1930

¹⁰⁴ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben des Kreiskassenleiters Martin an die Gauleitung der NSDAP Mainfranken vom 1.11.1938

¹⁰⁵ Peter Deeg greift hier die familieninterne Bezeichnung für das burgartig aussehende Haus der Familie Deeg in der Maxstraße auf. Er will vermutlich mit dem Hinweis auf seinen „aristokratischen“ Wohnsitz und die früheren Kontakte seiner Familie zum europäischen Hochadel den sozialen Abstand zu Karl Renner zusätzlich betonen. Zudem erweckt er hier den Eindruck, dass sein Elternhaus für ihn zur festen Burg wird, von der aus er sich gegen die Angriffe Renners zur Wehr setzen will. Die Bezeichnung ist aber wohl auch Ausdruck seiner Selbstüberschätzung und seines überzogenen Geltungsbedürfnisses.

sich hin und wieder mit dem niedrigsten Subjekt gerade noch auf die unterste Stufe stellen. Das aber ist mir, jedenfalls heute, wo es sich immer noch lediglich um Straßenpropagandakämpfe handelt, noch nicht möglich. Sie mögen immerhin einmal bedenken, daß einem auch nur einigermaßen wissenschaftlich fundierten Menschen nicht mit den immer und naturgemäß bescheidenen Argumenten der Volksredner zu überzeugen vermag, sondern vielmehr ihm ein hermetisches und möglichst lückenloses wissenschaftlich stichhaltiges System entwickeln muß. Im Zeichen dieses Erkennens liegt und vollzieht sich meine Werbung für die Idee des Nationalsozialismus. / Ich weiss, daß Sie für eine derartige Arbeit kaum das erforderliche Verständnis haben. Meine Ausführungen wollen auch gar nicht Ihr Verständnis so sehr suchen. Vielmehr will ich mich bei ev. Weiterungen von dem Vorwurf befreien, als hätte ich nicht Ihnen wenigstens klar zu machen versucht, daß es auch eine andere Art wertvollen Mitarbeitens an der Stabilisierung der nationalen Idee gäbe als Straßenpropaganda. / Wenn man aus Ihren reichlich unbeherrschten Auslassungen, die mir – unbeschadet Ihrer sonstigen hohen Verdienste um die Sache [–] begründete Zweifel an Ihrer eigenen Sattelfestigkeit in der nationalsozialistischen Theorie aufkommen liessen, einen Ausdruck der Geringschätzung herauslesen sollte, so seien Sie überzeugt, derartige Gefühle liegen mir nicht fern, nur bin ich zu höflich, um sie auszudrücken. / Zum Schluß habe ich Sie darauf hinzuweisen, daß es Ihnen wohl oder übel gleichgültig sein muß, mit welchen persönlichen Freunden, früheren Lehrern und Bekannten ich korrespondiere[,] daß ich neben völkischen Zeitungen manchesmal sogar das Hamburger Familienblatt lese, auch Zeitungen wie `Daily Mail`, `Popolo d'Italia`, `Paris Midi` u. a. im Abonnement habe. / Im übrigen hoffe ich aber, daß auch Sie der Meinung sind, daß man vermeintliche politische Controversen u n t e r s i c h nicht in Form von zügellosen persönlichen Beleidigungen aus der Welt zu schaffen sucht. Es scheint mir diese Methode jedenfalls die ungeeignetste, die sich denken läßt. / Mit den besten Empfehlungen bin ich Ihr / gez. Deeg / (IP) Im Interesse einer autoritären Partei-Gruppenleitung gebe ich diesen Brief noch nicht an die Gauleitung weiter.“¹⁰⁶

¹⁰⁶ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Abschrift des Briefs von Peter Deeg an Karl Renner vom 4.10.1930

Nils Aschenbeck sieht in Deegs Schreiben an Renner eine Bestätigung dafür, dass sich Deeg zu diesem frühen Zeitpunkt bereits innerlich von der Partei und ihrer Ideologie gelöst habe. Zurecht weist er darauf hin, dass Deeg auf Grund seines Naturells und seines Charakters allergrößte Mühe hatte, sich Autoritäten unterzuordnen, vor allem wenn er sich diesen – wie im Falle des intellektuell unterbelichteten Kissinger Ortsgruppenleiters – deutlich überlegen fühlte. Aber Aschenbeck vergisst darüber, dass sich Deeg hier als den eigentlich besseren Nationalsozialisten hinstellt. Wohlweislich zitiert Aschenbeck auch nicht den gesamten Brief. So lässt er etwa die Passage weg, in der Deeg Renner unterstellt, die Ideen Hitlers – im Gegensatz zu ihm – nicht erschöpfend erfassen zu können. Auch fehlt Deegs nachdrückliches Bekenntnis zur nationalsozialistischen Partei, der „seit langer Zeit“ seine „tätigen Sympathien“ gehörten. Ebenso lässt Aschenbeck weg, dass sich bei einem „wissenschaftlich fundierten Menschen“ wie Deeg die „Werbung für die Idee des Nationalsozialismus“ auf intellektueller Ebene und nicht auf dem ihm nicht angemessenen Niveau einer billigen „Straßenpropaganda“ vollziehe. Deeg bekennt sich ausdrücklich zur NS-Bewegung, wenn er in seinem intellektuell geprägten Engagement „eine andere Art wertvollen Mitarbeitens an der Stabilisierung der nationalen Idee“ sieht.¹⁰⁷ Sein Brief an Renner erweist sich so letztlich als Ausdruck seiner schwierigen Persönlichkeit, seiner intellektuellen Überheblichkeit, seiner mangelnden Bereitschaft und Fähigkeit, sich unterzuordnen, und seines angespannten persönlichen Verhältnisses zum Kissinger Ortsgruppenleiter, auf den er verächtlich herabsieht, aber eben auch seiner nationalsozialistischen Grundüberzeugung.

Zu den persönlichen Differenzen mit Karl Renner, die aus Deegs Schreiben klar hervorgehen, kamen offenbar noch Spannungen mit Renners Ehefrau hinzu. Dies legt jedenfalls Deegs Fragebogen beim Reichsschatzmeister vom 28. September 1938 nahe, wenn dort als Grund für den zweiten Parteiausschluss 1930 „Meinungsverschiedenheiten mit der Frau des damaligen Ortsgruppenleiters“ genannt werden.¹⁰⁸ Deegs Ausschluss aus der Partei erfolgte offenbar weniger aufgrund der politischen Überzeugung Deegs oder gar einer

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Fragebogen, Anlage zum Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vom 10.8.1937

ablehnenden Haltung gegenüber der NSDAP und deren Ideologie an sich als aufgrund persönlicher Zwistigkeiten.

Wenn Peter Deegs Mitgliedschaft in der NSDAP sich auch offenbar nicht so entwickelte, wie er sich dies selbst wünschte, so hatte er beruflich zumindest durchaus Erfolge aufzuweisen. 1931 bestand er an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg das juristische Staatsexamen. Wohl seit dieser Zeit (vielleicht aber auch schon seit 1930) war er Mitglied des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes. 1933 promovierte Deeg mit „magna cum laude“ bei August Köhler in Erlangen über „Inhalt und Ausübung des Strafantragsrechts – eine strafrechtliche Studie für Theorie und Praxis“. Mit seiner Unterscheidung zwischen hinreichendem und dringendem Tatverdacht, die er in seiner Promotionsarbeit entwickelte, ging Deeg in die Rechtsgeschichte ein. Noch während er an seiner Promotion arbeitete, leistete er als Referendar beim Landgericht Schweinfurt seinen juristischen Vorbereitungsdienst ab.¹⁰⁹

Am 1. Mai 1933 stellte er erneut einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP. Ihm wurde auch die Mitgliedsnummer 3130224 zugewiesen. Und Peter Deeg zahlte nachweislich auch vom 1. April 1933 bis zum 31. Dezember 1934 Mitgliedsbeiträge.¹¹⁰ Er selbst verstand sich in dieser Zeit also als Parteimitglied. Jedoch besaß er noch nicht die rote Mitgliedskarte, deren Aushändigung das Aufnahmeverfahren rechtskräftig abgeschlossen hätte. Sie wurde ihm verweigert, nachdem er im September 1934 von der Aufnahme-Kommission „ordnungsgemäß und rechtskräftig“¹¹¹ „wegen seines Verhaltens, das dem Wesen eines Nationalsozialisten zuwider läuft“¹¹², abgelehnt worden war.¹¹³ Im Oktober 1934 ist dementsprechend Peter Deeg bereits beim Mitgliedschaftsamt der Partei als ausgeschlossen abgemeldet und sein Name in der Reichsmitgliederkartei gestrichen worden.¹¹⁴

¹⁰⁹ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts für den Bezirk des Oberlandesgerichts Nürnberg bei dem Landgerichte Nürnberg-Fürth vom 7. Mai 1940, S. 2

¹¹⁰ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben des Kreiskassenleiters Martin an die Gauleitung der NSDAP Mainfranken vom 1.11.1938

¹¹¹ Ebd.

¹¹² Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben des Kreisgerichts der NSDAP Bad Kissingen an die NSDAP-Geschäftsstelle der Kreisleitung Bad Kissingen vom 13.9.1934.

¹¹³ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben Karl Renners an die Kreisleitung Bad Kissingen, Kreisleiter Heimbach, vom 25.10.1938

¹¹⁴ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben des Gaugerichts Franken an das oberste Parteigericht München vom 9.5.1940; Karteikarte der NSDAP-Zentralkartei vom 1.5.1933; Fragebogen Nr. 157 vom 28.9.1938

Die vom Kreisgericht Bad Kissingen angeführte Begründung für den Ausschluss könnte auf den ersten Blick den Eindruck erwecken, dass Peter Deeg sich von der NSDAP und ihrer Ideologie innerlich entfremdet und eine distanziert-kritische Haltung zur Partei eingenommen haben könnte, die dann zu seiner Ablehnung geführt hätte. Dem widerspricht jedoch, dass Peter Deeg sich 1937 erneut um eine Aufnahme in die Partei bemüht hat und er bei dieser Gelegenheit seine antisemitische und nationalsozialistische Einstellung zu Protokoll gegeben hat.¹¹⁵ Die Gründe für seine Ablehnung sind offenbar vor allem in dem gespannten persönlichen Verhältnis zu Karl Renner zu sehen, der als einflussreiche örtliche Parteigröße in der Anfangszeit sein Placet zur Aushändigung der Mitgliedskarte und damit zur rechtskräftigen Aufnahme in die Partei geben musste. Auch nachdem Renner sein Amt als Ortsgruppenleiter und Kreisleiter verloren hatte, setzte er in den folgenden Jahren weiterhin alles daran, eine erneute Parteimitgliedschaft Peter Deegs zu verhindern. Trotz seiner Mitgliedschaftsprobleme verstand es Peter Deeg, in höheren Parteikreisen auf sich aufmerksam zu machen. Als am Landgericht Schweinfurt der aufsehenerregende „**Mordfall Waltershausen**“ verhandelt wurde, der den Nationalsozialisten eine spektakuläre Bühne im In- und Ausland für die Inszenierung ihrer Ideologie bot, übertrug man Peter Deeg die Pflichtverteidigung des Angeklagten Karl Liebig. Der erst 25-jährige Jurist, der lediglich das erste Staatsexamen abgelegt hatte, wusste sich im Verlauf des Prozesses geschickt in Szene zu setzen.

Waldemar Werther, der Besitzer des Schlosses Waltershausen bei Bad Königshofen war Ende November 1932 mit mehreren Schusswunden in seinem Zimmer tot aufgefunden worden. Seine Gattin Wilhelmine Werther, eine geborene Baroness von Feilitzsch, wurde an Kopf und Arm schwer verletzt. Nachdem sie das Bewusstsein wiedererlangt hatte, beschuldigte sie den Schlossgärtner Karl Liebig, die Bluttat aus Rache dafür begangen zu haben, dass ihm gekündigt worden war. Bei den Untersuchungen der Kriminalpolizei geriet jedoch schon bald die Witwe selbst in Verdacht. Nach ihrem Krankenhausaufenthalt wurde die ehemalige Baroness in Untersuchungshaft genommen, während Karl Liebig bereits Ende Dezember 1932 aus der Haft

¹¹⁵ Vgl. Bu Gau, Reichsschatzmeister, Fragebogen, Anlage zum Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vom 10.8.1937

entlassen wurde. Von den Dorfbewohnern und seinen Parteifreunden wurde der überzeugte Nationalsozialist Liebig am 9. Januar 1933 in Waltershausen „herzlich empfangen“. ¹¹⁶



Peter Deeg während des Waltershausen-Prozesses, 1934 © Staatsarchiv Würzburg, Nachlass Deeg

Als am 4. April 1934 der Prozess vor dem Schwurgericht in Schweinfurt begann, wusste Liebigs Anwalt Peter Deeg den Mord äußerst geschickt als einen politischen Fall darzustellen. Deeg präsentierte Karl Liebig als „anständigen SA-Mann“ und „Parteimitglied der ersten Stunde“, dem er eine „verkommene“ Adelsclique gegenüberstellte. Ein solcher „grundehrlicher“ Mann mit „lauterster Gesinnung“ könne unmöglich ein Mörder sein. ¹¹⁷ Auch die antisemitische Trumpfkarte spielte der junge Anwalt erfolgreich aus: Er warf der Verwandtschaft der Schlossbesitzer vor, „jüdisch versippt“ zu sein, und lenkte

¹¹⁶ Vgl. Ziegler, Peter: Beziehungsdrama oder Racheakt im Schloß? Zitiert nach: www.waltershausen-grabfeld.de/27_frame_cr_mord.htm, 2.7.2011

¹¹⁷ Vgl. Ziegler, Beziehungsdrama

den Tatverdacht gegen einen früheren Chauffeur der Werthers und Baron Wolfgang von Waltershausen, den Sohn Wilhelmine Werthers aus erster Ehe.¹¹⁸ „Die dreiwöchige Verhandlung“, so Peter Ziegler über den Mordfall Waltershausen¹¹⁹, „wurde von den Zeitungen politisch im Sinne des Liebig-Verteidigers ausgeschlachtet“.¹²⁰ So bemerkte die „Fränkische Tageszeitung“ etwa über Karl Liebig: „Einsam und allein steht ein wackerer, oft erprobter SA-Mann, ein einfacher Gärtner nur, aber ein ganzer Kerl, im Kampf um Ehre, Freiheit und Leben gegen eine erdrückende Übermacht stolzer und mächtiger Sippenverbände, die in geradezu verbrecherischer Weise eines ihrer Mitglieder vor Schimpf und Schande bewahren will“. Liebigs Anwalt Peter Deeg habe „im Verlauf des Prozesses für die empörende Handlungsweise derer von Waltershausen“, die „ihre jüdischen Rechtsanwälte gleichzeitig mit unseren Parteidienststellen für ihre Sache“ einzuspannen versucht hätten, „beißende Worte gerechten Zorns“ gefunden und „die verwerfliche Tat dieser adeligen Judenknechte so nachdrücklich“ gegeißelt, „dass jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau sich voll Abscheu von ihnen“ abwende, „wann immer sie ihnen“ begegneten.¹²¹ Der jüdische Schweinfurter Rechtsanwalt Dr. Moses Hommel, einer der Verteidiger Wilhelmine Werthers, bekam den von Deeg geschürten Hass der Nazis umgehend handgreiflich zu spüren: Steine landeten in seinem Schlafzimmer. Moses Hommel und sein Schwiegersohn Salomon Mendle, der ebenfalls Wilhelmine Werther verteidigte, ertrugen die Anfeindungen nicht lange und wanderten kurze Zeit später nach Palästina aus.¹²² Zwei Tage vor Prozessende ergriff die „Fränkische Tageszeitung“ erneut Partei für Karl Liebig und appellierte an „die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz ohne Rücksicht auf Namen, Rang und Stand“, was unschwer als Parteinahme für den nationalsozialistischen Gärtner zu verstehen war.¹²³ Am 24. April 1934 beantragte die Anklage gegen Karl Liebig eine Gesamtzuchthausstrafe von 15 Jahren wegen Totschlags und versuchten Totschlags. Seine

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Ebd. Vgl. auch: Wikipedia-Artikel Mordfall Waltershausen: http://de.wikipedia.org/wiki/Mordfall_Waltershausen, 7.6.2012; Fränkische Tageszeitung vom 5. April 1934 bis 27. April 1934; „Der Mord in Waltershausen“. In: Der Stürmer, Nr. 21, Mai 1934.

¹²⁰ Ziegler, Beziehungsdrama

¹²¹ Zitiert nach Ziegler, Beziehungsdrama

¹²² Fischer, Gerhard: Die Nazis und ein skandalöser Prozess. In: Main-Post, 1.7.2011. In: <http://www.mainpost.de/regional/rhoengrabfeld/Die-Nazis-und-ein-skandaloeser-Prozess>, 2.7.2011; Arnegger S. 131-133

¹²³ Zitiert nach Ziegler, Beziehungsdrama

fünfstündige Verteidigungsrede schloss Peter Deeg mit dem Satz: „Die Rätsel von Waltershausen sind ungelöst!“. ¹²⁴ Seiner Forderung nach „völligem Freispruch“ kam das Schwurgericht am Landgericht Schweinfurt schließlich nach. Die Verdachtsmomente gegen Liebig würden für seine Verurteilung nicht ausreichen, während auf Wilhelmine Werther weiterhin der Verdacht der Täterschaft lastete. Ein neuer Prozess wurde jedoch nicht mehr eröffnet, der „Mordfall Waltershausen“ zu den Akten gelegt. ¹²⁵

Für den jungen **Peter Deeg** bot sein erfolgreiches Auftreten als Verteidiger in dem spektakulären Mordfall eine medienwirksame Möglichkeit, an höherem Ort auf sich aufmerksam zu machen. „Und wir müssen“, so dann auch die Fränkische Tageszeitung vom 26. April 1934, „in Ansehung des Umstandes, dass Dr. Deeg nur als Wahlverteidiger wirkte, der den Staatskonkurs erst noch abzulegen hat, unwillkürlich fragen, ob ein solcher Mann, der Nationalsozialismus der Tat in reinem Sinne bewies, eben diesen Staatskonkurs überhaupt noch braucht und es möchte uns, wenn wir so weiter denken, wirklich scheinen, als ob die deutsche Justiz allen Grund habe, mit Recht stolz zu sein auf einen solchen Vertreter. Und wir möchten wünschen, den Referendar Dr. Deeg recht bald auf einem Platz zu sehen, der ihm zukommt. Die deutsche Jugend allezeit voran! Mehr solche Juristen wie Dr. Deeg!“ ¹²⁶

Mitte April 1934 sprach sich gar Julius Streicher in einem Telegramm an Peter Deeg äußerst anerkennend über dessen Auftreten im Waltershausen-Prozess aus, wie dies die „Fränkische Tageszeitung“ in ihrem Artikel vom 13. April öffentlich machte: „Ein Telegramm des Frankenführers an den Verteidiger Dr. Deeg – Männer wie Deeg sind selten, und wir finden sie nur in unseren Reihen. Unser Frankenführer sandte deswegen an ihn ein Telegramm, das denkwürdige Bedeutung erlangen wird. Es lautet: `Sie hatten Mut, im Laufe des Prozesses die Juden und die jüdischen Knechte beim Namen zu nennen. Meine Anerkennung. Streicher.““ ¹²⁷

In seiner Deeg-Biografie räumt Nils Aschenbeck zwar einerseits ein, dass Deeg äußerst unsachlich im Waltershausen-Prozess vorging, beschönigt aber

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ Ebd.

¹²⁶ Fränkische Tageszeitung, 26.4.1934, zitiert nach: Arnegger, S. 128

¹²⁷ Telegramm des Gauführers Franken, Julius Streicher, an den Verteidiger Dr. Deeg vom 12. April 1934, zitiert nach Aschenbeck, S. 80 f

letztlich dieses Vorgehen wiederum mit dem machiavellistischen Aufstiegs-
willen eines Underdogs: „Zweifellos argumentierte Deeg hier nicht mehr
sachlich. Er benutzte die aufgeladene Stimmung der Zeit, die irrationale
Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung zu Adolf Hitler und zum
Nationalsozialismus, um daraus Kapital zu schlagen. Er verteidigte seinen
Mandanten ohne Rücksicht auf Verluste; die Diffamierung seiner Kollegen
trug nicht zuletzt dazu bei, dass Moses Hommel und Salomon Mendle sich
massiv unter Druck gesetzt fühlten und noch 1934 nach Palästina emigrierten.
[...] Ein Novum in der deutschen Gerichtslandschaft: Ein Anwalt, der die
Zustimmung der Öffentlichkeit suchte, der öffentlich Drohungen aussprach,
der Kollegen diffamierte, ihren jüdischen Glauben instrumentalisierte und der
mit der Unterstützung der öffentlichen Meinung einen Prozess zu gewinnen
suchte. [...] Aber hier kämpfte auch ein Underdog-Anwalt gegen das Esta-
blishment. Ein Mann, der nach oben wollte. Die zu erreichende Freisprechung
des Karl Liebig war ein Mittel zum Ziel. Deeg dachte, wir haben es schon
früher gesehen, schonungslos machiavellistisch: Der Stärkere wird sich durch-
setzen.“¹²⁸

Wiederum erweckt Aschenbeck den Eindruck, dass Peter Deeg eigentlich
persönlich kein Antisemit gewesen sei, „das Thema jüdisch/nicht-jüdisch, das
im Prozess eigentlich nur eine Nebenrolle spielte, nur von Deeg benutzt wur-
de, um die sich als hehre Nationalsozialistin bezeichnende Wilhelmine Wer-
ther in ihrer Glaubwürdigkeit zu beschädigen“.¹²⁹

Waltershausen versprach dem jungen Deeg, die Türen zur Macht in Berlin zu
öffnen. Unmittelbar nach Prozessende luden ihn – so Deeg in dem Manuskript
„Das Rätsel von Schloss Waldburg“ – Justizminister Franz Gürtner und der
preußische Justizstaatssekretär und spätere Reichsgerichtshofpräsident Roland
Freisler nach Berlin ein. Gürtner bot Deeg den Posten eines Staatsanwaltes im
Reichsjustizministerium an, den dieser aber nach eigener Darstellung mit dem
Hinweis ablehnte, dass er sich nicht zum Beamten eigne und er frei sein müsse.
Freisler habe ihm darauf geantwortet: „Advokaten Ihres Schlages [...] sind die

¹²⁸ Aschenbeck S. 76-78

¹²⁹ Aschenbeck, S. 81

geborenen Feinde unseres Staates.“¹³⁰ In seiner Darstellung gegenüber der Spruchkammer Bad Brückenau gibt Deeg denselben Vorgang etwas anders wieder. Hier ist es nicht Gürtner, sondern Freissler, der ihm den Posten anbietet: „Durch Staatssekretär Freissler wurde ich nach diesem Prozess nach Berlin berufen und er erklärte mir, alle grossen Advokaten hätten ihre Tüchtigkeit dem Staat zur Verfügung zu stellen. Ich hätte mich nur zu verpflichten, als Beamter der Staatsanwaltschaft in den Justizdienst einzutreten. Ausserdem wollte er mich finanziell aus Staatsmitteln unterstützen. Ich habe Freissler ohne Überlegung erklärt, diese Vorschläge nehme ich nicht an. Er frug, was wollen Sie denn werden. Ich gab zur Antwort, Rechtsanwalt. Freissler sagte, Rechtsanwalt [!] Ihres Schlages sind die geborenen Staatsfeinde. Auch kündigte er schon damals eine Ablehnung des Justizministeriums gegen einen etwaigen Zulassungsantrag meinerseits zur Rechtsanwaltschaft an. Ich wollte Anwalt werden, weil mir das nicht liegt, ein Beamter zu sein in einem Staat, wo ich nach der Flöte von Vorgesetzten zu tanzen habe. Ich ging auf die Unabhängigkeit aus, nicht auf finanzielle Vorteile.“¹³¹

Während Deeg selbst gegenüber der Spruchkammer keine politischen Gründe für die Ablehnung von Freisslers bzw. Gürtners Angebot nennt, sieht Aschenbeck im Verhalten Deegs eine bewusste Absage, „sich (noch) nicht zum Erfüllungsgehilfen des Systems“¹³² zu machen. Für ihn ist Deeg „vermutlich bereits zu dieser Zeit kein überzeugter Nationalsozialist mehr, wenn er denn überhaupt je einer war“¹³³, zu sehr habe er die Schwächen der Macht gesehen. „Aber er benötigte die NSDAP-Mitgliedschaft, um Karriere zu machen.“¹³⁴ Deswegen habe er sich im September 1934 erneut um die Aufnahme in die Partei bemüht. Der Eklat in Berlin habe ihm die Feindschaft Freisslers eingetragen, der in den folgenden Jahren mit dafür verantwortlich gewesen sei, dass Deeg die Zulassung als Rechtsanwalt verwehrt wurde.

Erneut benutzt Aschenbeck eine Charaktereigenschaft Deegs – sein Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit –, um daraus eine Distanz zur NS-Ideologie

¹³⁰ Deeg, Peter: Das Rätsel von Schloss Waldburg – ein berühmter Kriminalfall des Lebens, Manuskript ohne Datum; zitiert nach Aschenbeck, S. 85

¹³¹ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

¹³² Aschenbeck, S. 85

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd.

und zur NSDAP abzuleiten. Aschenbeck lässt kein Mittel unversucht, um Deeg vom Vorwurf des Antisemiten und überzeugten Nationalsozialisten zu befreien, und schiebt stattdessen alles auf Charaktereigenschaften Deegs oder die zeitgeschichtlichen Umstände, in die sich Deeg mehr oder minder ohnmächtig verstrickt habe. So darf Deeg bei ihm zwar als machiavellistischer Karrierist auftreten, dem fast jedes Mittel recht ist, um sein Ziel zu erreichen, nicht aber als antisemitischer Nazi.

Dies wird auch in den Passagen der Deeg-Biografie deutlich, in denen sich Aschenbeck mit Deegs Annäherung an Julius Streicher beschäftigt. Nach dem Berliner Eklat wendet Peter Deeg sich an den Herausgeber des „Stürmer“, den er bereits in seiner Jugend abonniert hatte, und schickt ihm das Manuskript seines Romans, in dem er den Mordfall Waltershausen literarisch aufgearbeitet hat, in der Hoffnung, dass Streicher für dessen Veröffentlichung sorgen könnte. Eine Hoffnung, die sich aber nicht erfüllen sollte. Dafür war der Kontakt zu Streicher hergestellt, der in den nächsten Jahren zum Förderer Deegs werden sollte.

Aschenbeck fragt sich, was „den jungen angehenden Juristen ausgerechnet an einen Mann wie Julius Streicher mit dessen Verlag“ binde. „Deeg“, so Aschenbeck, „musste als gebildeter, junger Mann wahrnehmen, dass der ‚Stürmer‘ unseriös arbeitete und dass sein vorrangiges Ziel war, die Menschen gegen die Juden aufzuhetzen. Offenkundig war Deeg das alles egal. Er wollte sich an der Macht – seiner Karriere zuliebe – orientieren – auch, wenn ihm das (siehe Freisler) nicht immer leicht fiel.“¹³⁵ Wiederum reduziert Aschenbeck Deegs Paktieren mit den braunen Machthabern auf dessen Karrierestreben, wiederum rückt er Deeg ideologisch weit weg von dem „Bodensatz der NSDAP“¹³⁶. Mit Sicherheit spielte Deegs Karrierismus eine entscheidende Rolle bei seinem Vorgehen, doch kann man seinen Antisemitismus, der sich bereits in der Weimarer Republik offen zeigte und in seinen späteren Büchern manifestierte, so radikal ausblenden bzw. in Zweifel ziehen?

Nach seiner Promotion und seinem Assessorexamen 1935 bemühte sich Peter Deeg um seine Zulassung als Rechtsanwalt, die ihm durch Intervention verschiedener Parteistellen, nicht zuletzt wohl von Freisler, trotz der Fürsprache

¹³⁵ Aschenbeck, S. 89

¹³⁶ Ebd.

des Schweinfurter Landgerichtsdirektors Gehret, der ihm Sachkenntnis, Persönlichkeit und Befähigung zum Rechtsanwalt attestierte ¹³⁷, verwehrt wurde. Die Spruchkammer der Berufungskammer Würzburg machte für Deegs Ablehnung vor allem Renners negatives Urteil über ihn verantwortlich: „Die Partei beurteilte ihn außerordentlich ungünstig. Der genaue Entwicklungsgang des Betroffenen bewege sich in ständigen Extremen und niemand würde den jungen Mann in Bad-Kissingen kaum ernst nehmen. Diese ungünstige Beurteilung des Betroffenen durch die örtlichen Parteistellen, die auch an den Gauinspekteur nach Würzburg ging (Blatt 22), führte dazu, daß dem Betroffenen, nachdem er im Jahre 1935 sein Assesorexamen bestanden hatte, die Zulassung als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht in Nürnberg verweigert wurde.“ ¹³⁸

Die Ablehnung seiner Zulassung erhielt Deeg am 7. November 1935. Er bemühte sich nun über seine Kontakte in Berlin, doch noch zum Ziel zu kommen. Streicher sagte Deeg zu, sich für seine Anwaltszulassung einzusetzen, forderte von ihm aber im Gegenzug, für ihn „eine Forschungsaufgabe betr. Die Judenverbrechen und Judengesetze in Deutschland“ zu übernehmen: „Machen Sie in Nürnberg meine Arbeit.“ ¹³⁹ Deeg zögerte zunächst noch. Im Spruchkammerverfahren in Bad Brückenau erklärte Deeg dies damit, dass ihn die Verhältnisse bei Streicher angewidert hätten. Doch sollte man mit dieser Aussage vorsichtig verfahren. Allzu durchsichtig erscheint doch hier der Versuch, sich selbst vor der Spruchkammer rückwirkend zu entlasten.

Die tatsächlich erfolgte Intervention Streichers im Berliner Justizministerium zeigte nicht den gewünschten Erfolg. Aschenbeck macht dafür – wohl nicht zu unrecht – das Eingreifen Freislers verantwortlich, der Deeg dessen Verhalten bei ihrem Treffen 1934 in Berlin offenbar noch immer nachtrug. Deeg wurde darauf hingewiesen, dass er ohne Parteimitgliedschaft keine Zulassung erwarten könne. So bemühte sich Deeg weiter um die Mitgliedschaft in der NSDAP. Aschenbeck spricht Deeg dabei jede persönliche Überzeugung für die Ideologie des Nationalsozialismus ab und führt Deegs Einsatz für den Parteieintritt erneut allein auf opportunistisches Karrieredenken zurück: „Dieser Wunsch [nach Mitgliedschaft in der Partei] hatte nun nichts mehr mit Sym-

¹³⁷ Webseite Deegen.net: <http://www.deegen.net>, 15.8.2019

¹³⁸ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

¹³⁹ Ebd.

pathie oder politischer Neigung zu tun. Es ging Deeg nur noch um die Formalie als Bedingung seiner Karriere.“¹⁴⁰ Als Beleg für diese Behauptung führt Aschenbeck den Brief des Kissinger Architekten Franz Krampf, eines guten Freundes von Deegs Vater und Vorsitzender des „Gaugerichtsbezirks Mainfranken“, an die Kissinger Kreisleitung vom 19. März 1936 an. Krampf spricht sich darin gegen die Aufnahme Deegs in die Partei aus, weil dieser „sich schon als junger Mann in überheblicher Weise mehr dünkte als alle anderen Parteigenossen von Kissingen, keine Autorität anerkannte, alle Eigenschaften des Nationalsozialisten vermissen ließ und keinerlei Volksgemeinschaft bzw. Kameradschaft kannte“¹⁴¹. Er bezeichnet Deeg weiter als „Konjunkturritter übelster Prägung“, der „nur in der Parteizugehörigkeit seine persönlichen Vorteile“ verfolge.¹⁴² Deeg hätte nämlich gegenüber Zeugen offen zugegeben, dass „man sich die Partei aussuchen und ihr zuwenden [müsse], die zur Zeit als tonangebende Regierungspartei am Ruder“ sei. Deegs Bruder Josef habe zudem versichert, dass Deeg glaube, dass es Krieg gäbe, wenn Hitler an die Macht komme, und er daher „schon bei Zeiten sein Augenmerk nach der Schweiz“ gewandt habe, „um durch feige Flucht ein sicheres Unterkommen zu finden“. Nur „eigensüchtige Gründe“ hätten ihn veranlasst, „die Parteimitgliedschaft zu erwerben. Sein „grenzenloses Geltungsbedürfnis“ habe dabei als „Haupttriebfeder“ mitgespielt.¹⁴³

Es stellt sich dem kritischen Leser die Frage, ob diese Aussagen wirklich ausreichen, um bei Deeg tatsächlich nur Opportunismus und nicht auch echte Überzeugung als Triebfedern bei seinem Bemühen, in die Partei einzutreten, anzunehmen. Mag dieser auch keine unerhebliche Rolle gespielt haben, so gab sich Deeg doch in seinen Anträgen und in seinen Büchern als überzeugter Nationalsozialist und Antisemit aus. Immerhin stehen diese mehr oder minder öffentlichen Bekundungen Deegs nach 1933 in einer deutlichen Kontinuität zu dessen Verhalten und Äußerungen in dessen Jugend, die in eine Zeit lange vor Beginn der Hitler-Diktatur fallen, wo die NSDAP noch keine „tonangebende Regierungspartei“ war.

¹⁴⁰ Aschenbeck, S. 107

¹⁴¹ Zitiert nach Aschenbeck, S. 107

¹⁴² Zitiert nach Aschenbeck, S. 108

¹⁴³ Zitiert nach Aschenbeck, S. 108f



Julius Streicher (oben links) mit einem NS-Funktionär und unten mit Heinrich Himmler bei einem Aufmarsch © Judy Heymann Kazan / United States Holocaust Memorial Museum Collection 2018.544.1



Julius Streicher und Hermann Göring © Judy Heymann Kazan / United States Holocaust Memorial Museum Collection 2018.544.1

Im „Handbuch des Antisemitismus“ macht Martin Finkenberger in seinem Artikel über Peter Deeg darauf aufmerksam, dass diesem aufgrund von Bedenken „wegen Vorkommnissen aus der Referendarszeit“ von amtlicher Seite empfohlen wurde, „durch mehrjährige Tätigkeit bei einer Behörde den Nachweis der Bewährung zu führen“. ¹⁴⁴ Eine solche Tätigkeit fand Peter Deeg 1936 auf Fürsprache von Julius Streicher als Referent bei der Stadt Nürnberg, wo er zunächst für Theater, Friedhof und Schlachthofwesen zuständig war. Daneben machte er sich als Forschungsbeauftragter Streichers in Bibliotheken und öffentlichen Einrichtungen auf die Suche nach Material für eine antisemitische Geschichte des Judentums. Im Gegenzug gab Streicher ihm die Zusage, sich nach „Beendigung des Auftrages für die Zulassung“ Deegs als Rechtsanwalt einzusetzen. ¹⁴⁵ In einer eidesstattlichen Erklärung vom 10. März 1949 stellt Deeg diese Abmachung mit Streicher als einzigen, alternativlosen Ausweg für ihn in einer absoluten Not- und Zwangssituation dar: „Erst in diesem Zusammenhange dann, als ich auch in Nürnberg von meiner unabhängigen Lebensexistenz als Anwalt ausgesperrt und der Abhängigkeit von Streicher ausgesetzt worden war, willigte ich, als ich keine andere Wahl mehr sah, in die Übernahme des Forschungsauftrages ein; jedoch nur auf die von vornherein beschränkte Dauer von 2 bzw. dann 3 Jahren und nur gegen die Zusicherung, dass ich nach Erledigung dieser ‚Bewährungsaufgabe‘ [...] zum unabhängigen Anwaltsberuf zugelassen würde.“ ¹⁴⁶

Aschenbeck sieht in diesem Deal zwischen Deeg und Streicher zwar einen „Vertrag mit dem Teufel“ ¹⁴⁷, meint aber, dass Deeg ihn nur geschlossen habe, um Rechtsanwalt zu werden. Zudem habe er nie für den „Stürmer“ selbst geschrieben und damit für sich eine Grenze des Zumutbaren gezogen. ¹⁴⁸ „Deeg“, so Aschenbeck weiter, „hatte sich mit der Annahme des Auftrags, dessen Erfüllung ihn zur Rechtsanwaltszulassung führen sollte, dem nationalsozialistischen System verkauft. Es war in dem Umfeld, in dem er nun wirkte, nicht möglich, eine wirklich eigenständige wissenschaftliche Arbeit zu liefern.

¹⁴⁴ Finkenberger/Benz, S. 165

¹⁴⁵ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg; Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 2f. Ein Angebot Roland Freislers, als Staatsanwalt nach Berlin zu gehen, lehnte Deeg hingegen offenbar ab. (Pers. Mitt. RSCW Rechtsanwälte, Schweinfurt, Brief vom 23.1.2013)

¹⁴⁶ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

¹⁴⁷ Aschenbeck, S. 115

¹⁴⁸ Vgl. ebd.

Streicher erwartete Propaganda – das wusste Deeg nur zu genau. [...] Deeg dankte [...] Julius Streicher, 'dem Förderer von Wissenschaft und Kunst'. Heute liest sich das fast wie Ironie – konnte ein grobschlächtiger Mann wie Streicher der Förderer von Wissenschaft und Kunst sein? Deeg wird das mit seinen gerade mal 30 Jahren nicht wirklich gedacht oder gar geglaubt haben. Aber er hat die Worte geschrieben, um ein Ziel zu erreichen, das für ihn über allem stand, für das sich jede Verbiegung lohnte – die Karriere als Rechtsanwalt.“¹⁴⁹ Trotz gewisser Anflüge von Kritik stellen die Ausführungen Aschenbecks doch letztlich erneut eine Beschönigung von Deegs Verhalten dar. Aschenbeck setzt zum wiederholten Mal allein auf die Karte Machiavelli, um Deegs Vorgehen zu erklären, und blendet dabei eine mehr als wahrscheinliche antisemitische Einstellung Deegs vollkommen aus. Musste sich Deeg aber wirklich so sehr verbiegen, wie Aschenbeck dies betont? Entsprach vieles von dem, was er im Auftrag Streichers machen sollte, nicht doch auch seiner persönlichen Überzeugung, wie er sie bereits in seiner Jugend an den Tag gelegt hatte? Und selbst wenn dem nicht so gewesen wäre, es bestand keine naturgesetzlich unausweichliche Notwendigkeit für Deeg, Streichers Auftrag anzunehmen. Sicherlich wären bei einer Zurückweisung von Streichers Angebot Deegs Chancen, doch noch eine Zulassung als Rechtsanwalt zu bekommen, noch weiter gesunken. Aber Deegs Leben und Überleben hing davon nicht ab. Er hätte wohl keine weitergehenden Sanktionen zu fürchten gehabt. Und auf irgendeine Weise hätte er sich und seine Ehefrau Dorothea Kühnlein, die er 1935 geheiratet hatte, sicher auch anderweitig über Wasser halten können. Doch der von Streicher angebotene Weg versprach ihm eine deutlich komfortablere Zukunftsgestaltung, zumal er sich wohl bei seiner Tätigkeit nicht allzu sehr verbiegen musste. Der Spruchkammer Bad Brückenau gegenüber gibt er jedoch an, wie sehr er unter der angeblich entwürdigenden, erniedrigenden Behandlung durch Streicher und seine Helfershelfer gelitten habe: „Das alles war für mich kein Honigschlecken, sondern eine bittere Leidenszeit.“¹⁵⁰

¹⁴⁹ Aschenbeck, S. 120

¹⁵⁰ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

Am 10. August 1937 stellte Peter Deeg dann erneut einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP.¹⁵¹ Sein Antragsgesuch fand aber wiederum nicht die gewünschte Zustimmung und wurde von einer Parteistelle zur anderen weitergereicht. Die intensiven, fortgesetzten Bemühungen Deegs um eine erneute Parteimitgliedschaft (die sich bis 1940 hinziehen sollten) zeigen, wie wichtig es ihm (aus welchen Gründen auch immer) über Jahre hinweg war, Mitglied dieser Partei zu sein. Er selbst beteuert hier stets seine Übereinstimmung mit Hitler und der Partei.¹⁵²

Auf Streichers Empfehlung erhielt Peter Deeg 1938 einen Lehrauftrag an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität zu dem Thema „Die Juden in der deutschen Rechtsgeschichte“ (bzw. nach Aussage des „Spiegels“ über „Die Gesetzgebung zur Entjudung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Wohnraums“¹⁵³; das Sondergericht spricht 1940 hingegen ganz allgemein von „Vorlesungen über die Judenfrage“¹⁵⁴). Besuchten im ersten Semester nur ganze drei Studenten seine Vorlesung, so konnte er am 11. Januar 1939 seine Antrittsvorlesung in der überfüllten Aula in Anwesenheit von Streicher, der die Einführungsrede hielt, und anderen prominenten Nazi-Größen halten. Auch in der Folgezeit waren seine Vorlesungen über „Die Judengesetze des Dritten Reichs“ und über das „Hofjudentum“ gut besucht.¹⁵⁵ In diesen Vorlesungen, aber auch seinen Rundfunklesungen, bekennt sich Deeg zu den in seinen Büchern niedergelegten antisemitischen Positionen. Bei diesen öffentlichen Auftritten konnte er sich nicht mehr hinter Zitate oder der später im Spruchkammerverfahren erhobenen Ausrede verstecken, die eigentlich antisemitischen Passagen in seinen Büchern wären gar nicht von ihm, sondern dem Geschäftsführer des Stürmer-Verlags, Karl Hotz, verfasst worden. Hier gibt sich Deeg – wohl auch nicht ganz ohne Stolz – als alleiniger Autor dieser Werke und als vermeintlicher Wissenschaftler aus und identifiziert sich dadurch vor aller Öffentlichkeit mit den Inhalten seiner Bücher und Vorlesungen.

¹⁵¹ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben an das Gaugericht Franken vom 18.6.1940; Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vom 10.8.1937 u. a.

¹⁵² Bu Gau, Reichsschatzmeister, Fragebogen, Anlage zum Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vom 10.8.1937

¹⁵³ Vgl. Art. „Isacson verzichtet“. In: Der Spiegel, 17.6.1959, Heft 25

¹⁵⁴ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 2

¹⁵⁵ Vgl. Aschenbeck, S. 126-129

Wenn Aschenbeck in seiner Deeg-Biografie im Zusammenhang mit den „Judengesetzen Großdeutschlands“ auch die deutlichste Kritik an Deeg in seinem Buch übt (immerhin spricht er davon, dass Deeg mit diesem Buch „das systematische Entziehen der Menschenwürde durch den Staat, getarnt als Recht“, gerechtfertigt habe und er „ohne Not ein Unterstützer des verbrecherischen, menschenverachtenden Systems“ geworden sei ¹⁵⁶), so findet er letztlich doch wieder entschuldigende Worte für Deeg: „Vor die Wahl gestellt, entweder den Pakt mit den Teufel einzugehen und hoffentlich die Zulassung zum Rechtsanwalt zu erhalten oder als Versager und Verlierer am Rande des Existenzminimums zu leben, seiner Frau keine Zukunft bieten zu können, hatte er sich – leichtsinnig – für den Teufel entschieden. [...] Vielleicht, ja vermutlich wusste er, dass der Pakt mit dem Teufel nicht lange gut gehen konnte, dass er auch Bücher wie die ‚Judengesetze‘ nicht mit seinem Gewissen vereinbaren konnte.“ ¹⁵⁷ Das klingt zum einen so, als ob Deeg gar keine andere Wahl gehabt hätte, wenn er nicht in bitterster Armut hätte leben wollen (was in dieser Form sicherlich nicht zutraf), zum anderen unterstellt er dem Autor eine innere Distanz zu seinen antisemitischen Pamphleten, die er eigentlich mit seinem Gewissen nicht vereinbaren können. Wie geht das aber mit Deegs öffentlichem Eintreten für gerade diese Bücher zusammen? Deeg liest im Rundfunk aus ihnen, macht sie zur Grundlage seiner Vorlesungen und sorgt sich – wie später noch zu berichten sein wird – um ihre rege Verbreitung, von der er finanziell durchaus gut profitiert.

Finanziell stand sich Dr. Deeg in diesen Jahren offenbar nicht schlecht: 1939 wurde sein Gesamteinkommen aus dem Verkaufserlös seiner Bücher, seiner schriftstellerischen Betätigung für Zeitungen und Zeitschriften, seiner Tätigkeiten für die Stadt Nürnberg und der Universität Berlin sowie aus Zuschüssen von Forschungsfonds mit 40 000 Reichsmark angegeben - ein für damalige Verhältnisse nicht gerade geringes Einkommen. ¹⁵⁸ Wenn man von einer Umrechnung der Reichsmark in Euro von etwa 1 zu 7 ausgeht, wären dies heute umgerechnet etwa 280 000 Euro. ¹⁵⁹

¹⁵⁶ Aschenbeck, S. 131

¹⁵⁷ Aschenbeck, S. 132-134

¹⁵⁸ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 3

¹⁵⁹ Vgl. Wikipedia-Artikel: Reichsmark: <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsmark>, 8.7.2017

1940 endete dann Deegs Karriere, als er vom **Sondergericht** für den Bezirk des Oberlandesgerichts Nürnberg beim Landgericht Nürnberg-Fürth „wegen eines Vergehens der verbotenen Sammlung“ zu fünf Monaten Haftstrafe und der nicht unbeträchtlichen Summe von 10 000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt wurde. „Deeg“, so Martin Finkenberger, „hatte durch fragwürdige Methoden den Verkauf seiner eigenen Werke gefördert, um so einen höheren Anteil am Vertriebserlös zu erhalten. Das Sondergericht sah darin eine `üble Geschäftemacherei´.“¹⁶⁰ In „verachtungswürdiger Geschäftstüchtigkeit“ habe Peter Deeg – so das Gericht – die „Opferbereitschaft des deutschen Volkes gerade den verwundeten und kranken Soldaten gegenüber [...] für den eigenen Geldsack ausgenutzt“. Ihm sei es bei seinem „gewinnsüchtigen Bestreben“¹⁶¹ nur darum gegangen, „mit dem eigenen Geldsack in die Werbeaktion eingeschaltet zu sein“.¹⁶²

Was war geschehen? Am 6. September 1939 kamen Peter Deeg, der Stürmer-Geschäftsführer Erich Behnk und der Stürmer-Vertreter Waldemar Drescher auf die Idee, den rückläufigen Buchumsatz des Stürmer-Verlags mit Hilfe eines Empfehlungsschreibens des Roten Kreuzes anzukurbeln. Die Bücher sollten als „Patengeschenke“ von interessierten Käufern verwundeten Soldaten in den Lazaretten zur Verfügung gestellt werden. Peter Deeg erkannte nach Meinung des Sondergerichts sofort, dass sich auf diese Weise „eine günstige Gelegenheit zum Absatz seines Buches `Hofjuden´ und damit zum Verdienst für ihn“ böte.¹⁶³ Der Bad Kissinger Jurist sagte Behnke und Drescher zu, seinen ehemaligen Dienstherrn, den Nürnberger Oberbürgermeister Liebel, der auch Landesführer des Roten Kreuzes war, um die nötige Genehmigung zu ersuchen. Anders als versprochen, ging Deeg jedoch nicht zu Liebel, sondern unterhielt sich lediglich mit dem städtischen Hausmeister Kurzmann über das geplante Projekt. Kurzmann verwies Deeg an den Geschäftsführer der Landesstelle Ulsamer, der sich auch bereit erklärte, das Vorhaben mit einem Empfehlungsschreiben zu unterstützen. Allerdings hatte er in dem Gespräch mit Deeg den Eindruck gewonnen, dass der Stürmer-Verlag die betreffenden Bü-

¹⁶⁰ Finkenberger/Benz, S. 165

¹⁶¹ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 21

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 5

cher kostenlos zur Verfügung stellen würde, was aber nicht der Fall war.¹⁶⁴ Mit Hilfe des Empfehlungsschreibens sollten vielmehr potente Käufer dafür gewonnen werden, die Bücher als „Patent“ vom Stürmerverlag zu kaufen und dann den Kriegslazaretten zur Verfügung zu stellen. Und in der Tat waren sämtliche Käufer, die Waldemar Drescher und sein Kollege Oscar Sommer gewinnen konnten, der irrigen Meinung, dass das Rote Kreuz Deegs „Hofjuden“ wünsche“. Infolge „dieses Irrtums“ hätten sie dann die Bücher bestellt.¹⁶⁵ Als Oscar Sommer vorschlug, den Kunden auch andere Bücher als Deegs „Hofjuden“ anzubieten, damit sie eine echte Auswahl hätten, schlug Peter Deeg „mit der Faust auf den Tisch“ und sagte wahrheitswidrig, „dass er sich stundenlang die Beine abgelaufen habe, um die Bestätigung zu erhalten und dass kein anderes Buch in Frage komme“¹⁶⁶. Für das Gericht war dies ein weiterer Beleg dafür, dass es Deeg nur darum gegangen sei, ausschließlich sein Buch zum Zuge kommen zu lassen¹⁶⁷ und sich einen finanziellen Vorteil zu verschaffen¹⁶⁸. Von dem Verkaufserlös der „Hofjuden“ in Höhe von 9 Reichsmark kamen Deeg immerhin 8-12 Prozent zugute.¹⁶⁹ Insgesamt wurden durch die Verkaufsaktion innerhalb weniger Tage 352 Exemplare von Deegs „Hofjuden“ und 40 Exemplare von Streichers „Kampf dem Weltfeind“ bestellt. 183 Bücher von Deeg und sämtliche Exemplare von Streicher waren bereits ausgeliefert und bezahlt worden, als Oberbürgermeister Liebel die Aktion einstellen ließ, nachdem er davon erfahren hatte. Die restlichen 169 Exemplare der „Hofjuden“ wurden danach nicht mehr ausgeliefert und in Rechnung gestellt.¹⁷⁰ Gegen Deeg, Drescher und Sommer wurde daraufhin Anklage erhoben.

Die Anklage wegen Betrugs wurde im Falle von Peter Deeg vom Gericht trotz „starker Verdachtsmomente“¹⁷¹ fallen gelassen, da es möglich gewesen sei, dass Deeg „in seiner Vorstellung mit dem Worte Patengeschenke die Herkunft der Bücher von dritter Seite und nicht vom Stürmerverlag geklärt zu haben

¹⁶⁴ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 6

¹⁶⁵ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 12f

¹⁶⁶ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 9

¹⁶⁷ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 21

¹⁶⁸ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 16

¹⁶⁹ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 3

¹⁷⁰ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 11f

¹⁷¹ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 16

glaubte“¹⁷². Hingegen wurde Deeg in der Verhandlung vom 7. Mai 1940 wegen eines Verstoßes gegen das Sammlungsgesetz verurteilt, weil er nach Meinung des Gerichts nicht die notwendige Genehmigung für die Sammlungsaktion eingeholt habe und bei der Tat allein „eigensüchtige Beweggründe“ beherrschend gewesen seien¹⁷³. Die Angeklagten Sommer und Drescher wurden freigesprochen.¹⁷⁴ Erst ein Jahr nach dem Urteil wurde Ende Oktober 1941 der Absatz IV „Patenauftragswerbung“ als „Lex Deeg“ in das Sammlungsgesetz eingefügt.

Dem Sondergericht saß Landgerichtsdirektor **Dr. Oswald Rothaug** (1897-1967) vor, der ein berüchtigter NS-Richter war. So verurteilte er etwa 1942 einen 25-jährigen polnischen Zwangsarbeiter unter Hinweis auf dessen „Zugehörigkeit zum polnischen Untermenschentum“ zum Tode und verhängte im selben Jahr die Todesstrafe gegen den 68-jährigen Leo Katzenberger wegen angeblicher „Rassenschande“, obwohl die Hauptzeugin Irene Seiler ausgesagt hatte, dass es zu keinem Intimverkehr mit dem jüdischen Angeklagten gekommen sei.¹⁷⁵ 1947 wurde Rothaug im Nürnberger Juristenprozess wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt, jedoch bereits 1956 nach gerade einmal neun Jahren aus der Haft entlassen.¹⁷⁶ Angesichts des verbrecherischen Verhaltens Dr. Rothaug, der im Prozess gegen Katzenberger noch nicht einmal vor massiver Rechtsbeugung zurückschreckte, überrascht die relativ differenzierte und über weite Strecken relativ sachlich wirkende Argumentation des Richters im Falle Deeg (die allerdings auch tendenziöse ideologisch-polemische Passagen enthält) und die Tatsache, dass er trotz „starker Verdachtsmomente“ Deeg nicht wegen Betrugs, sondern „nur“ wegen des Verstoßes gegen das Sammlungsgesetz verurteilte. Zu Recht kritisiert Aschenbeck am Vorgehen des Gerichtes, dass zum Zeitpunkt des Urteils die im Fall Deegs verhandelte „Patenauftragswerbung“ eigentlich nicht im Sammlungsgesetz angesprochen wurde, sondern erst Ende Oktober 1941

¹⁷² Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 17

¹⁷³ Bundesarchiv Berlin, Urteil des Sondergerichts, S. 23

¹⁷⁴ Nach Aussage der Anwälte von Prof. Dr. Peter Deeg, dem Sohn Dr. Peter Deegs, soll die Verurteilung ohne Gesetzesgrundlage („sine lege, nulla poena“) aufgrund einer „Analoganwendung des § 1 des Sammlungsgesetzes“ erfolgt sein. Fünf Monate nach Abschluss der Verurteilung sei das Sammlungsgesetz durch eine Verordnung vom 23. Oktober 1941, die sog. „Lex Deeg“, ergänzt worden. (Pers. Mitt. der RSCW Rechtsanwälte, Schweinfurt, Brief vom 23.1.2013)

¹⁷⁵ Vgl. Wikipedia-Artikel Leo Katzenberger: http://de.wikipedia.org/wiki/Leo_Katzenberger, 24.12.12 sowie Wikipedia-Artikel: Oswald Rothaug: http://de.wikipedia.org/wiki/Oswald_Rothaug, 24.12.12

¹⁷⁶ Vgl. Wikipedia-Artikel Oswald Rothaug: http://de.wikipedia.org/wiki/Oswald_Rothaug, 24.12.12

ein entsprechender Passus (die sog. „Lex Deeg“) nachträglich in das Gesetz eingefügt wurde.

67 Jahre nach dem Urteil hob die erste Strafkammer des Landgerichts Regensburg posthum das Urteil mit Beschluss vom 18. April 2007 aus formaljuristischen Gründen auf, weil das Urteil auf Normen des Sammlungsgesetzes von 1934 beruhte, das durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5. August 1966 als mit dem Grundgesetz unvereinbar angesehen und deshalb für nichtig erklärt wurde. Eine inhaltliche Neubewertung des Verhaltens von Dr. Deeg war mit diesem Urteil jedoch nicht verbunden gewesen.¹⁷⁷

Das Urteil vom 7. Mai 1940 dürfte vermutlich für den endgültigen Bruch Peter Deegs mit Julius Streicher verantwortlich gewesen sein. Zumindest war es am 18. Juni 1940 für das Gaugericht Franken der NSDAP der letzte Anstoß gewesen, die seit 1937 intensiv von Peter Deeg betriebene Wiederaufnahme in die Partei endgültig abzulehnen: „Wenn schon die dreimalige Zugehörigkeit des Antragstellers zur Partei“, so das Gaugericht Franken in seiner Urteilsbegründung, „das Gaugericht dazu bestimmte, seiner abermaligen Aufnahme nicht zuzustimmen, so hat seine nunmehrige Verurteilung durch das Sondergericht Nürnberg erst recht dazu beigetragen, ihn als Parteigenossen abzulehnen.“¹⁷⁸

Das Urteil hatte zudem auch Auswirkungen auf Deegs beantragte Zulassung als Rechtsanwalt. Wenige Tage nach dem Urteil sprach sich nämlich der Präsident der Reichs-Rechtsanwaltskammer Reinhard Neubert gegenüber Reichsjustizminister Otto Georg Thierack „mit aller Entschiedenheit gegen die Zulassung des Dr. Deeg aus“. Dr. Deeg habe „zu wiederholten Malen eine schmutzige, – die Rechtsanwaltskammer Nürnberg sagt nicht mit Unrecht jüdische – Gesinnung bewiesen“. Bei der von Deeg „bewiesenen Gesinnungsart“ sei „auch mit Bestimmtheit damit zu rechnen, dass er bei einer Zulassung in Kürze in neue Verfahren verquickt“ werde.¹⁷⁹ Mit seinem Vorwurf der „schmutzigen“, „jüdischen Gesinnung“ spielte der Präsident der Reichs-Rechtsanwaltskammer auf das Verhalten Deegs bei der Stürmer-Bücher-Sammlung an. Mit anderen Worten warf er Deeg damit dasselbe vor wie

¹⁷⁷ SBK: Urteil der 1. Strafkammer des Landgerichts Regensburg vom 18.4.2007

¹⁷⁸ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Urteil des Gaugerichts Franken der NSDAP vom 18.6.1940

¹⁷⁹ Pers. Mitt. RSCW Rechtsanwälte (Schweinfurt), Anhang eines Schreibens vom April 2012

Rothaug, der – wie gesehen – in seinem Urteil von „übler Geschäftemacherei“ und „verachtungswürdiger Geschäftstüchtigkeit“ in Bezug auf Deegs Verhalten gesprochen hatte. Bei der Kritik an Dr. Deeg ging es also ganz offenkundig um Vorbehalte gegen dessen Person, nicht aber so sehr um eine mögliche distanzierte oder gar ablehnende Haltung Deegs gegenüber dem Nationalsozialismus.

Dies legt auch das Schreiben von Kreiskassenleiter Martin an die NSDAP-Gauleitung Mainfranken vom 1. November 1938 nahe, in dem es mit Blick auf die Gründe für Deegs Parteiausschlüsse heißt: „Deeg wird wegen seines Verhaltens von allen alten Parteigenossen der früheren Ortsgruppe Bad Kissingen restlos abgelehnt“. Martin verwies neben dem oben zitierten Schreiben Deegs an Karl Renner vom Oktober 1930, das „merkwürdige Anschauungen“ bekunde, auch auf den Brief Karl Renners an Kreisleiter Heimbach vom 25. Oktober 1938 hin, der die „Geschichte seiner wiederholten Aufnahmen und eine Schilderung seines Charakters“ enthalte.¹⁸⁰ Dort heißt es: „Wenn sich Dr. Deeg im Gau Franken heute wieder um die Aufnahme bemüht, geschieht es lediglich materieller Gründe wegen. Deeg ist zum mindesten ein Querulant und wäre durch ihn bei der Aufnahme eine Schädigung des Ansehens, wenn nicht eine Gefährdung der Partei zu befürchten.“¹⁸¹ Die Kreisleitung Bad Kissingen, so Martin abschließend, stehe „auf Grund der bekannten Tatsachen und seines glaubhaft geschilderten Charakters auf dem Standpunkt, daß Deeg unter allen Umständen untragbar und daher abgelehnt werden muß“.¹⁸² Die von Martin erwähnten „merkwürdigen Anschauungen“ können sich dabei wohl kaum auf eine Distanz Deegs zur nationalsozialistischen Ideologie beziehen. Denn in dem besagten Schreiben bekundet Deeg ja nachdrücklich seine „Sympathien“ mit den „immanenten politischen Werten der Idee Hitlers“ und dessen „Partei“. Ja, er erweckt sogar den Eindruck, dass er ein besserer Nationalsozialist wäre als Renner selbst, der in seiner Kleingeistigkeit die wahren Ideen und Vorstellungen Hitlers (im Gegensatz zu ihm selbst) nicht richtig verstanden habe.

¹⁸⁰ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben des Kreiskassenleiters Martin an die Gauleitung der NSDAP Mainfranken vom 1.11.1938

¹⁸¹ Bu Gau, Reichsschatzmeister, Abschrift des Briefes von Karl Renner an Kreisleiter Heimbach vom 25.10.1938

¹⁸² Bu Gau, Reichsschatzmeister, Schreiben des Kreiskassenleiters Martin an die Gauleitung der NSDAP Mainfranken vom 1.11.1938

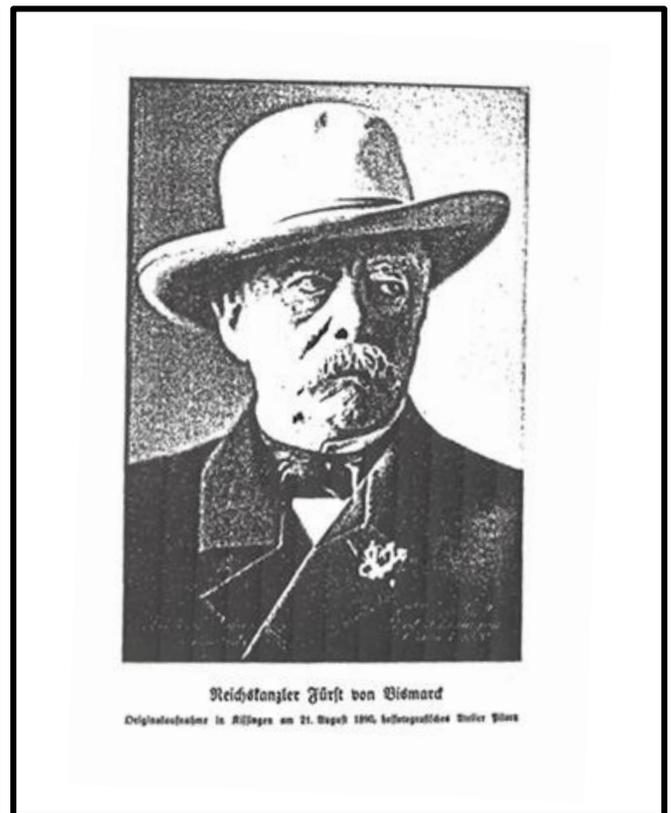
Aschenbeck benutzt die Verurteilung Deegs dazu, diesen nun als Verfolgten darzustellen. So übernimmt er unhinterfragt die Aussage von Deegs Anwalt und Freund Prinz zu Solms-Braunfels im Brückenauer Spruchkammerprozess vom August 1948, wonach Deeg mit „knapper Not [...] der bei Sondergerichtsverurteilten üblichen Einschaffung in das Konzentrationslager nach Gefängnisentlassung“ entgangen sei.¹⁸³ Im Urteil Rothaug war jedoch davon keine Rede gewesen. Solms-Braunfels wies zudem darauf hin, dass Deeg die juristische und schriftstellerische Tätigkeit untersagt worden sei. „Er [Deeg]“, so Aschenbeck, „war ganz und gar kein Gewinner des Systems, sondern nun ein Ausgestoßener, ein in seiner Existenz akut Bedrohter. Solms betont 1947 ganz zu Recht Deegs Distanz zum nationalsozialistischen System: `Nie bestanden persönliche Beziehungen zwischen beiden [Streicher und Deeg]. Kein Bild existiert von ihnen. Keine Uniform wurde verliehen. Kein Parteiabzeichen. Keine Parteimitgliedschaft.“¹⁸⁴

Hier wird einer der führenden antisemitischen Autoren des Nationalsozialismus im Handumdrehen von seinem Biografen entnazifiziert. Wenn Deeg tatsächlich in so großer Distanz zum NS-Regime und Streicher gestanden hätte, warum hat er sich dann bis 1940 trotz dieser Vorbehalte immer wieder um eine erneute Aufnahme in die Partei bemüht, sich selbst durch seine Lehrtätigkeit und seine Rundfunklesungen als Nationalsozialisten und Antisemiten öffentlich ausgegeben und sich in seiner publizistischen Tätigkeit vor die antisemitische Propagandamaschinerie Julius Streichers spannen lassen? War dies alles wirklich nur durch opportunistisches Karrierestreben veranlasst? Deeg selbst betonte vor Parteigremien (wie etwa 1937 im Fragebogen des Reichsschatzmeisters der NSDAP) immer wieder seine nationalsozialistische Gesinnung und antisemitische Einstellung. Auch für Deegs Richter Rothaug war Deeg während des Prozesses ganz klar eine „bekannte Parteigröße“. Dies wird deutlich, wenn er 1947 bei den Nürnberger Richterprozessen beteuerte, gegen „bekannte Partei Größen wie Deeg mit gleicher Strenge und allein nach dem Gesetz vorgegangen zu sein“.¹⁸⁵

¹⁸³ Aschenbeck, S. 154

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Nürnberger Richterprozesse von 1947, Tribunal III, Deutsche Protokolle, S. 158 f, zitiert nach: Pers. Mitt. RSCW Rechtsanwälte, Schweinfurt, Schreiben vom 23.1.2013



Peter Deeg: Vor 50 Jahren. Für und wider den Russenpakt, 1940 © Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Noch Anfang des Jahres 1940 hatte sich Peter Deeg als willfähriger Diener seiner Herren, des Stürmer-Verlags und des NS-Regimes, erwiesen. Ihm fiel die Aufgabe zu, den Kurswechsel in Hitlers Außenpolitik zu rechtfertigen, der mit dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt verbunden war. Unter dem Datum des 23. August 1939 hatten Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und der sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wjatscheslaw Molotow in Moskau in Anwesenheit Stalins den Vertrag unterzeichnet. In dem Pakt sicherten sich die Vertragspartner wechselseitig Neutralität zu, wenn einer von ihnen ein anderes Land angreifen sollte. Im geheimen Zusatzprotokoll steckten Deutschland und die Sowjetunion ihre Machtbereiche in Nordosteuropa ab: Polen sollte einvernehmlich zwischen beiden Staaten geteilt werden, während Finnland, Estland, Lettland und Bessarabien der Sowjetunion und Lettland Deutschland zugeschlagen werden sollten. Der sog. Hitler-Stalin-Pakt machte für Hitler den Weg frei für den Zweiten Weltkrieg, indem er sicherstellte, dass es im Fall eines deutschen Angriffs auf Polen nicht

zu einem möglichen Zweifrontenkrieg kommen würde. So sehr der Pakt auch Hitler kriegsstrategisch in die Karten spielte, so problematisch musste doch die Kehrtwende in seinem Verhältnis zur Sowjetunion in der Öffentlichkeit erscheinen, galten bislang doch der Bolschewismus zusammen mit dem Judentum in der NS-Weltanschauung als Hauptgegner des Regimes und die von „Untermenschen“ bevölkerte Sowjetunion als Reich des Bösen.

Peter Deeg entledigte sich der ihm zugefallenen Aufgabe durchaus nicht ungeschickt, indem er in seinem 84-seitigen Buch **„Vor 50 Jahren. Für und wider den Russen-Pakt“**, das im Stürmer-Verlag Anfang 1940 erschien, nicht direkt auf den Hitler-Stalin-Pakt einging, sondern Zuflucht zum „Eisernen Kanzler“ Otto von Bismarck nahm, der als „Gründer“ des Deutschen Reichs auch in der NS-Diktatur eine allseits anerkannte Autorität darstellte. Bismarck hatte 1887 mit dem russischen Außenminister Nikolai Karlowitsch de Giers ein Geheimabkommen, den sog. „Rückversicherungsvertrag“, geschlossen, um die Gefahr eines Zweifrontenkriegs mit Russland und Frankreich zu vermeiden: Beide Vertragspartner verpflichteten sich zu wohlwollender Neutralität, falls Russland von Österreich-Ungarn oder Deutschland von Frankreich angegriffen würde. 1890 lief der auf drei Jahre befristete Vertrag aus. Sowohl Bismarck als auch dem Zar waren an einer Verlängerung des Vertrags gelegen. Hingegen sprach sich der junge Kaiser Wilhelm II, der seit dem Tod Friedrich III. im Juni 1888 im Amt war, gegen eine Verlängerung und für eine engere Anbindung Deutschlands an Österreich-Ungarn und eine Annäherung an England aus. Der Streit zwischen Anhängern und Gegnern des „Russenpakts“ endete schließlich mit der Entlassung Bismarcks Mitte März 1890 und der Nichtverlängerung des Vertrags.

Deeg beschränkte sich in seinem Buch auf die letzte Phase der Auseinandersetzung und den Sturz Bismarcks. Er stellt Bismarck als klugen Strategen und erfahrenen Politiker dar, dem es mit dem Rückversicherungsvertrag gelungen war, einen Zweifrontenkrieg erfolgreich zu vermeiden. Dabei lesen sich für den Leser des Jahres 1940 Bismarcks Argumente für einen „Russenpakt“ letztlich vor allem als Rechtfertigungsgründe für den Hitler-Stalin-Pakt, der im Jahr zuvor abgeschlossen worden war. Für Deeg zählt letztlich nur die Vermeidung eines Zweifrontenkriegs mitten im Zweiten Weltkrieg. Eine ideo-

logische Auseinandersetzung mit dem einstigen und zukünftigen Gegner Stalin und dessen Sowjetreich geht er bewusst aus dem Weg. Er baut Hitler als weitblickenden Strategen und Staatsmann in der Nachfolge des „Eisernen Kanzlers“ auf, der im Gegensatz zu dem unerfahrenen und leicht zu beeinflussenden Wilhelm II. erkannt hatte, wie wichtig aus strategischen Gründen ein Arrangement mit Russland war. So wie er Hitler quasi als „Vollstrecker“ und Vollender der Bismarck'schen Russlandpolitik darstellt, lässt er Bismarck als Wegbereiter des NS-Regimes erscheinen. Und so erklärt der Reichskanzler bei ihm gar dem „kriechende[n] Gewürm der Juden, Jesuiten und Freimaurer“ den Krieg¹⁸⁶. Wie schon in den „Hofjuden“ und den „Judengesetzen Großdeutschlands“ erscheinen Juden bei Deeg als machtbegierige, skrupellose Intriganten, Verschwörer und Mörder, die beim Sturz des „Eisernen Kanzlers“ ebenso aus dem Hintergrund die Strippen gezogen hatten wie sie für den Tod Zar Alexander III. (1845-94) verantwortlich gewesen waren. Als Bismarcks Gegner ihn beim Kaiser wegen seines angeblich unmäßigen Alkoholkonsums und seiner „rasch fortschreitenden Vergreisung“ schlechtmachen versuchen, macht der Kissinger Autor dafür „die maurerischen Feinde und ihre frei- und unfreiwilligen Helfershelfer“ Ernst Ludwig Herrfurth (1830-1900), Karl Heinrich von Boetticher (1833-1907) und Max von Baden (1867-1929) verantwortlich.¹⁸⁷ Wen Deeg mit den Freimaurern meint, wird deutlich, wenn er wenige Seiten später auf die Hintermänner des Komplotts gegen Bismarck eingeht: „Da freilich befällt manch' einem der Minister nun das Zittern. Denn furchtbar wie der ganze Bismarck, so wird auch seine Rache sein! Hat er es doch sogar selbst mit dem Freimaurertum nun noch aufgenommen, um ihm auf Schritt und Tritt die Wege und die Ziele zu vertreten. Denn er ist, wie er stolz bekennt, dem Maurertum abhold gesinnt bis in die tiefste Seele. Er will nicht, wie manch' anderer Großer, die Hände sich verbinden lassen. Und daher bricht im Geheimen der Hexensabbat nun erst richtig los! Nicht, daß es den internationalen maurerisch-jüdischen Hintermännern schon um die Durchführung von letzten Plänen ginge! Nein! Gegenwärtig gilt es nur erst, eine Vorbedingung dafür zu erfüllen: die Machtentsetzung des in dem Urbewußtseins

¹⁸⁶ Deeg, Peter: Vor 50 Jahren. Für und wider den Russen-Pakt, Verlag Der Stürmer, Nürnberg 1940, S. 34. Das Buch konnte ich freundlicherweise im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden einsehen.

¹⁸⁷ Deeg, Vor 50 Jahren, S. 8

seines Deutschtums wie ein Fels im Wege stehenden nationalen Führers. Er muß hinweg! Und um dies schwere Werk auch rasch genug zustande noch zu bringen, werden die alten arbeitsamen Menscheister Machtrieb und Neid, Bosheit, Ehrgeiz und Eifersucht und Geltungsdrang beschworen und entfesselt. Wie eine Spinne im Verborgenen hinter ihrem Netze, so lauert der unheimliche Holstein auf sein Opfer [gemeint ist Friedrich von Holstein (1837-1909), der zwischen 1890 und 1906 die deutsche Außenpolitik maßgeblich beeinflusste, ohne dabei in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten, weshalb ihn der Journalist, Kritiker und Schauspieler Maximilian Harden als „Graue Eminenz“ bezeichnete]. Intimer Hausfreund bei dem Ehepaare Boetticher [gemeint sind der stellvertretende Reichskanzler Karl Heinrich von Boetticher und seine Frau Sophie Berg], hat er den Vizeministerpräsidenten Preußens schon bald in seine Fäden gesponnen. Und er ist willens, ihn und des Kanzlers Widersacher Freiherren Berlepsch auch weiterhin gegen Bismarck auszuspielen. `Der Kanzler´, flüstern daher nun die Kreaturen Seiner `Grauen Eminenz´ dem Kaiser in die Ohren, `steht Seiner Majestät Popularität beim deutschen Arbeiter im Wege!´“¹⁸⁸ Wiederum sind es für Deeg Juden, die mit allen Mitteln versuchen, an die Macht zu kommen und zur Erlangung dieses Zieles den „nationalen Führer“ (!) aus dem Wege zu räumen. Als Gegner Bismarcks treten bei Deeg auch der einflussreiche Zentrumspolitiker Ludwig von Windthorst (1812-91), der sich für die Gleichberechtigung der Juden ausgesprochen hatte und im Kulturkampf einer der entschiedensten Kontrahenten Bismarcks war, und der deutsch-jüdische Bankier Gerson von Bleichröder (1822-93) auf, der u. a. den Preußisch-Österreichischen Krieg von 1866 durch eine Staatsanleihe zu finanzieren half: „Da wittern des Kanzlers alte Feinde Morgenluft! Und schon setzt sich der klerikale Zentrumsführer Windthorst auch mit dem einflußreichen jüdischen Werkzeug Bismarcks in Verbindung. Es macht der Enkelsohn des einst bei Friedrichs Hofmünzjuden Daniel Itzig schon als Direktor tätig gewesenenen Gerson Bleicheröder das Unmögliche möglich: Bismarck empfängt, zum ersten Male seit den Zeiten des Kulturkampfes wieder, den Führer des politischen Katholizismus bei sich in seinem Amte. Dem Kanzler selbst vielleicht mag dieses überraschende Ereignis in

¹⁸⁸ Deeg, Vor 50 Jahren, S. 26 f

Anbetracht der jüngst gewesenen schlechten Reichstagswahl durch die politische Lage und Entwicklung nötig und wie von selbst gefügt erscheinen. In Wahrheit aber ist es doch vermittelt von jenen insgeheim auf einen Macht- und Zeitenumsturz hinarbeitenden anonymen Kräften. Warum nun, fragen sich die leitenden Hintermänner, sollte dagegen nicht ausnahmsweise einmal auch dem alledem bekanntermaßen stets so heftig abgeneigten deutschen Sinn sein freier Lauf gelassen werden? Warum soll dieser eh so wandelbare Hohenzoller sich nicht auch einmal antijüdisch, -klerikal, -jesuitisch und maurerisch zeigen dürfen?“¹⁸⁹ Als es zum großen Showdown zwischen dem Kanzler und dem Kaiser kommt, weil Bismarck Windthorst ohne Billigung des Kaisers empfangen hat, sieht sich Bismarck bei Deeg mit dem Vorwurf eines Juden- und Jesuitenfreunds konfrontiert, auf den er – ganz im Sinne der Nationalsozialisten – mit einer Kampfansage gegen alle „Juden, Jesuiten und Freimaurer“ antwortet: „Der alte Bismarck weist dem Sohn [gemeint ist Bismarcks Sohn Herbert] die Türe. Und dann bricht das Gewitter über den jungen Kaiser los! `Macht ein politischer Führer´, erklärt scharf der Kanzler, `sich nicht durch sein Benehmen unmöglich, so ist es nicht `natürlich, ihn zur Tür hinauszuwerfen´, sondern es ist die amtliche Pflicht des Kanzlers, ihn, wenn er darum bittet, zu empfangen und zu hören!´ `Sie haben mich´, verlangt der Kaiser, `in Zukunft dazu um Erlaubnis zu befragen!´ `Ich vindiziere mir [erhebe den Anspruch]´, herrscht Bismarck ihn da an, `in meinem Hause zu empfangen, wenn ich mag!´ `Ja, Juden und Jesuiten!´ schleudert der Kaiser ihm in das Gesicht. `Ich, junger Herr´, mag darauf ihn des hoch emporgereckten Riesen alles erdrückende Gestalt besagen, `bin die deutsche Schöpferkraft und macht und hielt und halte weiterhin das kriechende Gewürm der Juden, Jesuiten und Freimaurer mir unter meiner Stiefelsohle! Dir aber, junger Herr, kriecht es wohl einst zum Leibe.´ `Man hat mich´, ruft der Kaiser aus, `davon schon unterrichtet, daß Gerson Bleicheröder, der Jude, Ihr Vermittler war!´ `Nicht meiner, Windthorsts´, unterbricht der Kanzler, `und das geht mich nichts an!´“¹⁹⁰

¹⁸⁹ Deeg, Vor 50 Jahren, S. 32 f

¹⁹⁰ Deeg, Vor 50 Jahren, S. 84 f



John Tenniel: Dropping the Pilot, Cartoon aus dem Magazin „Punch“ vom 29.3.1890,
Stich Joseph Sain © Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: 1988/1075

Aber nicht nur für den Sturz Bismarcks, des „reckenhafte[n] deutsche[n] Held[en]“¹⁹¹, macht Deeg Juden verantwortlich, sondern auch für den Tod Zar Alexander III.: „Und auch er selbst, Alexei Alexandrowitsch der Dritte, stirbt für die Welt zwar eines ganz natürlichen Todes. Doch in der Stille seines Sterbezimmers zu Livadia fährt er in seinen letzten Atemzügen den einen seiner beiden getauften jüdischen Leibärzte, Hirsch und Sacharjin, heftig an: `Jude, Du hast mich vergiftet!´ `Was sagte er?´, fragt hierauf tief bestürzt die Zarin. `Er liegt in Fieberphantasien´, antwortet Leibarzt Doktor Sacharjin. In Wahrheit aber hat dann der zur Ehrenwache bei dem Zaren kommandierte Offizier, Basil Basilowitsch von Olserjeff, dem toten Herrscher in das mit weißem Puder überdeckte, von Gift blauschwarz verfärbte Angesicht geblickt! – Freilich, dieses die Umschränktheit der russischen Herrscherrechte schlagend beweisende Ende mag jenem Freund der Jüdin von Lebbin [gemeint ist Helene von Lebbin (1849-1915), die einen politischen Salon in Berlin unterhielt, mit Friedrich von Holstein eng befreundet war, aber entgegen antisemitischer Gerüchte, die Deeg hier aufgreift, keine Jüdin war] und Inspirator der deutschen Politik, von Holstein, dann nur ein Märchen sein des alten russischen Antisemitismus. Deshalb ist Rußland ihm und seinen Mannen zu den Lebzeiten Alexanders gleichbedeutend mit dem Herrscherwillen dieses Zaren. Als dessen Willen aber kreierte Holsteins Politik die – böse Absicht gegen Deutschland! Und diese These Seiner `Grauen Eminenz´ ist und wird fest und immer fester auch dem Kanzler-General Caprivi [gemeint ist Leo von Caprivi (1831-99), der von 1890-94 Nachfolger Bismarcks als Reichskanzler war] eingehämmert.“¹⁹²

Und so ist mit dem Sturz Bismarcks für Deeg – nicht zuletzt aufgrund angeblicher jüdischer Intrigen – der Weg frei für den Zweifrontenkrieg, der von ihm für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg verantwortlich gemacht wird: „Denn Bismarcks mit allem Mute der Erkenntnis der politischen und militärischen Notwendigkeiten Mittel- und Osteuropas aufgebauter Pakt mit Rußland ist nicht mehr! Frankreich, in dem der alte Geist der Rache sich zur Auferstehung rüstet, steht endlich in Europa nun nicht mehr allein! [...] Das Schicksal des Zweifrontenkrieges mit allen seinen düsteren Folgen ist herauf-

¹⁹¹ Deeg, Vor 50 Jahren, S. 64

¹⁹² Deeg, Vor 50 Jahren, S. 81

beschworen! Wilhelm der Zweite wandelt den Weg einer geschichtlichen Vor-
 sehung, die jenes kleinere Deutschland in finsternes Verderben stürzt, während
 zur gleichen Zeit dem Volk der Mann geboren ward, der es durch Nacht zum
 Lichte, zu Großdeutschland führt.“¹⁹³ Mit der Apotheose Hitlers als vermeint-
 lichem Retter und Erlöser Deutschlands beschließt Peter Deeg sein Buch über
 Bismarcks „Russlandpakt“, das eigentlich ein Buch über Hitlers „Russland-
 pakt“ ist. Es belegt ein weiteres Mal die nationalsozialistische und antisemi-
 tische Einstellung des Kissinger Autors und Juristen. War der Antisemitismus
 von vorneherein mit den Themen seiner beiden ersten Bücher unauflöslich
 verbunden, hätte Deeg, wenn er es denn nur gewollt hätte, auf antisemitische
 Invektiven bei seinem Russenpakt-Buch verzichten können, da diese zu sei-
 nem Thema her an sich nicht gefordert waren, sondern von ihm erst hinzu-
 gefügt wurden. Eine Distanzierung Deegs vom NS-Regime und dessen Anti-
 semitismus oder gar eine bereits seit 1939 von Deeg reklamierte Verfolgung
 „als Feind des Nationalsozialismus“ kann man in diesem Buch ganz offen-
 kundig nicht erkennen. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, dass hier ein
 Autor schreibt, der eine große Nähe zum NS-Regime und dessen Ideologie
 besitzt.

Das wird auch in der Rezension seines Buches in der antisemitischen Propa-
 gandazeitschrift „Der Stürmer“ vom Februar 1940 deutlich, die **Julius Strei-
 cher** höchstpersönlich verfasst hat. Der eigentlichen Buchbesprechung Strei-
 chers ist ein kurzer Vorspann vorangestellt, in dem Peter Deeg ausdrücklich
 als Verfasser der „Hofjuden“ genannt wird, was dieser später in den Spruch-
 kammerverfahren nach dem Krieg hartnäckig leugnen wird. Zudem macht der
 kurze Text bereits deutlich, welche Intention der Autor mit seinem jüngsten
 Buch verfolgte: Mit Hilfe des heroisch überhöhten, genialen Staatsmannes
 Bismarck soll der Hitler-Stalin-Pakt als „Wiedererneuerung“ des Bis-
 marck'schen Russenpakts gerechtfertigt und jeder möglichen Kritik entzogen
 werden: „Im Stürmerverlag erscheint soeben eine neue Schrift von Dr. Peter
 Deeg, dem Verfasser des vielgelesenen Buches `Hofjuden´. Die Schrift nennt
 sich `Für und wider den Russenpakt´. Mit Dokumenten aus jener Zeit läßt Dr.
 Peter Deeg das Drama wieder erstehen, das den Russenpakt des zweiten Kai-

¹⁹³ Deeg, Vor 50 Jahren, S. 84

serreiches werden und wieder vergehen ließ. Will man die ins Große und Weite gehende Politik des F ü h r e r s deuten, die er mit der Wiedererneuerung des Russenpaktes vor unsere Augen bringt, dann muß man lesen, was Dr. Peter Deeg in seiner Schrift uns zum Nachdenken unterbreitet.“¹⁹⁴

Julius Streicher, der antisemitische Chefpropagandist des NS-Regimes, würdigt in seiner nachfolgenden Buchrezension ausdrücklich die Arbeit Peter Deegs. Und das zu einer Zeit, in dem die Ermittlungen gegen den Kissinger Juristen und Autor bereits im vollen Gang gewesen sind. Von einer Entfremdung zwischen ihm und Deeg ist hier nichts zu erkennen. Ganz im Gegenteil. Das Lob Streichers macht deutlich, dass er offenkundig mit dem, was und wie Deeg geschrieben hat, mehr als einverstanden war. Deeg sprach ganz offenkundig in seinem neuen Buch Streicher aus dem Herzen: „Als das zweite Kaiserreich der Franzosen auf dem Schlachtfeld bei Sedan sein Ende gefunden hatte, da war es die Sorge des Fürsten von B i s m a r c k, dem wiedererstandenen Kaiserreich der Deutschen eine Sicherung an den Grenzen des Ostens zu geben. Er schuf den e r s t e n R u s s e n p a k t, jenen Rückversicherungsvertrag, der einerseits Deutschland freie Hand zur Abwehr seiner Widersacher im Westen und andererseits dem Reiche des Zaren die Möglichkeit geben sollte, seine Interessen bis hinüber zum Chinesischen Meer, bis an die Grenzen Indiens und zu den Meerengen bei Konstantinopel zu sichern. / Von diesem ersten Russenpakt, von seinem `Für und Wider´ berichtet Dr. Peter Deeg in seiner neuen Schrift. Er läßt einen Tatsachenfilm vor unseren Augen abrollen, geschichtlich wahr und in der Zusammenstellung der einzelnen Geschehnisse und Ereignisse klar, folgerichtig. Hier erleben wir den Kanzler des zweiten Kaiserreiches als den Helden eines Dramas, dessen Bedeutung man sowohl in seinem Anfang als auch in seinem Ausgang erst in unseren Tagen in seiner tragischen Größe richtig zu erkennen vermag: Bismarck schuf den ersten Russenpakt zur Erhaltung des durch seine Genialität gewordenen zweiten Kaiserreiches und der dritte Kaiser des neuen Reiches kündigt die gewordene Sicherung im Osten wieder auf und gibt es damit frei zu jener Einkreisung durch England, die Volk, Reich und Krone in den Schlachten des Weltkrieges siegen und in dem Chaos einer jüdischen Revolution versinken ließen.

¹⁹⁴ Streicher, Julius: Der Russenpakt des Dritten Reiches, Artikel in: Der Stürmer, Ausgabe Nr.7 vom Februar 1940, S. 3. Bayerische Staatsbibliothek München

/ Wie groß erlebt man den M e n s c h e n Bismarck inmitten des Intrigenspiels, das Juden und Freimaurer gegen Bismarck aufgezogen hatten, und wie klein und gottverlassen treten jene Kräfte in Erscheinung, die schicksalhaft Brücken abbrechen halfen, die das deutsche und das russische Volk zum Segen einer werdenden glücklicheren Zukunft bereits verbunden hatten! / B i s m a r c k ging in den Sachsenwald, verraten von denen, die ihm alles zu danken hatten, und verlassen von denen, die Gott mit Blindheit schlug, weil er sie verderben wollte. Adolf H i t l e r sagte in seiner Rede vor dem Großdeutschen Reichstag vom 6. Oktober 1939: / „In geschichtlich langen Zeiträumen der Vergangenheit hat es sich erwiesen, daß die Völker dieser beiden größten Staaten Europas dann am glücklichsten waren, wenn sie miteinander in Freundschaft lebten.“ Adolf H i t l e r hat die Brücken wieder aufgebaut, die Verrat und Unverstand vernichtet hatten. Er schuf den Russenpakt des Dritten Reiches zu Nutz und Frommen des deutschen und des russischen Volkes, auf daß an diesem Bollwerk Bismarckscher Größe der Vernichtungswille des verjudeten Englands zuschanden werde. Adolf H i t l e r hat gehandelt. Das Werk, das er schmiedet, wird den Meister loben. / B i s m a r c k ist tot, B i s m a r c k ist wieder erstanden! Julius Streicher“.¹⁹⁵

Wie Peter Deeg sah auch der Herausgeber des „Stürmers“ Hitlers Pakt mit Stalin (dessen Name vielsagend nie genannt wird) als geniale Vollendung der Bismarck'schen Russlandpolitik. Wie Deeg feierte auch Streicher Hitler als Bismarck redivivus: „B i s m a r c k ist tot, B i s m a r c k ist wieder erstanden!“ Und wie Deeg betrieb auch Streicher eine Geschichtsklitterung, um Juden und Freimaurer als Feinde der großen deutschen Staatsmänner Bismarck und Hitler sowie des deutschen Volkes darzustellen: Mit Anspielung auf die Dolchstoßlegende machte er Juden für den Verlust des Ersten Weltkriegs und das Scheitern der Bismarck'schen Russlandpolitik verantwortlich. Streicher und Deeg schlugen hier zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie rechtfertigten den Hitler-Stalin-Pakt unter Rückgriff auf Bismarcks Rückversicherungsvertrag und sie warnten vor der angeblichen Gefahr, die von einer „jüdischen Revolution“ und einer jüdischen Weltverschwörung, die angeblich aus dem Hintergrund die Fäden eines perfiden Intrigenspiels gegen Deutschland zöge.

¹⁹⁵ Ebd.

Der Russenpakt des Dritten Reiches

Im Stürmerverlag erscheint soeben eine neue Schrift von Dr. Peter Deeg, dem Verfasser des vielgelesenen Buches „Solljuden“. Die Schrift nennt sich „Für und wider den Russenpakt“. Mit Dokumenten aus jener Zeit läßt Dr. Peter Deeg das Drama wieder entstehen, das den Russenpakt des zweiten Kaiserreiches werden und wieder vergehen ließ. Will man die ins Große und Weite gehende Politik des Führers deuten, die er mit der Wiederverneuerung des Russenpaktes vor unsere Augen bringt, dann muß man lesen, was Dr. Peter Deeg in seiner Schrift uns zum Nachdenken unterbreitet.

Als das zweite Kaiserreich der Franzosen auf dem Schlachtfeld bei Sedan sein Ende gefunden hatte, da war es die Sorge des Fürsten von Bismarck, dem wiedererstandenen Kaiserreich der Deutschen eine Sicherung an den Grenzen des Ostens zu geben. Er schuf den ersten Russenpakt, jenen Rückversicherungsvertrag, der einerseits Deutschland freie Hand zur Abwehr seiner Widersacher im Westen und andererseits dem Reiche des Zaren die Möglichkeit geben sollte, seine Interessen bis hinüber zum Chinesischen Meer, bis an die Grenzen Indiens und zu den Meerengen bei Konstantinopel zu sichern.

Von diesem ersten Russenpakt, von seinem „Für und Wider“ berichtet Dr. Peter Deeg in seiner neuen Schrift. Er läßt einen Tatsachenfilm vor unseren Augen abrollen, geschichtlich wahr und in der Zusammenstellung der einzelnen Geschehnisse und Ereignisse klar, folgerichtig. Hier erleben wir den Kanzler des zweiten Kaiserreiches als den Helden eines Dramas, dessen Bedeutung man sowohl in seinem Anfang als auch in seinem Ausgang erst in unseren Tagen in seiner tragischen

Größe richtig zu erkennen vermag: Bismarck schuf den ersten Russenpakt zur Erhaltung des durch seine Genialität gewordenen zweiten Kaiserreiches und der dritte Kaiser des neuen Reiches kündigt die gewordene Sicherung im Osten wieder auf und gibt es damit frei zu jener

und Freimaurer gegen Bismarck aufgezogen hatten, und wie klein und gottverlassen treten jene Kräfte in Erscheinung, die schicksalhaft Brücken abbrehen halfen, die das deutsche und das russische Volk zum Segen einer werdenden glücklicheren Zukunft bereits verbunden hatten!

Bismarck ging in den Sadow-Wald, verraten von denen, die ihm alles zu danken hatten, und verlassen von denen, die Gott mit Blindheit schlug, weil er sie verderben wollte. Adolf Hitler sagte in seiner Rede vor dem Großdeutschen Reichstag am 6. Oktober 1939:

„In geschichtlich langen Zeiträumen der Vergangenheit hat es sich erwiesen, daß die Völker dieser beiden größten Staaten Europas dann am glücklichsten waren, wenn sie miteinander in Freundschaft lebten.“

Adolf Hitler hat die Brücken wieder aufgebaut, die Verrat und Unverstand vernichtet hatten. Er schuf den Russenpakt des Dritten Reiches zu Nutz und Frommen des deutschen und des russischen Volkes, auf daß an diesem Bollwerk Bismarckscher Größe der Vernichtungswille des verdammten Englands zuschanden werde. Adolf Hitler hat gehandelt.

Das Werk, das er schmiedet, wird den Meister loben.

Bismarck ist tot, Bismarck ist wieder entstanden!

Julius Streicher



Einkreisung durch England, die Volk, Reich und Krone in den Schlachten des Weltkrieges siegen und in dem Chaos einer jüdischen Revolution versinken ließen.

Wie groß erlebt man den Menschen Bismarck inmitten des Intrigantenspiels, das Juden

Wer das Schlechte will, muß das Gute hassen! Julius Streicher,

Doch Deegs Stern, der in Streichers Rezension noch im Februar 1940 so hell leuchtete, sollte nach dem Urteil gegen ihn im Sinken begriffen sein. Nach der Haftentlassung und dem endgültigen Karriereeinbruch stellte er sich daher die Frage, wie es nun mit ihm weitergehen sollte. Es gelang ihm, einen Arzt dazu zu bringen, ihn kriegsuntauglich zu schreiben. Er beschloss, sein Glück als Autor zu versuchen, und schrieb mit „Die Glanzvolle“ einen historischen Roman zur Zeit des antiken Augsburgs. 1941 kaufte er mit dem ihm verbliebenen Vermögen den Leipziger Boreas-Verlag, in dem er seinen Roman, aber auch andere Werke, veröffentlichte.¹⁹⁶ Gegenüber der Spruchkammer Bad Brückennau inszenierte sich Deeg in dieser Lebensphase erneut als bedrohtes Opfer des NS-Regimes: „Im Gefängnis musste ich nun meinen endgültigen Verzicht auf meine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft unterzeichnen. Ich wurde aus dem Gefängnis entlassen [!] und bin nur mit knapper Not dem KZ entgangen. Nun habe ich mich mit der Wehrmacht in Verbindung gesetzt, wurde als nicht tauglich gemustert, habe mich dann in Süddeutschland im Gebirge aufgehalten, bis Gras über die Sache gewachsen war. Als die Gefahr, in ein KZ-Lager zu kommen, vorüber war, setzte ich mich hin, vertiefte mich 2.000 Jahre zurück und schrieb einen historischen Roman `Die Glanzvolle´ und insgeheim wurde ich Lektor und Kommandist des Boreas-Verlags in Leipzig. Das war eine illegale literarische Tätigkeit. Das Manuskript musste ich einreichen beim Propagandaministerium. Dieses war eine diabolisch ausgetiftelte Zensurvorschrift. [...] Das Manuskript wurde im Reichspropagandaministerium beanstandet, wegen staatsabträglicher Darstellung der Christianisierung und es wurden umfangreiche Streichungen vorgenommen. Diese Streicherei war mir zu dumm und ich sagte, es bleibt drinnen. Bald darauf kam ein Verbot des Propagandaministeriums und der Verlag bekam eine entsprechende Rüge. Nun wurde ich in die Reichsschrifttumskammer aufgenommen und ich bekam zur Auflage gemacht, wenn ich mich je noch mit Literatur befassen würde, dann dürfte ich nur noch die Fortführung der wissenschaftlich-literarischen Forschungstätigkeit der sog. Judenfrage betreiben.“¹⁹⁷

¹⁹⁶ Vgl. Aschenbeck, S. 155

¹⁹⁷ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg. 1943 fielen die Verlagsräume einem alliierten Bombenangriff zum Opfer, womit der Verlagsbetrieb bis Kriegsende ruhte. Vgl. Aschenbeck, S. 156-164

Deeg nahm in dieser angespannten Situation das Angebot seines Schulfreundes Otto Heil an, für dessen Baufirma als Geschäftsführer im August oder September 1941 nach Polen zu gehen. Heils Firma wirkte wie andere deutsche und österreichische Baufirmen im Auftrag der „Organisation Todt“ am Bau der autobahnähnlichen „Durchgangsstraße IV“ mit, die die zentrale Verkehrsverbindung von Berlin nach Lemberg in den Osten bis nach Rostov am Don fortsetzen sollte. Zum Bau wurden zeitweise 50 000 Kriegsgefangene und jüdische KZ-Häftlinge eingesetzt, die unter unmenschlichen Bedingungen in Arbeitslagern leben mussten. Die von der SS geleiteten Lager wurden entlang der geplanten Trasse oder in der Nähe der für den Straßenbau benötigten Steinbrüche angelegt und stellten Stätten des Grauens dar. Die „Straße der SS“, wie die Durchgangsstraße IV auch genannt wurde, war für Himmler und seine SS ein „Experimentierfeld für die `Endlösung der Judenfrage´“, wie der Historiker Siegfried Wolf feststellt ¹⁹⁸.

Der menschenverachtende Passus im Protokoll der Wannseekonferenz, dass „die arbeitsfähigen Juden straßenbauend“ in „großen Arbeitskolonnen“ in den Osten geführt werden sollten, „wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen“ werde ¹⁹⁹, steht in unmittelbarem Bezug zum Bau der Durchgangsstraße IV. Hier war das Prinzip der „Vernichtung durch Arbeit“, das auf der Wannseekonferenz festgeschrieben wurde, bereits vorher mit gnadenloser Konsequenz angewandt worden. Die statistische Lebenserwartung der Zwangsarbeiter betrug drei bis sechs Monate und lag damit noch unter der Lebenserwartung in den Konzentrationslagern. Tausende Häftlinge starben an Unterernährung, Seuchen, Arbeitsunfällen oder den mörderischen Arbeitsbedingungen. Fritz Katzmann, der SS- und Polizeiführer von Galizien, betonte gegenüber seinen Männern, dass es gleichgültig sei, „ob auf jedem Kilometer der Straße tausend oder zehntausend Juden auf der Strecke“ blieben ²⁰⁰. Arbeitsunfähige Juden, flüchtende Lagerinsassen, wiederaufgegriffene Flüchtlinge sowie Lagerinsassen, die die Arbeit sabotierten oder Widerstand leisteten, seien umgehend zu erschießen. „Über letztlich insgesamt 1200

¹⁹⁸ E 40 – Ein Erinnerungspfad in Europa: <http://www.erinnerungspfad-viaregia.eu/Ueberfall.Sowjetunion.php>, 20.7.2019

¹⁹⁹ Zitiert nach: Judentum Projekt: Art. Endlösung. In: <http://www.judentum-projekt.de/geschichte/nsverfolgung/endloesung/index.html>, 20.7.2019

²⁰⁰ Yones, Eliyahu: Die Straße nach Lemberg: Zwangsarbeit und Widerstand in Ostgalizien 1941–1944, Frankfurt am Main 2017

Kilometer“, so Siegfried Wolf, „haben wir es mit einem Tatort und einem Friedhof zu tun.“²⁰¹

Deegs Biograf Aschenbeck schickt Deeg nun völlig „ahnungslos“ in dieses menschenverachtende Unternehmen: „In diese Hölle sollte also Peter Deeg. In diese Hölle, deren Schrecken er freilich von Bad Kissingen aus nicht erahnen konnte, wollte er freiwillig, da er hoffte, so dem Zugriff des Staates und der Wehrmacht zu entgehen, so sein Leben noch eigenverantwortlich führen zu können.“²⁰² Kann man Deeg aber wirklich Ahnungslosigkeit attestieren? Aschenbeck selbst räumt ein, dass „den Unternehmen und deren Geschäftsführern von vorneherein klar gewesen sein“ musste, „dass die Menschen, die für sie arbeiten, denkbar schlecht einquartiert waren und nicht ausreichend versorgt wurden“.²⁰³ „Auch von wahllosen Erschießungen und Deportationen wird man in den Unternehmen gewusst haben. [...] Hätten sie den Krieg nicht entsprechend zynisch mitgetragen, wären Hitlers Kriegserfolge kaum möglich gewesen.“²⁰⁴ Und ausgerechnet Peter Deeg, dessen Chef ein enger Jugendfreund war, sollte von all dem nichts gewusst oder geahnt haben? Selbst wenn man zugunsten Deegs in Rechnung stellen mag, dass er das ganze Ausmaß der menschenverachtenden Barbarei, die mit seiner neuen Aufgabe verbunden war, zu Beginn vielleicht nicht abschätzen konnte, so musste doch bereits das, was er mit Sicherheit wissen konnte, wenn er es denn wissen wollte, ausreichen, um ihm klar zu machen, auf was er sich hier in Polen einließ. Aschenbeck spricht zwar selbst davon, dass Deeg „sich also schon wieder in der Situation [sah], einen Pakt mit dem Teufel geschlossen zu haben“.²⁰⁵ Doch erneut spricht er Deeg von der Verantwortung dafür frei, indem er unterstellt, dass er keine andere Wahl gehabt habe, als diesen Pakt zu besiegeln: „Diesmal hatte er aber kaum eine Alternative: Seine Tätigkeit als Geschäftsführer bedeutete für ihn nicht weniger als die Rettung seiner Existenz und der seiner Frau.“²⁰⁶ Aber kann man Aschenbeck bei dieser Bewertung wirklich zustimmen? Peter Deeg war zwar inzwischen vorbestraft und eine Möglichkeit, als Anwalt zu

²⁰¹ E 40 – Ein Erinnerungspfad in Europa: <http://www.erinnerungspfad-viaregia.eu/Ueberfall.Sowjetunion.php>, 20.7.2019

²⁰² Aschenbeck, S. 183

²⁰³ Aschenbeck, S. 189

²⁰⁴ Ebd.

²⁰⁵ Aschenbeck, S. 189f

²⁰⁶ Aschenbeck, S. 190

arbeiten, bestand für ihn nach seiner Verurteilung in der Tat nicht mehr. Aber hätte er nicht auf einem anderen Wege Arbeit finden können? War seine finanzielle Lage zu diesem Zeitpunkt wirklich so prekär, dass er sich und seine Familie nicht mehr ernähren konnte? Immerhin besaß er zu diesem Zeitpunkt ein wertvolles BMW-Cabrio, das er nach dem Krieg für 20 000 Dollar an einen Amerikaner verkaufte.²⁰⁷ Und auch ansonsten dürfte er nicht völlig mittellos gewesen sein. Deeg hoffte wohl vor allem, durch die Beschäftigung in einen kriegswichtigen Betrieb der drohenden Einberufung an die Ostfront zu entgehen. Wenn dies auch eine menschlich durchaus nachvollziehbare Motivation gewesen ist, so kann man sie doch nicht wie Aschenbeck zur Grundlage einer „alternativlosen“ Entscheidung machen. Viele werden sich zwar ähnlich wie Deeg verhalten haben, doch gab es eben auch Menschen, die nicht bereit waren, Schuld auf sich zu laden, um ihr eigenes Leben zu retten oder sich einen persönlichen Vorteil zu verschaffen.

Peter Deeg reiste mit seinem BMW nach Tarnopol, wo er seine Stellung bei der Firma H. antrat. Zu seinen engsten Mitarbeitern gehörte Rabbiner Aaron Ohrenstein und seine jüdische Sekretärin Baronin Harriet von Popper-Bernert. Nach Zeugenaussagen soll er seine jüdischen Mitarbeiter im Rahmen seiner Möglichkeiten menschlich und fair behandelt haben. Aschenbeck schreibt ihm einen geringen Handlungsspielraum zu, den er aber zugunsten seiner Mitarbeiter genutzt habe: „Es lag in der Macht der Geschäftsführer und Direktoren, ein wenig Sicherheit und ein wenig Würde abzusichern, ihre Mitarbeiter nicht dem Mob auszuliefern. Es lag allerdings kaum in der Macht der Unternehmensleiter, das Handeln von Polizei, Gestapo und SS zu begrenzen. Die jüdischen Beschäftigten genossen in den Unternehmen einen trügerischen, meist zeitlich begrenzten Schutz. Fast alle wurden früher oder später ermordet.“²⁰⁸

Wäre hier für den Deeg nicht der Zeitpunkt gekommen, seine Stellung zu kündigen und aus dem menschenverachtenden System auszusteigen? Der Kissinger Jurist und Geschäftsführer entschied sich jedoch anders. Er holte seine schwangere Frau nach Tarnopol nach und nahm sich in der Nähe des Bahnhofs eine Wohnung. „Hier versuchten beide“, so Aschenbeck, „im Umfeld des

²⁰⁷ Vgl. Aschenbeck, S. 268

²⁰⁸ Aschenbeck, S. 195

Schreckens ein bürgerliches Leben zu führen – was offenbar zeitweise auch gelang.“²⁰⁹ Und dies obwohl die Deegs von ihrer Wohnung aus die Deportation unzähliger Menschen vom Bahnhof wohl verfolgen konnten: „Um im Generalgouvernement in der damaligen Zeit überleben zu können“, so Nils Aschenbeck, „mussten sich die Deegs ein dickes emotionales Fell zulegen, mussten mehr wegschauen als hinsehen. Der Logenplatz über der Bahnlinie erinnerte jedoch vermutlich jeden Tag an das Grauen der Zeit. [...] Auch die Arbeit als Geschäftsführer konfrontierte Deeg tagtäglich mit den Schrecken der Zeit. Er sah die ausgemergelten Menschen, die morgens in langen Kolonnen zu den Baustellen liefen, er wusste, dass diejenigen, die nicht wiederkamen, ermordet wurden.“²¹⁰

Aschenbeck entschuldigt Deegs Verdrängung der grausamen Realität jedoch als verständliches Verhalten: „Es war eine nachvollziehbare Reaktion, dass er keine Wahrheitsfindung betrieb, dass er nicht die nationalsozialistischen Gräueltaten ausforschte, dass er das Geschehen in den Lagern nicht sehen wollte, sondern stattdessen versuchte, als Bauunternehmer irgendwie zu bestehen, als Vater und Ehemann irgendwie seine Familie durchzubringen und zu schützen.“²¹¹

Peter Deeg kündigte – aus nicht näher bekannten Gründen – im Oktober 1942 in der Firma Otto Heil und trat die Nachfolge eines anderen Kissinger Schulfreunds als Geschäftsführer der Niederlassung der Schweinfurter Baufirma Glöckle in Lemberg an, für die ebenfalls jüdische und ausländische Zwangsarbeiter im Steinbruch und auf Baustellen arbeiten mussten. Zusätzlich übernahm Deeg am 25. November 1942 die Leitung der Lemberger Niederlassung der „Baugruppe Allhut“. Ende 1942 kaufte Deeg für sich und seine kleine Familie ein „attraktives, Anfang des Jahrhunderts errichtetes Haus mit einem weiten Blick auf die Hügel der Stadt und einem großen Garten“²¹². Für Deeg zahlte sich seine Tätigkeit in einer Firma, die gezielt den Tod ihrer Arbeiter in Kauf nahm, durchaus persönlich und finanziell aus.

²⁰⁹ Aschenbeck, S. 195

²¹⁰ Aschenbeck, S. 378

²¹¹ Aschenbeck, S. 379

²¹² Aschenbeck, S. 217

Im Juni 1943 wurden alle Arbeitslager an der Durchgangsstraße IV von der SS aufgelöst, die Zwangsarbeiter wurden erschossen oder in einem der benachbarten Konzentrationslager ermordet.²¹³ Nach Aschenbeck führte dies zu einer Wende in Deegs Verhalten: „Peter Deeg, der sich im Generalgouvernement bislang systemkonform verhalten hatte, um als Vorbestrafter nicht weiter aufzufallen, entschied sich, nun mehr oder weniger offen den Widerstand zu unterstützen. Obwohl er damit sich und seine kleine Familie gefährdete, konnte er nach dem Massenmord nicht mehr stillhalten, nicht mehr nur zusehen.“²¹⁴

Was verbirgt sich nun genau hinter dem von Aschenbeck erwähnten Widerstand? Wie jüdische und polnische Mitarbeiter nach dem Krieg bezeugten, hat ihnen Peter Deeg offenbar geholfen. So weigerte er sich, Rabbiner Dr. Aaron Ohrenstein, der in seinem Betrieb arbeitete, an zwei Gestapobeame bei einer Razzia auszuliefern. Der 1909 in Berlin geborene Ohrenstein hatte von 1928 bis 1934 das Jüdisch-Theologische Seminar in Breslau besucht und 1935 das Rabbinerexamen abgelegt und in Prag promoviert. Er übersiedelte schließlich nach Berlin, wo er zunächst als Prediger und Lehrer, später als Rabbiner tätig war. Wie die Eltern von Herschel Grynszpan wurde er Ende Oktober 1938 als Staatenloser im Rahmen der Polenaktion aus Deutschland ausgewiesen und an die polnische Grenze abgeschoben. Nach dem Überfall deutscher Truppen auf Polen floh er weiter nach Tarnopol, das von der Sowjetunion okkupiert worden war.²¹⁵

In der Sitzung der Spruchkammer Brückenau vom 25. August 1948 schilderte Peter Deeg die Rettung Ohrensteins aus seiner Sicht: „Empfangen hat mich in Polen ein Mann mit einem etwas merkwürdigen Aussehen und er meinte, es würde ihm schlecht gehen, weil er Jude sei und ich hätte doch mit Streicher zusammengearbeitet. Es war Dr. Ohrenstein, den ich noch später das Leben rettete. Nach einigen Tagen holte man mir meine jüdische Sekretärin weg. Ich habe sofort meinen Angestellten fristlos gekündigt, die das verschuldet haben. Eines Tages kam Ohrenstein zu mir und sagte, helfen Sie mir, die Gestapo-Kommissare kommen, mich abzuholen. Ich schickte ihn weg und die Gestapo

²¹³ Aschenbeck, S. 183

²¹⁴ Aschenbeck, S. 220

²¹⁵ Vgl. Wikipedia-Artikel: Aaron Ohrenstein: https://de.wikipedia.org/wiki/Aaron_Ohrenstein, 8.7.2019

kam auch schon die Treppe herauf und wollte Ohrenstein mitnehmen. Ich sagte, Ohrenstein ist Angestellter von uns. Die Gestapo erklärte, Ohrenstein ist Jude. Ich frug, was hat dieser Mann angestellt und mir wurde entgegengehalten, ich sei ein Judenknecht. Nun trat in meinem Leben der 2. Fall ein, wo ich mich dieser beiden Bücher [gemeint sind die 'Hofjuden' und die 'Judengesetze Großdeutschlands'] gerühmt habe. Ich sagte, Sie nennen den Mann einen Judenknecht, dessen Name mit Streicher auf diesen beiden Büchern steht. Sie wurden scharf, ich bekam einen Wutanfall und sagte, wenn Sie mir noch weitere Schwierigkeiten machen, dann wende ich mich nach Berlin. Ohrenstein wurde dagelassen. Nun bin ich mit Ohrenstein nach Lemberg. Dort habe ich einen ziemlich durcheinandergeratenen Betrieb übernommen. In Lemberg wurde mir der Vorwurf gemacht, ich sei ein Jude, und sie wollten mich selbst mitnehmen. Ich empfahl nun Ohrenstein, nachdem er nicht mehr zu halten war – auch ich nicht – einen Leiterwagen zu nehmen und über die Karpathen zu flüchten nach der Türkei. Ohrenstein befolgte diesen Rat und ist abgefahren. Er hat sich 12 km östlich von Tarnopol versteckt gehalten. Dann habe ich nichts mehr von ihm gehört.“²¹⁶ Rabbiner Ohrenstein überlebte im Untergrund und kam nach dem Krieg als Displaced Person nach München, wo er im Oktober 1945 Oberrabbiner und 1947 bayerischer Landesrabbiner wurde. Er starb 1986 in München.²¹⁷

Nach Aussage der polnischen Partisanin Sonja Brachmann, einer ehemaligen Mitarbeiterin Deegs in der Firma Glöckle, soll Deeg sich gegenüber seinen Mitarbeitern, die wie sie im polnischen und jüdischen Widerstand tätig waren, fair verhalten und einige von ihnen sogar vor dem sicheren Tod bewahrt haben: „In der Zeit der deutschen Okkupation, lernte ich Herrn Dr. Deeg persönlich in Lemberg kennen. Ich habe bei ihm Schutz und Hilfe gefunden. [...] In dieser Zeit arbeiteten auch noch andere Mitglieder der polnisch-jüdischen Widerstandsbewegung wie Wladislaw Fuksa, Mieczyslaw Duralski und andere in der Firma Glöckle. Dr. Deeg war bekannt, dass einige seiner Mitarbeiter Juden waren und zur Widerstandsbewegung gehörten. Ich erkläre, dass zwischen Dr. Deeg und diesen Mitarbeitern stets ein freundschaftliches Verhältnis bestand. Gelegentlich einer Versammlung der Mitglieder der

²¹⁶ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

²¹⁷ Vgl. Wikipedia-Artikel: Aaron Ohrenstein: https://de.wikipedia.org/wiki/Aaron_Ohrenstein, 8.7.2019

Widerstandsbewegung in Lemberg Lyczakoskastrasse wurde mein Freund und Mitarbeiter Wladislaw Fuksa in einer Oktobernacht im Jahre 1943 von der deutschen `Geheimen Staatspolizei` verhaftet. Wir waren sicher, dass der Verhaftete zum Tode verurteilt wurde. Um das Leben des verhafteten Wladislaw Fuksa zu retten, setzte sich damals Herr Dr. Deeg mit allen Kräften ein und dank dieser Massnahmen des Dr. Deeg wurde Fuksa vor dem sicheren Tode bewahrt. In einem ähnlichen Falle hat sich Dr. Deeg für den Neffen des Prälaten Orlinski, Tadzio Orłowski, eingesetzt. [...] Weiterhin füge ich meinen Erklärungen hinzu, dass bei gelegentlichen nächtlichen Versammlungen der polnischen Widerstandsbewegungen Verbindungsleute mit der Gestapo uns erklärten, dass Herr Dr. Deeg als einwandfreier und der Bewegung gegenüber wohlwollender Mensch zu betrachten sei.“²¹⁸ Interessanterweise relativierte Deeg 1948 vor seinem ersten Spruchkammerprozess die ihn eigentlich entlastenden Ausführungen Sonja Brachmanns und erschütterte damit selbst die Glaubwürdigkeit seiner Zeugin: „Die Aussage der Sonja Brachmann über eine Beteiligung meinerseits an der Tätigkeit der Partisanen, entspricht nicht den Tatsachen.“²¹⁹

Die Berufungskammer Würzburg, die ihr Urteil vor allem auf die Aussagen Ohrensteins und Brachmanns gründete, attestierte Peter Deeg, dass er sich „nach Lösung der Verbindung mit Streicher [...] entschieden vom Nationalsozialismus abgewandt und sich vor allem während seines Aufenthaltes in Polen philosemitisch betätigt“ habe, indem er „den Juden geholfen [habe], wo er nur konnte.“²²⁰ Auch Herriet Baronin Popper-Bernert, Deegs Chefsekretärin in Lemberg und Radom, hielt ihm im April 1947 in einer Erklärung für die Spruchkammer zugute, dass er sie als „Mischling ersten Grades“ angestellt habe und „er sich niemals gegen die Menschenwürde vergangen“ habe, er sogar „Menschen geholfen und der nazistischen Herrschaft – erfolgreich - Widerstand geleistet“ habe.²²¹

Ein äußerst positives Zeugnis stellt Dmytro Zakoluk, der in Tarnopol bei der Firma Otto Heil arbeitete, dem Kissinger Juristen nach dem Krieg aus: „Herr

²¹⁸ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Ebd.

²²¹ Ebd.

Dr. Deeg machte in der Behandlung von Deutschen und Nichtdeutschen, einschließlich der Juden, keinen Unterschied. Er hat, allen speziellen Aufforderungen an die Firma und allen öffentlichen Plakatierungen zum Trotz, die Juden nicht aus der Firma entlassen und dadurch vielen von ihnen das Leben gerettet; denn die Entlassung aus der Firma war gleichbedeutend mit der Auslieferung bzw. Freistellung für die Gestapo und damit mit dem Tode. Dr. Deeg ist, als gelegentlich der Razzien im jüdischen Ghetto verschiedentlich jüdische Mitarbeiter nicht mehr rechtzeitig davon kamen, unerschrocken selbst mit Leo Wolf ins abgesperrte Ghetto eingedrungen und hat Juden herausgeholt. Mit Dr. Deegs blauem Hanomag-Lieferwagen haben mein eigener guter Bekannter Kielmann und der jüdische Betriebsreferent die Blockade des Ghettos oft durchbrochen und Nahrungsmittel hineingeschafft. Viele sind der Handlungen, die Dr. Deeg auf diese Weise selbst mitvollbracht oder durch seine tatkräftige Förderung ermöglicht hat und durch welche er seine Menschlichkeit gegenüber Wehrlosen und Entrechteten bewies. Insbesondere durch seine Begünstigung der Juden hatte sich Dr. Deeg so in Ruf gebracht, dass er selbst von der Gestapo unter Aufsicht genommen wurde, wie damals allgemein im Betrieb bekannt geworden war. Die beiden bekannten Gestapokommissare Reimann und Ludwig haben ihn als 'Judenknecht' bezeichnet, wie man sich damals in der Firma erzählt hatte. Mich hat nicht gewundert, als ich später erfuhr, dass Dr. Deeg in Radom von der Gestapo schliesslich verhaftet wurde. Gewundert hat mich, als ich hier erfuhr, dass er als Antisemit angeklagt ist, er, der sein eigenes Leben viele Male für Juden aufs Spiel gesetzt hat. Diese Anklage als Antisemit erscheint mir, wie wohl allen mit den damaligen Verhältnissen Vertrauten, als geradezu absurd.“²²²

Leider scheinen keine Dokumente die näheren Beweggründe für Deegs Wandlung erhellen zu können. So bleiben lediglich nur Vermutungen. Vielleicht hat ihn der Massenmord an Juden, den er in Polen hautnah mitbekam, zum Umdenken bewogen. Vielleicht war es aber auch der persönliche Kontakt zu seinen engsten Mitarbeitern, der ihn lehrte, sie als Menschen zu sehen. Es ist eben doch etwas anderes, am Schreibtisch antisemitische Bücher zu schreiben, als miterleben zu müssen, wie jüdische und ausländische Menschen, mit denen

²²² Ebd.

man tagtäglich zusammenarbeitete, ausgebeutet, erniedrigt und ermordet wurden. Doch geht Aschenbeck – wie so oft in seinem Buch – zu weit, wenn er über Deegs Einstellung nach den Massenhinrichtungen schreibt: „Er wusste nun, dass der deutsche Staat Menschen entrechtete – zu Unrecht und gegen jede Moral.“²²³ Das musste und konnte Deeg schon wesentlich früher wissen (und hat es wohl auch gewusst). In seinen „Judengesetzen Großdeutschlands“ beschrieb und rechtfertigte er doch gerade die systematische Entrechtung der jüdischen Bevölkerung.

Ende April/Anfang Mai 1944 verließen die Deegs ihr Lemberger Haus. Deeg brachte seine Frau und seinen zweijährigen Sohn Peter mit seinem Auto nach Bad Kissingen in Sicherheit. Im Sommer desselben Jahres schied Deeg aus der Firma Glöckle aus. Er gründete am 4. Juli 1944 mit dem Polen Stanislaw Wiewiorski ein eigenes Bauunternehmen in Radom und hoffte so, durch die Übernahme kriegswichtiger Aufträge – etwa für die Organisation Todt – der drohenden Einberufung zur Wehrmacht zu entgehen und Geld verdienen zu können. Doch die Behörden bewerteten seine Tätigkeit offenbar kritisch. Er erhielt im September 1944 seine Einberufung zum Militär, reiste auch mit dem Auto nach Bad Kissingen, meldete sich aber dann nicht in der Kaserne in Würzburg, sondern fuhr am 24. September 1944 wieder zurück nach Krakau. Mit dem Bau von Verteidigungsstellungen gegen die vorrückende Rote Armee hoffte er, dem Krieg zu entgehen. Doch bereits im Oktober 1944 wurde er in Radom verhaftet und gegen ihn Anklage vor dem Kriegsgericht Würzburg wegen illegaler Gesellschaftsbildung mit polnischen Baufachleuten und Wehrdienstverweigerung erhoben. Deeg wurde jedoch lediglich aufgefordert, sich umgehend in der Würzburger Faulenberg-Kaserne zu melden. Vermutlich hatte sich Theodor Bauder von der Organisation Todt für Deegs Freilassung eingesetzt. Nach Abschluss einer Grundausbildung in Würzburg wurde Deeg nach Mainz-Kastel geschickt, wo er als Pionier an der Westfront seinen Kriegsdienst leisten sollte. Am Karfreitag 1945 entschloss sich Deeg zur Desertion mit seinem Melder-Dienstfahrrad. Auf der Flucht wurde er von einem Offizier auf dem Fahrrad verfolgt, der ihn aber nicht mehr einholen konnte. Er

²²³ Aschenbeck, S. 226

gelangte so schließlich nach Bad Kissingen, wo ihn der befreundete Arzt Dr. Stöbel zum Schein als Kranken in sein Lazarett aufnahm.²²⁴

Über seine Rückkehr nach Bad Kissingen und seine Verhaftung am 2. November 1945 berichtet Deeg dem Oberfinanzpräsidium Nürnberg am 13. November 1951: „Als ich aus dem Kriege, in welchem ich Pionier war, zurückkehrte, erschien bei mir der leitende Offizier des amerikanischen CIC [Counter Intelligence Corps, des Spionageabwehrkorps]. Nachdem ich ihm die Entwicklung meiner zurückliegenden Jahre vorgetragen hatte, äußerte er, daß gegen meine Zulassung als Anwalt nichts eingewendet werden würde. Anschließend jedoch wurde ich von einem Vertrauten des später wegen Zugehörigkeit zur NSDAP, wegen Meineids und Betrugs zu Zuchthaus verurteilten Bürgermeisters von Kissingen [gemeint ist Franz Meinow (1910-47), der am 28. Juni 1945 von der Militärregierung als Erster Bürgermeister der Stadt Bad Kissingen eingesetzt worden war²²⁵] erpreßt, 1.000,-- Mark zu bezahlen. Als ich mich weigerte und die Angelegenheit der Polizei übergab, erging gegen den Betreffenden Haftbefehl. Der Haftbefehl wurde jedoch auf Anordnung des genannten Bürgermeisters nicht vollzogen, sondern der zu Verhaftende veranlasste nunmehr beim amerikanischen CIC meine Denunziation, daß ich Adjutant des Gauleiters Streicher gewesen sei. Ich wurde unverzüglich in das Internierungslager Hammelburg abtransportiert, woselbst ich mit genau solchen Funktionären der NSDAP zusammengesperrt war, welche mir parteiamtlich attestiert hatten, daß ich `für alle Zeiten für die NSDAP untragbar sei´ und welche mir meine freiberufliche Laufbahn und Unabhängigkeit zerschlagen hatten. Eine neue Leidenszeit begann, die dadurch erträglicher wurde, daß auch eine große Anzahl vernünftiger Leute und sogar durch das NS-Regime geschädigte Menschen, wie etwa selbst der Schwiegersohn des von den Nationalsozialisten ermordeten Ministerpräsidenten von Kahr, das gleiche Schicksal teilten.“²²⁶

Deegs Biograf Nils Aschenbeck macht für dessen Verhaftung zwei Denunzianten verantwortlich, die eine alte, noch offene Rechnung mit Deeg begleichen wollten: „Man mag vermuten, dass Deeg den beiden einmal auf die Füße getreten war, sie womöglich noch zu Schulzeiten beleidigt hatte“, was bei dem

²²⁴ Vgl. Aschenbeck, S. 235-251

²²⁵ Vgl. Wikipedia-Artikel Franz Meinow: https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Meinow, 9.7.2019

²²⁶ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

in Breslau geborenen Meinow, der Ende März 1945 mit seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern aus der Festung Breslau zunächst nach Würzburg und von dort nach Bad Kissingen geflohen war, aber schwerlich der Fall sein konnte²²⁷. „Jetzt, 1945, nach Ende des Krieges, schien für die beiden Nachtragenden der Zeitpunkt gekommen, vergangene, aber nicht vergessene Demütigungen zurückzuzahlen. Eine Denunziation reichte damals aus, um interniert zu werden.“²²⁸ Aschenbeck lässt hier zudem außer Acht, dass Deeg durch seine antisemitischen Bücher und seine Tätigkeit für den Stürmer-Verlag unbestreitbar einer der führenden antisemitischen Autoren des NS-Regimes gewesen war und auf diese Weise nicht unbeträchtlich zur Verbreitung der NS-Ideologie beigetragen hatte. Es wäre also durchaus nach 1945 angebracht gewesen, dass Deeg sich seiner Verantwortung dafür gestellt hätte. Doch Aschenbeck ergeht sich lediglich in Mitleidsbekundungen für Deeg: „Hier [im Internierungslager] war Peter Deeg nun zusammen mit den ehemaligen Nationalsozialisten aus dem Gebiet Franken untergebracht, zusammen womöglich mit Mördern und Kriegsverbrechern, zusammen mit Unschuldigen und mit Denunziationsopfern so wie er.“²²⁹ Aschenbeck übernimmt hier unkritisch einfach die Klage Deegs, der sich zu Unrecht interniert fühlte und sich von den übrigen dort einsitzenden „Nazikerle[n]“ aufs Deutlichste zu distanzieren suchte: „Die übergroße Mehrzahl dieser Nazikerle hier“, so Deeg in einem Brief aus dem Lager Hammelburg an seine Frau am 27. September 1946, „könnte einen täglich erneut zum Erbrechen reizen, allerdings sind auch einige prächtige Menschen dabei, aber das Gros ist – Pöbel. Mitten unter diesem Lagerhaufen leben zu müssen, ist eine Qual.“²³⁰ Deeg wie Aschenbeck blenden hier ganz die Verantwortung Deegs für sein eigenes antisemitisches Engagement in der NS-Zeit aus.

Nachdem Deeg erfahren hatte, dass Aaron Ohrenstein Oberrabbiner in München geworden war, bemühten sich seine Frau Dorothea und sein Freund Prinz Solms-Braunfels bei Ohrenstein um eine Unterstützung für Deeg. Ohrenstein erfüllte den Wunsch und setzte sich in einer Erklärung am 8. November 1946

²²⁷ Vgl. Wikipedia-Artikel Franz Meinow: https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Meinow, 9.7.2019

²²⁸ Aschenbeck, S. 268

²²⁹ Aschenbeck, S. 268 f

²³⁰ Zitiert nach Aschenbeck, S. 269 f

nachdrücklich für Deeg ein: „Ich kenne Herrn Dr. Deeg Peter seit 1941, wo er als Leiter der Firma Otto Heil nach dem Osten kam. Ich blieb mit ihm ca. 2 Jahre zusammen, und hatte Gelegenheit seine Weltanschauung und sein Wesen kennen zu lernen. Er ist meiner Meinung nach ein durchaus anständiger und guter Mensch, der sich nur manchmal durch Affekte zu sehr von einem Extrem ins andere überleiten lässt. So kann ich mir auch erklären, dass er zwar ein Buch über den Antisemitismus geschrieben hat, während er im praktischen Leben durchaus philosemitisch veranlagt ist. Seine Äusserungen und Handlungen waren in dieser schrecklichen Zeit mehr antinationalsozialistisch. Auch seine Beziehungen zu jüdischen und ausländischen Arbeitern waren sehr human.“²³¹ Auch für Franz Josef Schöningh, den ehemaligen stellvertretenden Kreishauptmann der deutschen Besatzungsverwaltung in Tarnopol, stellte Ohrenstein 1951 ein entlastendes Zeugnis aus, indem er im Namen der Israelitischen Kultusgemeinde die Aussage des aus Tarnopol stammenden Dan Georg Bronner bestätigte.²³²

Offenbar zeigte die Erklärung Ohrensteins für Peter Deeg Wirkung. Ende November 1946 wurde Deeg nach 13 Monaten aus der Internierungshaft entlassen. Nach seiner Entlassung bemühte er sich um entlastende Aussagen seiner ehemaligen Mitarbeiter in Polen. Baronin von Popper-Bernert versuchte im April 1947, Deegs höchst unglaubwürdige Schutzbehauptung, dass die antisemitischen Passagen in seinen Büchern nicht von ihm, sondern von Karl Hotz stammten, zu untermauern: „Ich las auch das Buch `Hofjuden´. Hierbei überraschte mich die Wahrnehmung, dass dieses Werk mit einer Dr. Deeg ganz fremden Schreibweise durchsetzt war, die offensichtlich von einer ganz anderen Feder stammte und zwar von einer äusserst primitiven Feder. Als ehemalige Chefsekretärin Dr. Deegs bin ich mit dessen Denk- und Schreibweise so vertraut und verwachsen geworden, dass ich sie genau beurteilen kann.“²³³

So unglaubwürdig dieser Teil der Aussage von Popper-Bernerts auch klingen mag, Aschenbeck macht sie sich weitestgehend zu Eigen und spricht Deeg vom Vorwurf des Antisemiten frei, wenn er sagt: „Deeg war im persönlichen Kontakt eben nicht als Antisemit hervorgetreten, hatte nie antisemitisch ge-

²³¹ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

²³² Vgl. Wikipedia-Artikel Aaron Ohrenstein: https://de.wikipedia.org/wiki/Aaron_Ohrenstein, 9.7.2016

²³³ Zitiert nach Aschenbeck, S. 277f

handelt. Seine Bücher waren, so sein Erklärungsversuch (aus der Not geboren oder der Wahrheit folgend – wir können das nicht mehr abschließend beurteilen), von Streicher als Teil einer Absprache erzwungen worden, sie waren zudem nach Manuskriptabgabe von Streichers Leuten gezielt verschärft, von diesen womöglich erst antisemitisch ausgerichtet worden.“²³⁴ Aschenbeck lässt hier nicht nur erneut Deegs Selbsteinschätzung vor und während der NS-Zeit völlig außer Acht, er vermittelt auch den Eindruck, dass Deeg von Streicher zu seinen Büchern „gezwungen“ worden sei und die eigentlich antisemitischen Passagen nicht zu verantworten habe. Dagegen spricht, dass man bei Deegs Engagement für den Stürmer-Verlag nun wirklich nicht von „Zwang“ reden kann und sich Deeg während der gesamten NS-Zeit zu keinem Zeitpunkt von seiner Autorschaft an den „Hofjuden“ und den „Judengesetzen Großdeutschlands“ distanziert hat. Im Gegenteil: Bei seinen Rundfunklesungen und seinen Vorlesungen an der Universität bekannte er sich öffentlich und ganz unmissverständlich zu diesen Werken, er verbreitete deren Inhalte und setzte sich für deren Verkauf – wie der Sondergerichtsprozess gezeigt hatte – persönlich ein. Dies sah auch die Berufungskammer Würzburg so, wenn sie in ihrem Urteil 1949 feststellte: „Der Betroffene hat nach seinen eigenen Angaben bereits 1934 ein Angebot des Streicher ohne irgendwelche Gefährdung abgelehnt und es liegen keine Umstände vor, daß die im Jahre 1936 zustandegekommene Verbindung mit Streicher eine Folge unmittelbaren Zwanges oder unmittelbarer Drohung gewesen sei. Er hätte 1936 genau so ablehnen können wie 1934. Er glaubte eben durch seine Verbindung mit Streicher seine Zulassung als Rechtsanwalt zu erreichen und hat deshalb Konzessionen an den Nationalsozialismus gemacht. Darin aber einen unmittelbaren Zwang oder einen Notstand zu erblicken, geht nicht an.“²³⁵ Wenn Peter Deeg sich im Angesicht des Massenmords in Polen tatsächlich in seiner Einstellung gewandelt hat, dann wäre nach dem Krieg eigentlich der richtige Zeitpunkt gewesen, sich der Frage nach der eigenen Schuld und Verantwortung zu stellen. Doch stattdessen leugnete Deeg seine Verantwortung und versuchte, sich auf fadenscheinige Weise herauszureden.

²³⁴ Aschenbeck, S. 278 f

²³⁵ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

Dies tat er auch im April 1948 in einem Schreiben an die Spruchkammer Bad Kissingen: „Die Anklageschrift geht, mit dem Gutachten [von Philipp Auerbach], auf welchem sie beruht, davon aus, dass die beiden Bücher in der vorliegenden Fassung von mir selbst stammen. Dieser Standpunkt ist mit den Tatsachen unvereinbar und nicht haltbar: Wenn die mir heute zur Last gelegten Bücher in dieser Fassung von mir geschrieben worden wären, [...] dann hätte damals, 1939, kein Grund mehr bestanden, mich weiterhin als Feind des Nationalsozialismus zu erklären und mich um meinen erlernten Beruf als freier Anwalt zu prellen. [...] vielmehr sind die Bücher in der Gestalt, in welcher sie gedruckt erschienen, Bearbeitungen vor allem des Hauptschriftleiters von Streicher, Holz, aus den wissenschaftlich angelegten Forschungskarteien von mir. Wenn die vom Gegenteil ausgehende Meinung des Gutachtens Auerbach besagt, ich habe mich einer Mordhetze gegen die Juden hingegen, indem ich diese Bücher schrieb, so ist demgegenüber [...] unter Beweis gestellt, dass ich Juden das Leben gerettet habe unter Einsatz meines eigenen Lebens. [...] Wenn das Gutachten Auerbach über mich als einen unmenschlichen Nationalsozialisten zuträfe, hätte ich, als ich nach Polen kam, doch jede sich bietende Gelegenheit ergriffen, um Juden zu vernichten. Ich tat aber das Gegenteil, und habe mir dadurch nach den damaligen Worten des heutigen Landesrabbiners von Bayern `den Himmel verdient`. [...] Ich habe wissenschaftlich gearbeitet, das heisst: ich habe Tatsachen nicht erfunden, sondern die vorhandenen dargestellt. Niemals habe ich einen Artikel im `Stürmer` geschrieben. [...] Ich möchte endlich mich in meinem Leben mit meinem erlernten Beruf als Anwalt, und nicht immer mit Judenfragen beschäftigen müssen. Man nehme am Ende Bücher, wie die von dem Juden Lion Feuchtwanger selbst geschriebenen über den `Jud Süß`, von Henry Ford über `Der Internationale Jude`, von Gustav Freitag `Die Ahnen`, man nehme den `Kaufmann von Venedig` oder `Oliver Twist` zur Hand und vergleiche den Inhalt dieser Bücher mit dem Tatsacheninhalt der mir zur Last gelegten Bücher. Dann erübrigt sich jedes weitere Wort zu dieser Anklage sowohl als auch zu dem Gutachten von Herrn Auerbach und zu der ganzen Angelegenheit überhaupt. Ich beantrage also, dass das schon drei Jahre über den Nationalsozialismus hinaus nun nach dem Befreiungsgesetz vom Nationalsozialismus von

der Spruchkammer gegen mich weiteraufrechterhaltene Berufsverbot und die Vermögenssperre endlich und sofort fallen. Ich beantrage weiter die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen mich. Die Absurdität der Eröffnung eines gleichen Verfahrens etwa gegen Schriftsteller wie Feuchtwanger, Charles Dickens, Gustav Freitag, Henry Ford, William Shakespeare und gegen alle historischen und juristischen Schriftsteller, welche jemals als `Antisemiten´ geschrieben, erweist die Unvertretbarkeit der Anklage zum Abermale.“²³⁶ Deeg leugnet hier erneut die Autorschaft an den „Hofjuden“ und den „Judengesetzen Großdeutschlands“, auf die er nur einige Jahre zuvor noch so stolz gewesen war, und versteckt sich hinter Autoren wie Shakespeare, Dickens und Feuchtwanger, um sich vom Makel des Antisemiten rein zu waschen. Zudem kann man aus den Zeilen herauslesen, dass Deeg es drei Jahre nach Ende der NS-Zeit für mehr als angebracht hält, die Vergangenheit endlich ruhen zu lassen, die „Judenfragen“ ad acta zu legen und sich dem normalen Leben wieder ungestört zuwenden zu können.

Das Schreiben Deegs ist die Antwort auf die erste Klageschrift des öffentlichen Klägers Friese in Bad Kissingen gegen ihn vom 8. März 1948. Friese dürfte Deeg gegenüber sehr kritisch eingestellt gewesen sein, bestand er doch im September 1947 gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben auf eine persönliche Anwesenheit des Hauptentlastungszeugen Aaron Ohrenstein, da sonst die Gefahr bestehe, „dass der Verteidiger mehr aus seinem Entlastungsschreiben herausliest, als Dr. Ohrenstein überhaupt gemeint hat“.²³⁷ Aus unbekanntem Gründen wurde das Spruchkammerverfahren gegen Deeg dann nicht in Bad Kissingen, sondern in Bad Brückenau durchgeführt. Die zweite Klageschrift des öffentlichen Klägers Friedrich Weischenberg vom 11. August 1948 hielt sich überwiegend an die Vorgaben Frieses. Am 25. August 1948 musste sich Deeg dann vor der **Spruchkammer Bad Brückenau** wegen seiner NS-Vergangenheit verantworten. Deeg selbst spielte (anders als noch einige Jahre zuvor) seine Rolle als einer der führenden antisemitischen Autoren der NS-Zeit erneut deutlich herunter: Er habe lediglich als Wissenschaftler die Quellen für das Zustandekommen der Werke gesam-

²³⁶ Ebd.

²³⁷ Ebd.

melt, die dann Karl Holz (1895-1945) ²³⁸, der Hauptschriftleiter des „Stürmers“ und stellvertretende Gauleiter, bearbeitet habe. Die Recherchen habe er nur unter dem Druck Streichers begonnen, der ihm dafür die Zulassung als Rechtsanwalt in Aussicht gestellt habe: „Aus innerer Überzeugung hätte ich diese Arbeit nie gemacht, aber nachdem ich nur über diesen Weg Rechtsanwalt werden konnte, habe ich diesen Weg betreten.“ ²³⁹ Wohlwissentlich verschwieg Deeg seine seit 1937 bis 1940 intensiv vorangetriebenen Bemühungen um eine erneute Aufnahme in die Partei und erweckte durch den Hinweis auf die verweigerte Zulassung als Rechtsanwalt und die Verurteilung durch das Nürnberger Sondergericht den Eindruck, eher Opfer denn Täter des NS-Regimes gewesen zu sein. Nur „mit knapper Not“ sei er nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis „dem KZ entgangen“. ²⁴⁰

Prinz zu Solms-Braunfels, der Verteidiger und Freund Peter Deegs, bot zur Entlastung seines Mandanten eine Reihe von Zeitzeugen auf, die dem Kissinger Juristen ein positives Verhalten gegenüber Juden attestierten. So gab etwa Mary Mattlener am 6. November 1945 zu Protokoll: „Als auch in Bad Kissingen die Verfolgung der Juden immer schärfere Formen annahm, bat mich Herr Julius Neumann (Jude), ein guter Freund unserer Familie, ihm doch einige Sachen seines persönlichen Eigentums sicherzustellen. Ich wandte mich nun an Herrn Dr. Deeg und bat ihn um Rat, wie ich mich verhalten solle, da die Sache doch nicht ohne Risiko für mich war. Herr Dr. Deeg, der ebenfalls Herrn Neumann gut kannte, redete mir jedoch alle Bedenken aus und meinte, man müsse in diesem Falle helfen, wo man nur könne, es sei schon fur[ch]tbar genug, wenn man all' das Unrecht stillschweigen[d] ansehen müsste.“ ²⁴¹ Und die Garitzerin Irmgard Jungmann bescheinigte Deeg am 23. November 1945: „Er gehörte zu den ganz wenigen Menschen, die nie einen Unterschied zwischen mir und Anderen machten – ich bin jüdischer Mischling – und mit immer mit grosser Liebenswürdigkeit und Hochachtung begegnete. Ich habe in den Jahren der Verfolgung von ihm und seiner Gattin nur Gutes erfahren, und werde das nie vergessen.“ ²⁴² In eine ähnliche Richtung ging die Aussage von

²³⁸ Vgl zu Karl Holz: Wikipedia-Artikel Karl Holz: [http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Holz_\(Politiker\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Holz_(Politiker)), 24.12.12

²³⁹ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ Ebd.

²⁴² Ebd.

Dr. Erna Streitberg vom 22. November 1945: „Während eines Aufenthaltes von Dr. Peter Deeg in Bad Kissingen im Monat Mai oder Juni 1943 führte ich mit ihm ein Gespräch über die politische Lage. Unter anderm sagte Herr Deeg, ich kann mich hierauf noch genau erinnern, wortwörtlich: `die Art und Weise, wie man die Juden behandelt, ist die grösste Kulturschande des Jahrhunderts!´ Ausserdem kann ich jederzeit bezeugen, dass Herr Deeg im persönlichen Umgang mit meinem Mann – der jüdischer Mischling ist – und mir selbst, äusserst hilfsbereit und liebenswürdig war und niemals eine judenfeindliche Haltung bezeugte.“²⁴³ Ihr Mann Robert Streitberg, der mit Peter Deeg während seiner Zeit in Polen in brieflichem Kontakt gestanden war, gab der Spruchkammer gegenüber zu Protokoll: „Ich hatte nicht den Eindruck, dass er ein Nazi war, im Gegenteil, er war mit den Massnahmen und den Judengesetzen in Polen nicht einverstanden. Das kam immer wieder zum Ausdruck. Auch dass er in seinem Betrieb in Polen Juden beschäftigte, war bekannt.“²⁴⁴

Hingegen relativierte Rabbiner Dr. Ohrenstein seine früheren positiven Erklärungen für Peter Deeg. Hatte er noch im Februar 1948 gegenüber dem öffentlichen Kläger im Spruchkammerprozess seine Aussage vom November 1946 wiederholt, „dass Deeg im praktischen Leben durchaus philosemitisch veranlagt“ gewesen sei, seine „Äusserungen und Handlungen [...] in dieser schrecklichen Zeit sehr antinationalsozialistisch, seine Beziehungen zu jüdischen und ausländischen Arbeitern sehr human“ gewesen seien und er durch „die Art seines Eintretens für Juden [...] viel riskiert“ habe, so rückt er in seinem Schreiben vom 24. März 1948 nun deutlich von Deeg ab: „Nun sind inzwischen in mehreren Zeitungen Notizen über die Tätigkeit Dr. Deegs im Dritten Reich erschienen. [...] Wenn tatsächlich Dr. Deeg Julius Streicher als einen Förderer der Wissenschaft und Kunst gehalten hat, und somit seinen Ideengang gebilligt hat, so ändert dies grundsätzlich meine Meinung über ihn. Ich kann es nicht verantworten, für jemanden etwas positives auszusagen, wenn er auch mir gegenüber in Ordnung war, aber durch seine `Wissenschaft und Schriftstellerei´ das Leid von Millionen Menschen heraufbeschworen hat. Ich bitte Sie daher, dieses, mein Schreiben zur Kenntnis zu nehmen. Ich kann in meiner führenden Stellung im Judentum es nicht verantworten, jemanden

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Ebd.

zu entlasten, der meinen Brüdern und Schwestern gegenüber eine solche Haltung angenommen hat, wie es Dr. Deeg in seinem Werke `Juden, Judenverbrechen und Judengesetze in Deutschland von der Vergangenheit bis zur Gegenwart´ getan hat.“²⁴⁵

Deegs Biograf Nils Aschenbeck macht Philipp Auerbach, den „Staatskommissar für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte“, dafür verantwortlich, dass sich Ohrenstein von Deeg distanzierte: „Auch der befreundete Aaron Ohrenstein distanzierte sich unter Auerbachs Druck etwas von seinem Lebensretter. In seinem politischen Umfeld ging es offenbar nicht an, dass ein jüdischer Rabbiner den Autor des Buches `Hofjuden´ als `Philosemiten´ verteidigte – das schien ein Widerspruch in sich.“²⁴⁶ Auerbach war im Februar 1948 in einem Gutachten für den Spruchkammerprozess mit Peter Deeg hart ins Gericht gegangen: „Es bedarf wohl keiner weiteren Diskussion, in welcher niederträchtigen Weise dieses Buch dazu bestimmt war, um einmal das Ansehen des Judentums zu schädigen und auf der anderen Seite eine bewusste antisemitische Hetze- und Mordpropaganda in die Wege zu leiten. [...] Die Nürnberger Gesetze sind ein Schanddokument für das gesamte deutsche Volk und dieses Buch von Deeg ist dazu angetan gewesen, um diese Gesetze nicht nur populär zu machen, sondern sie zu verteidigen und zu propagieren. Die Propagierung dieser Gesetze ist eine Hauptschuld, die ein Mann auf sich laden konnte und wenn Peter Deeg in seinen beiden Büchern diesen Ideen fröhnt und jede Gelegenheit wahrnimmt, sich ihrer zu rühmen, muss er heute die Konsequenz für sein damaliges Handeln tragen. Bei genauem Studium der Bücher kommt jedem anständig denkenden Mensch die Abscheu gegen die niedrige Gesinnung dieser Pseudo-Ideologie klar zum Bewusstsein, zeigt aber zu gleicher Zeit die furchtbare Ungerechtigkeit, die Heuchelei und die Gemeinheit, die von dem damaligen Führer des Reiches an den Tag gelegt wurde. [...] Ein Mann, der solche Bücher herausgab und kommentierte, muss als Hauptschuldiger im Sinne des Entnazifizierungsgesetzes betrachtet werden.“²⁴⁷

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ Aschenbeck, S. 280

²⁴⁷ Zitiert nach Aschenbeck, S. 279



Rabbiner Dr. Aaron Ohrenstein im Gespräch mit Philipp Auerbach © Sammlung Wolf Stegemann



Rabbiner Dr. Aaron Ohrenstein in Amstracht © Stadtarchiv München

Anstatt sich mit Auerbachs berechtigter Kritik inhaltlich auseinanderzusetzen, listet Aschenbeck lediglich dessen ihm vorgeworfene Verfehlungen auf, um ihm auf diese Weise das Recht zur Kritik an Deeg abzusprechen. Und er versucht auch, Ohrensteins Abrücken von Deeg als letztlich von Auerbach motiviert zu relativieren.

Der öffentliche Ankläger Friedrich Weischenberg zeigte sich von den vorgelegten Entlastungsaussagen nur bedingt beeindruckt und forderte nach der Beweisaufnahme die Einweisung Peter Deegs in ein Arbeitslager für die Dauer von drei Jahren bei gleichzeitigem Vermögenseinzug: „Wer seinen Namen dazu hergibt, solche Pamphlete [gemeint sind die Bücher Deegs] zu publizieren, muss auch die Konsequenzen dafür tragen. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass er sich durch seine Unterschrift mit dem Text einverstanden erklärte. Wenn er aber anderer Ansicht war, warum hat er sich dann damals nicht dagegen verwahrt, und seine Unterschrift verweigert? [...] Auf der anderen Seite hat die heutige Beweisaufnahme ergeben, und weist der Betroffene durch zahlreiche einwandfreie eidesstattliche Erklärungen nach, dass er in persönlichem Verkehr mit Juden und Ausländern stets human und hilfsbereit gewesen ist, ja, dass er manchem von ihnen sogar das Leben gerettet hat. [...] Ich halte es aber für ungleich belastender, wenn ein intelligenter Mensch sich in sein Studierzimmer zurückzieht und vom sicheren Schreibtisch aus eine durchaus verwerfliche Rassenlehre vertritt und propagiert, die für viele Menschen das grösste Unheil zur Folge haben musste und tatsächlich auch zur Folge hat. Zusammenfassend stelle ich fest, 1. Der Betroffene hat als Verfasser der genannten Bücher zu gelten. 2. Diese Bücher sind ihrem Inhalt nach dazu angetan, eine ganze Menschenklasse zu diffamieren. 3. Die Bücher haben eine weite Verbreitung gefunden. Das Gift hat also gewirkt und erheblichen Schaden angerichtet. [...] Er [Deeg] ist durch die von ihm herausgegebenen Bücher wesentlich mit verantwortlich für alles Unheil, das nach 1939 bis 1945, also innerhalb von rd. 6 Jahren über das Judentum und indirekt, als Folgererscheinung, über uns alle hereingebrochen ist. Er ist also als Propagandist und Förderer der verwerflichen Rassenlehre als Hauptschuldiger und Belasteter zu bezeichnen.“²⁴⁸

²⁴⁸ Ebd.

Im abschließenden Plädoyer von Deegs Anwalt findet sich kein Wort der Entschuldigung und Reue, vielmehr hebt er Deegs „Leidensgeschichte“ tränenreich hervor und hält es für an der Zeit, das Vergangene vergangen sein zu lassen und endlich wieder zur Tagesordnung überzugehen und das zerstörte Land wieder aufzubauen: „Die Zeit von 1945 bis heute war eine Zeit der Prüfung für Deeg. Nachdem die Amerikaner eingerückt waren, wurde er bald in das Internierungslager Hammelburg überführt. Hier war er über 1 Jahr. Das war eine bittere Zeit für jeden Menschen, der eine gewisse Vitalität besitzt, es stumpft ab und es ist schwer, wenn man seinem Berufe und seinen Angehörigen auf eine so lange Zeit fernbleiben muss. Bedenken Sie, dass [...] nicht nur das Vermögen Deegs, sondern auch das seiner Frau und seiner (!) Kindes unter Kontrolle und Beschlagnahme stand und nun durch die Währungsreform auf DM verschwunden ist. Wenn jemand durch dieses Fegfeuer gegangen ist, so darf man ihm zugute halten, dass er in der Tat seine Sünden abgeüßt hat. [...] Ausserdem glaube ich, wird es nun wirklich Zeit, dass wir alle, mögen wir Rechtsanwälte, Angestellte oder Arbeiter sein, dass wir uns die Ärmel hochkrepeln und beginnen zu arbeiten.“²⁴⁹

In ihrem Urteil stufte die Spruchkammer Deeg in die Gruppe der Minderbelasteten ein und erlegte ihm lediglich 800 DM Geldstrafe und ein Jahr Bewährung auf.²⁵⁰ Zur Begründung führte sie an, dass Deeg seit 1936 nicht mehr Mitglied der NSDAP gewesen sei, im Jahre 1940 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt und „während der ganzen Herrschaft des Dritten Reiches nicht zur Anwaltspraxis zugelassen“ worden sei. Deeg sei zudem ein „Opfer Streicher’scher Willkür und Maßlosigkeit“ gewesen, habe sich für eine Familie eingesetzt, die unter den Nürnberger Gesetzen zu leiden hatte und hätte wegen seines Romans „Die Glanzvolle“ 1941 Schwierigkeiten mit dem Propagandaministerium gehabt. Insbesondere habe die „Hilfe, die er Juden und Fremdarbeitern während seiner Tätigkeit in Polen von 1941 – 44 zukommen ließ, anerkannt werden“ müssen. „Daß er innerlich kein Gegner der Juden war“, so die Spruchkammer abschließend, „hat er durch sein Verhalten vor und nach und auch während seiner Tätigkeit in Nürnberg bewiesen. Es steht außer Zweifel, dass er nicht nur Dr. Ohrenstein, sondern auch anderen jüdischen Mitbürgern und Fremd-

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Vgl. ebd. sowie Main-Post, 26.8.1948

arbeitern unter eigener Lebensgefahr schützend zur Seite stand. Er hat diese Personen vor dem Zugriff der Gestapo bewahrt und ihnen dadurch das Leben gerettet.“²⁵¹

Doch Deeg wollte das für ihn relativ glimpfliche Urteil nicht akzeptieren. Er legte Berufung ein. Am 17. Januar 1949 hob der Kassationshof den Beschluss der Brückenauer Spruchkammer vom 28. August 1948 auf und ordnete die erneute Durchführung des Verfahrens an. Am 29. April 1949 erging das Urteil: Die Hauptkammer Schweinfurt stufte ihn in die „Gruppe der Hauptschuldigen“ ein und verurteilte ihn zu zwei Jahren Arbeitslager, die aber „infolge sühnemildernder Umstände“ bereits als verbüßt galten. Sein Vermögen sollte bis auf einen Betrag von 2000 Mark als „Beitrag zur Wiedergutmachung“ eingezogen werden. Die Kammer ordnete zudem an, ihm seine Pensionsansprüche, sein Wahlrecht sowie alle ihm erteilten Approbationen und Konzessionen sowie des „Recht, einen Kraftwagen zu halten“, zu entziehen. Zudem wurde ihm die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung untersagt und gegen ihn ein zehnjähriges Verbot einer freiberuflichen Tätigkeit verhängt.²⁵²

In seiner Urteilsbegründung stützte sich die Hauptkammer Schweinfurt unter ihrem Vorsitzenden Hans Stienen auf das Gutachten von Philipp Auerbach und verwies zunächst auf die negative Bedeutung von Deegs Büchern bei der Verbreitung antisemitischen Gedankenguts: „Das Gutachten besagt klar und deutlich, dass die `Nürnberger Gesetze´ ein Schanddokument für das gesamte deutsche Volk darstellen und dass das Buch von Deeg `Die Judengesetze Großdeutschlands´ dazu da war, diese Gesetze nicht nur populär zu machen, sondern sie auch auf wissenschaftlicher Grundlage zu verteidigen und zu propagieren. Die Propagierung, die mit Schuld trägt an dem Verlauf der Geschichte, ist nach Ansicht dieses Gutachtens und auch nach Auffassung der Kammer eine Hauptschuld, die ein Mann auf sich laden kann. [...] Das Buch `Die Hofjuden´ hat dazu gedient, das gesamte Judentum und dessen Vertreter verächtlich und vogelfrei zu machen. Das Buch `Die Judengesetze Großdeutschlands´ hat sich mit einer Auslegung der Judengesetze und einer Zusammenstellung der Schmutz- und Schandgesetze, die nach dem Gutachten des

²⁵¹ Sta Wü: Spruchkammer Bad Kissingen 422 Dr. Peter Deeg

²⁵² Ebd.

Staatskommissars Auerbach das Denunziantentum gross züchteten, um eine einseitige Diffamierung aller jüdischen Mitbürger herbeizuführen, befasst, was der nationalsozialistischen Regierung dann auch unter Mitwirkung solcher Herren wie Dr. Deeg gelungen ist. [...] Aus dem Ausgeführten geht schon hervor, dass der Buchautor sich der damals gewollten Propaganda verschrieb und sich mit der Zusammenfügung zeitlich nicht zueinander gehörender Urkunden und der Zusammenfassung dieser in Buchform den Methoden der Nationalsozialisten, nämlich der Diffamierung der Juden, als solcher widmete.“

²⁵³ Wie der Kassationshof hielt die Schweinfurter Hauptkammer die Entlastungsaussage von Baronin Popper-Bernert als subjektive „Sympathieäusserung“ nicht für beweiskräftig. Zudem stellte sie die Glaubwürdigkeit ihrer Erklärung in Frage: „Sachlich ist dazu zu sagen, dass viele jüdische Mischlinge in Privatbetrieben tätig, ja sogar dienstverpflichtet waren, ohne dass dafür die Arbeitgeber von der Gestapo verfolgt worden sind. [...] Sonderbarerweise lässt aber auch in diesem Falle die furchtbare Gestapo nach Schilderung dieser Zeugin den Betroffenen wieder laufen, trotz der Erwähnung der Zeugin, dass der Betroffene sich der Zusammenarbeit mit Polen schuldig gemacht hatte. Auch der Betroffene bemerkt hierzu an einer anderen Stelle des Aktes, dass er sich der Gestapo dadurch entzog, indem er zum Barras abhaute.“ ²⁵⁴

Auch die Aussagen Dr. Ohrensteins wurden von der Hauptkammer nicht als eindeutige Entlastung für Deeg gewertet, zumal sie unterschiedlich ausgefallen waren. Um Klarheit zu erlangen, wandte sich Hans Stienen, der Vorsitzende der Kammer, erneut an Rabbiner Ohrenstein, der ihm am 25. März 1949 nochmals seine Position darlegte: „Dr. Deeg hat sich während meines Aufenthaltes im Osten sowohl mir als auch anderen Juden gegenüber, sehr gut verhalten, was aber, wie ich geschrieben habe, nichts an der Tatsache ändert, wenn er Bücher verfasst hat in denen er die Ausrottungspolitik der Juden im 3. Reich unterstützt hat. Ich habe betont, dass ich als führende Persönlichkeit im Judentum meine persönlichen Vorteile, die ich aus meiner Bekanntschaft mit ihm gezogen habe, nicht über die allgemeinen Interessen meiner Brüder stellen darf. Die Schilderung meines persönlichen Falles trifft auch nicht ganz zu. Dr. Deeg hat mich wohl einigemal vor der Erschießung durch die Gestapo

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Ebd.

gerettet, er hat aber nie, wie er vorgibt, mit mir eine Fahrt nach Lemberg etc. unternommen. Was seine Weltanschauung betrifft, um die Sie mich fragen, so kann ich behaupten, dass Dr. Deeg im Osten niemals etwas von seiner antisemitischen Theorie, die er in seinen Schriften entwickelt hat, uns spüren ließ. Umgekehrt hat er sich tatsächlich öfters sehr antinationalsozialistisch ausgedrückt. [...] Dass Dr. Deeg ein sehr komplizierter und nicht einwandfreier Charakter ist, braucht kaum gesagt zu werden. Ein jeder, der mit ihm Fühlung nimmt, merkt dies leicht. Dabei spielt seine persönliche Ambition und Größenwahn eine der Hauptrollen.“²⁵⁵

Für Stienen passt die Art und Weise, wie sich Deeg in der NS-Zeit bemüht hat, prominente Persönlichkeiten der Partei für sich zu gewinnen, nicht zur Haltung eines NS-Gegners, als der er sich vor der Hauptkammer mit allen Mitteln darzustellen versuchte. Für ihn und die restliche Kammer hat Deeg nicht nur „eine ausserordentliche politische und propagandistische Unterstützung gewährt“, sondern sich „aus politischen Beweggründen eines Verbrechens gegen Opfer des Nationalsozialismus schuldig gemacht“.²⁵⁶ Als geübter Jurist, der in abstrakten Begriffen zu denken gewohnt sei, hätte er die Folgen seiner Handlungsweise sehr gut überblicken können. Ihm hätte klar gewesen sein müssen, „dass die Folgen der Veröffentlichung seiner Bücher judenfeindlich wirken würden“.²⁵⁷ „Nach Ansicht der Kammer“, so Stienen, „durfte der Betroffene sich niemals dazu hergeben, das konkrete Recht der von der NSDAP verfolgten Juden der öffentlichen Missachtung preiszugeben und den unmenschlichen Kampf der Banditen, wie Streicher und Hitler, und wie sie alle geheißen haben, mit seinem, dem Ansehen eines juristischen Fachmannes und Wissenschaftlers, zu unterstützen und zu fördern.“²⁵⁸ Wie der Kassationshof ging die Schweinfurter Hauptkammer zudem davon aus, dass Deeg durch sein Autorenhonorar von 30 000 RM und die Einnahmen aus den Radioübertragungen einen „erheblichen Nutzen“ aus seinen Büchern gezogen habe. „Dieser Fall Deeg gehört“, so Stienen weiter, „in das traurige Kapitel vom Versagen eines grossen Teiles der deutschen Intelligenz, die Kraft ihrer besseren

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ Ebd.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Ebd.

Einsicht und ihres Anspruches auf geistigen Rang zu höherer Verantwortung verpflichtet war.“²⁵⁹ Durch die Herausgabe der Bücher sei die „Empfindlichkeit des Rechtsgefühls der Deutschen als ‚Herrenrasse‘“ einseitig gesteigert und „die Juden als typische Figur eines Parias der Gesellschaft und Ausgeburt der Hölle gebrandmarkt“ worden.²⁶⁰ Mit größter Entschiedenheit weist Stiener den Versuch Deegs zurück, sich mit Hilfe Shakespeares und anderer Autoren vom Odium des Antisemiten reinzuwaschen: „Hier eine Parallele zu ziehen zwischen Deeg und Shakespeare ist absurd. Deeg hat sich den systematisch von Parteistellen und Parteigrößen betriebenen unehrlichen Massnahmen und Rechtsbrüchen zur Rechtlosmachung eines bestimmten Volksteiles – der Juden – durch seine Handlungen zur Verfügung gestellt. Es waren im Gegensatz zu Shakespeare niedrige und selbstsüchtige Instinkte, die ihn trieben. Darüber täuscht auch nicht der Versuch des Betroffenen durch seine Behauptung hinweg, er sei durch Streicher gewaltsam aus der Bahn des Rechts gedrängt worden. Immer wieder kehrt der Betroffene diese Dialektik hervor. Die Kammer ist sich dessen aber bewusst, dass der Betroffene kein Opfer des gewaltigen Parteimannes war (Streicher hätte für diese Arbeit damals genug willige Literaten gefunden), sondern der Betroffene ist im Zusammenwirken mit Streicher ein Vergewaltiger des Rechts geworden.“²⁶¹

Auch dort, wo Deeg in den „Judengesetzen Großdeutschlands“ „lediglich“ Hitler zitiere, sei seine persönliche Meinung doch greifbar: „Durch den Zusammenhang mit dem vom Verfasser erörterten Problem aber eingefügt in die Gedankengänge des Gesamtwerkes, hat der Autor sich dieses Gedankengut dahingehend zu eigen gemacht, dass an seiner damaligen Überzeugung und an deren Verbreitung im Sinne seines Vorwortes zu diesem Buch [...] nicht mehr gezweifelt werden kann. [...] Verantwortlich wird der Betroffene nicht für seine Gedanken, sondern für seine Tat – die Verbreitung des Giftes – gemacht. Durch den persönlichen Besitz des Giftes begeht man noch kein Verbrechen, aber durch die hinterlistige Austeilung des Giftes.“²⁶² Deegs Bücher seien in einer Zeit herausgegeben worden, „in der Adolf Hitler in seiner Reichstagsre-

²⁵⁹ Ebd.

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Ebd.

²⁶² Ebd.

de vom 30.1.1939 die Ausrottung der Juden im Falle eines kommenden Krieges angekündigt“ habe. Durch seine Bücher und durch die Radiosendungen habe Deeg „die Hetze zur Verfolgung der Juden mitbetrieben und sich dadurch des Verbrechens gegen Opfer des Nationalsozialismus aus politischen Beweggründen schuldig gemacht“. Er habe die „Judengesetze verteidigt und populär gemacht“ und „die geistige Haltung des Volkes weitgehend beeinflusst und dadurch auch indirekt mit zu dem Diebstahl an den Juden und zur Ausrottungspolitik beigetragen“. „Es geht aber“, so Stienen weiter, nicht an, „dass durch das Gesetz die verhetzten kleinen Leute – die durch die Hetze verwirrt, zu strafbaren Handlungen verleitet wurden – (Judenpogrom), härter bestraft werden als ein Inspirator und Drahtzieher, die wirklich Schuldigen.“²⁶³

Mit Blick auf die zahlreichen Erklärungen, die Deegs Einsatz für „Polen und rassistisch Verfolgte“ hervorhoben, bemerkte Stienen, dass deren Glaubwürdigkeit für die Kammer schwer zu beurteilen sei, sie aber aufgrund ihrer langen Erfahrung „alle mehr oder weniger subjektiv gegeben“ seien. Diese Art Entlastungen würden auch von vielen anderen Betroffenen vor den Spruchkammern beigebracht. Auch wenn sie wahr seien, hätte Deeg mit ihnen doch nicht nachweisen können, dass seine „Unterstützung von Opfern und Gegnern des Nationalsozialismus“ auf „antinationalsozialistischen Beweggründen“ beruht habe.²⁶⁴

Gegen das Urteil der Hauptkammer legte Deeg durch seine Anwälte Ludwig Sailer und Dr. Raab am 17. Mai 1949 Berufung bei der Berufungskammer in Würzburg ein. In seinem Schreiben begründete Dr. Raab dies mit der „Voreingenommenheit und Parteilichkeit“ der Schweinfurter Hauptkammer und ihres Vorsitzenden. Durch die zweijährige Internierungshaft und das vierjährige Berufsverbot habe sein Mandant „schwere seelische und wirtschaftliche Nachteile“ erlitten. Die Verfasserschaft der von der Kammer kritisierten Bücher sei ihm „lediglich fälschlicherweise unterschoben“ worden.²⁶⁵

Die Berufungskammer Würzburg hob am 29. Juli 1949 das Urteil der Schweinfurter Hauptkammer auf und stufte Deeg schließlich als „Mitläufer“ ein. Aus heutiger Sicht erstaunt es, wie relativ glimpflich nach dem Krieg der

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ Ebd.

²⁶⁵ Ebd.

Autor der „Hofjuden“ und der „Judengesetze Großdeutschlands“, der noch wenige Jahre zuvor die „Notwendigkeit einer definitiven Lösung der Judenfrage“ aufgezeigt hatte, letztlich davongekommen ist. Seine Rolle als einer der führenden antisemitischen Autoren des NS-Regimes stand jedenfalls seiner Karriere in der Nachkriegszeit nicht sonderlich im Wege.

Als Aaron Ohrenstein 1952 im Zuge des Auerbach-Prozesses, der vor allem vom bayerischen Justizminister Josef Müller vorangetrieben worden war, um den ihn unliebsamen Staatskommissar loszuwerden, wegen angeblicher Veruntreuung von Geldern aus Wiedergutmachungsansprüchen von NS-Opfern in die Schusslinie der bayerischen Justiz geriet, sagte Peter Deeg als Zeuge für Ohrenstein aus. Doch Ohrenstein wurde wegen Betrugs zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 10 000 DM verurteilt. Auch wurde ihm vorgeworfen, 1950 Müller mit 20 000 DM bestochen zu haben, was dieser auch zugab. Über den Prozess lernte Deeg Müller und dessen persönlichen Referenten Hans Weiß, den späteren Bad Kissinger Oberbürgermeister und Senatspräsidenten, sowie Franz Josef Strauß kennen, mit dem ihn in der Folgezeit eine enge persönliche Freundschaft verbinden sollte.

Mitte November 1951 bat Dr. Deeg das Oberfinanzpräsidium Nürnberg um die Erlassung der „Entnazifizierungssühne und -kosten“ in Höhe von 3101, 50 DM. Dabei berief er sich erneut darauf, dass der ihm zur Last gelegte Vorwurf, „ein Judenhasser gewesen zu sein“ im Widerspruch dazu stehe, dass er „unter Gefährdung seines eigenen Lebens“ im Osten Juden vor dem Tode bewahrt habe. Außerdem möge bedacht werden, „daß die über ein Jahr währende Internierung für einen schließlich zum Mitläufer erklärten Menschen, der lediglich in seiner Studentenzeit kurze Zeit der NSDAP angehörte [was so aber nachweislich nicht stimmte!] „Einbuße genug bedeutet“ habe.²⁶⁶

Deeg bemühte sich mit großem Nachdruck um seine Zulassung als Rechtsanwalt. „Vor allem“, so Nils Aschenbeeg, „wollte er herausstellen, dass er eben kein Antisemit gewesen sei, dass man ihm kein moralisches Fehlverhalten vorhalten könne.“²⁶⁷ Deeg bat Ohrenstein, für den er kurz zuvor im Prozess ausgesagt hatte, eine entlastende Erklärung für ihn abzugeben. Anders als 1948 kam Ohrenstein am 10. November 1952 (dem Jahrestag der Pogrom-

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Aschenbeck, S. 299

nacht) dieser Bitte nach (vielleicht auch um sich für Deegs zuvor gezeigten Einsatz für ihn zu revanchieren): „Wie bereits bei früherer Gelegenheit bestätigt, ist Herr Dr. Deeg von 1941 bis 1944 in Polen gewesen und hat sich dort in einer für die Juden sehr schweren Zeit nicht nur nicht als Antisemit, sondern als Philosemit bewiesen. Dadurch ist seine Mitarbeit, welche er vorher beim Zustandekommen von Büchern antisemitischen Inhalts (Hofjuden) leistete, weitgehend gegenstandslos geworden.“²⁶⁸ Deeg sei zu dieser Mitarbeit aus „Zwangslagen“ heraus verleitet worden, weil man ihm dafür seine Zulassung als Rechtsanwalt versprochen habe, die man ihm aber „mangels politischer Zuverlässigkeit im Sinne des Nationalsozialismus nicht verliehen“ habe.²⁶⁹ Auch Hans Weiß, den Deeg als Mitglied des Gedonkreises zusammen mit Franz Josef Strauß, Friedrich Zimmermann und Josef Müller kennenlernte, setzte sich bei Justizminister Otto Weinkamm für Peter Deeg ein, so dass dieser im Dezember 1952 dessen Zulassung unterschrieb.²⁷⁰

Auf Hans Weiß sollte Deeg schon bald wieder in Bad Kissingen treffen, als dieser 1952 in Deegs Geburtsstadt zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Peter Deeg beriet die Stadt 1954/55 bei der geplanten Ansiedlung einer Spielbank und sollte für sie einen möglichst günstigen Vertrag mit dem Land Bayern aushandeln. Nach Erteilung der Konzession wechselte er die Seiten und bemühte sich, für Siegfried Gembicki, an den die Spielbankenkonzession gegangen war, eine höhere Umsatzbeteiligung in Nachverhandlungen mit dem Land zu erreichen. Als 1955 auf Antrag der CSU ein Spielbankenuntersuchungsausschuss eingesetzt wurde, der nachweisen sollte, dass Politiker der Bayernpartei Schmiergelder von Konzessionären bekommen hatten, drohte Peter Deeg zwischen die Fronten zu geraten: „Wenn jemand“, so Nils Aschenbeck, „über schwarze Geschäfte im Umfeld der Spielbankenkonzessionen Auskunft hätte geben können, so schien es, war es ausgerechnet Peter Deeg. CSU-Mann Rudolf Hanauer (1908-1992) bedrängte Deeg, wollte über Deeg belastende Informationen zur Bayernpartei erfahren.“²⁷¹ Doch Deeg gelang es, sich selbst geschickt aus der Schusslinie zu nehmen. „Er hatte sich aber-

²⁶⁸ Zitiert nach Aschenbeck, S. 299f

²⁶⁹ Aschenbeck, S. 300

²⁷⁰ Vgl. Aschenbeck, S. 301

²⁷¹ Aschenbeck, S. 305

mals“, so Aschenbeck, „den Ruf eines klugen Anwaltes erworben, der gut taktieren konnte. Bei der CSU, gerade bei Franz Josef Strauß, öffneten sich für ihn weiter die Türen.“²⁷²

Deutlicher Kritik sah sich der Bad Kissinger Anwalt 1959 im „Spiegel“ wegen seines Verhaltens gegenüber der **Familie Isacson** ausgesetzt: Er hatte für die Witwe Erna Isacson und deren Sohn Hans die Rechtsvertretung im Streit mit dem Finanzamt Recklinghausen übernommen und dabei ein sehr fragwürdiges Verhalten an den Tag gelegt. Erna Isacson und ihr verstorbener Mann hatten ihr Kaufhaus im Geschäftszentrum von Recklinghausen unter dem Druck der NS-Diktatur veräußern müssen. Auf abenteuerliche Weise war ihnen 1940 noch die Flucht ins rettende Exil gelungen. Im Juli 1950 erklärte sich Josef Weiser, der Käufer ihres Kaufhauses, nachträglich bereit, die Isacsons mit 500 000 Mark zu entschädigen. 100 000 Mark sollten sofort gezahlt, der restliche Betrag in Jahresraten zu 50 000 Mark abbezahlt werden. Um ihre Forderung abzusichern, ließen die Isacsons eine Hypothek auf das Kaufhausgrundstück ins Grundbuch eintragen. Sechs Jahre später forderte das Finanzamt Recklinghausen aufgrund des Lastenausgleichsgesetzes von 1952 von den Isacsons 169 618, 80 Mark und veranlasste daher die Pfändung der noch von Weiser ausstehenden Summe von 150 000 Mark zur „Sicherung der Abgabeschuld“. Die Isacsons, die mit der bundesrepublikanischen Gesetzgebung nicht vertraut waren, hielten nun Ausschau nach einem Rechtsanwalt, der ihnen bei der Auseinandersetzung mit dem Finanzamt helfen könnte. Bei ihrer Suche stießen sie auf Peter Deeg, der über sehr gute Beziehungen zu Bonner Ministerien verfügte. Als Honorar ließ er sich bei Vertragsunterzeichnung 1000 Mark sofort auszahlen und eine Abschlussgebühr in Höhe von 8 Prozent des Objektwertes zusichern. Deeg zog noch den Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Walter Eckhardt hinzu, der für die CSU als Abgeordneter im Deutschen Bundestag saß. Dieser ließ sich sogar 10 Prozent aus dem Streitwert als Honorar vertraglich zusprechen. Die beiden Juristen informierten die Isacsons in der Folgezeit über ihre geplanten und tatsächlichen Aktivitäten, worunter auch Kontakte mit der belgischen Botschaft und der Israel-Mission zu finden waren. Eine Erfolgsmeldung blieb jedoch aus. Mit der Zeit verlor Hans Isacson

²⁷² Aschenbeck, S. 306

die Geduld und sprach selbst beim Finanzamt Recklinghausen vor. Hier erfuhr er, dass die ganzen Bemühungen seiner Anwälte eigentlich unnötig und überflüssig gewesen waren, da aufgrund des Lastenausgleichsgesetzes in besonderen Fällen Nachlässe gewährt werden könnten. Aus Billigkeitsgründen erließ das Finanzamt Recklinghausen daher den Isacsons 91 088, 80 Mark. Obwohl die beiden Anwälte zu dieser Lösung nichts substantziell beigetragen hatten, ließen sie sich von den Isacsons das vereinbarte Erfolgshonorar in Höhe von 9108, 88 Mark bzw. 7287, 10 Mark auszahlen. „Erst nachdem er seinen Rechtsberatern die Summe von 16 395, 98 geopfert hatte“, so der „Spiegel“ am 17. Juni 1959, „gewann Hans Isacson die schmerzliche Erkenntnis, daß er das gleiche Ergebnis auch allein und ohne Anwaltskosten hätte erzielen können.“²⁷³ Gegen die Berichterstattung des Spiegels versuchte Dr. Walter Eckhardt gerichtlich vorzugehen, da der Artikel seiner Meinung nach „von Unwahrheiten, Halbwahrheiten, bewußten Auslassungen und Entstellungen nur so“ strotze und er „in gemeiner und ehrabschneidender Absicht“ seine „Tätigkeit als Abgeordneter in Verbindung mit“ seiner „Berufsausübung als Anwalt“ gebracht habe.²⁷⁴ Mit seiner Klage hatte Dr. Eckhardt jedoch keinen Erfolg. Sie wurde von der 4. Zivilkammer des Landgerichts München I abgewiesen. In der Begründung des Entscheids heißt es dabei: „Die Tatsachenbehauptung, der Kläger nehme anderen im Falle Isacson `auf originelle Weise´ Gelder ab, (ist) nicht rechtswidrig, nicht objektiv falsch und weder nach Form oder Inhalt beleidigend. Sie enthält eine erlaubte Kritik. Das gleiche gilt, soweit behauptet wird, es seien `stattliche Gelder´ abgenommen worden. Der für die Steuererlaßangelegenheit liquidierte Betrag ... von 10 Prozent aus der erlassenen Steuersumme von 91 088,80 Mark = 9108,80 Mark darf als stattlich bezeichnet werden.“²⁷⁵ Das Gericht stellte fest, dass Dr. Eckhardt nach der Gebührenordnung lediglich 3334,50 Mark sowie seine Auslagen hätte geltend machen dürfen. Wenn man dieser Argumentation des Gerichts folgt, müssten eigentlich auch die Honorarforderungen Dr. Deegs deutlich überhöht gewesen sein. Zudem hätte er eigentlich als versierter Rechtsanwalt von den Bestimmungen des Lastenausgleichsgesetzes Kenntnis haben und die Familie Isacson dem-

²⁷³ Der Spiegel, 17.6.1959, Heft 25, S. 25

²⁷⁴ Der Spiegel, 8.7.1959, Heft 28, S. 8

²⁷⁵ Der Spiegel, 6.1.1960, Heft 1, S. 82

entsprechend beraten müssen, was aber offenbar so nicht geschehen ist. Deeg wurde dann auch 1961 vom Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte zu einer Strafe von 2000 Mark verurteilt, erreichte jedoch eine Aufhebung der Zahlungsverpflichtung und 1963 eine Einstellung des Verfahrens.²⁷⁶

Nils Aschenbeck beschönigt Deegs Verhalten in der Isacson-Affäre, indem er ihm nur selbstlose Motive unterstellt: „Deeg empfand die geltende Regelung auch und gerade aus der Sicht der Mandanten für ungerecht. Er, der sich selbst als brillanten Anwalt sah, wollte für die Mandanten etwas herausholen – und dann dafür auch angemessen bezahlt werden. [...] Erst im Jahr 2008 wurde die Standesordnung für Rechtsanwälte geändert. Seit 2008 sind erfolgsabhängige Vergütungen möglich; Peter Deeg war hier seiner Zeit voraus.“²⁷⁷

In das Visier der Spiegel-Autoren geriet der Kissinger Anwalt wenige Jahre später erneut. Als Generalbevollmächtigter der italienischen Rüstungsfirma Simmel sah sich der Strauß-Freund Dr. Peter Deeg in die sog. „Granaten-Affäre“ verwickelt, in der es um seine Rolle bei der Vermittlung eines Rüstungsgeschäfts gegangen ist. Im September 1964 stellte der Bayerische Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte das Verfahren gegen ihn jedoch ein. Und auch aus dem Verfahren am Oberlandesgericht München, in dem sich der Verteidigungsminister Strauß gegen die Korruptionsvorwürfe des „Spiegels“ im März 1965 zur Wehr setzte, wurde das Verhalten Deegs nicht beanstandet. Nils Aschenbeck resümiert: „Für Deeg blieb dieses Verfahren ohne Folgen; er hatte sich beim Simmel-Geschäft nichts zuschulden kommen lassen, hatte den Verteidigungsminister nie um Unterstützung oder Entgegenkommen gebeten. Dennoch ist sein Name seitdem mit einer ‚Granatenaffäre‘ verknüpft.“²⁷⁸

²⁷⁶ Aschenbeck, S. 314

²⁷⁷ Aschenbeck, S. 315

²⁷⁸ Aschenbeck, S. 332, vgl. auch dazu: „Onkel Aloys“. In: Der Spiegel, 26.9.1962, Heft 39, S. 29-43; „Balkan in Bonn“. In: Der Spiegel, 3.10.1962, Heft 40, S. 28; Gegendarstellung Deegs im „Rückspiegel“. In: Der Spiegel, 30.1.1963, Heft 5, S. 74



Dorothea und Peter Deeg, 1958 © Staatsarchiv Würzburg, Nachlass Deeg

Finanziell ging es der Familie Deeg in den 50er Jahren zunehmend besser. Dorothea Deeg hatte das Kurhaus Hohenzollern von ihren Eltern geerbt und gewinnbringend an die LVA Württemberg verpachtet. 1959 erwarb sie den benachbarten „Russischen Hof“ mit dem Ziel, auch diesen an die LVA zu vermieten. Doch erwiesen sich die notwendigen Sanierungen als unerwartet aufwendig und teuer, so dass sich die Deegs zum Verkauf des „Russischen Hofes“ an die LVA entschlossen. Dafür rückte ein anderes Projekt auf dem Zückberg in den Vordergrund. Dort hatte das Ehepaar Deeg bereits in den 50er Jahren Grund und Boden erworben und sich ein Wohnhaus gebaut. Die Familie beschloss, in unmittelbarer Nähe ein Sanatorium zu errichten, das 1964 unter dem Namen „Deegenberg-Sanatorium“ eröffnet wurde. Die Zeitschrift „Elegante Welt“ feierte das 20-Betten-Haus als „eines der schönsten und exklusivsten Sanatorien Deutschlands“²⁷⁹. Doch da die Gäste (unter ihnen Wolfgang Wagner und der Tenor Hans Hopf) nur im Sommer kamen und das Haus sich im Winter nicht rechnete, nahmen die Deegs die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte mit ins Boot und wandelten das Sanatorium in eine Rehaklinik um, die offiziell von Dorothea Deeg geleitet wurde, während sich Peter Deeg um Vertragsangelegenheiten und den Ausbau der Klinik kümmerte. Dorothea Deeg starb im April 1992, ihr Mann überlebte sie und starb hochbetagt im Alter von 97 Jahren am 25. Juni 2005 in seiner Heimatstadt.²⁸⁰

Der Historiker Martin Finkenberger zieht in seinem Artikel über Peter Deeg im „Handbuch des Antisemitismus“ eine sehr negative Bilanz der Nachkriegsjahre Deegs: „Er übernahm [nach 1945] eine Reihe lukrativer Wirtschaftsmandate, unter anderem im Rüstungsbereich. Hilfreich war dabei seine Freundschaft mit Franz-Josef Strauß. Deeg, der frisch aufzutreten wusste und wenig Skrupel zeigte, verband in den dreißiger Jahren seine antisemitische Einstellung mit persönlichen materiellen Motiven. In den 1950er und 1960er Jahren setzte sich dieses Verhalten, gelöst von einem öffentlich geäußerten Antisemitismus, fort. Durch seine Geschäftstüchtigkeit geriet Deeg mehrfach in die Schlagzeilen. Dass er einstmals ‚Forschungsbeauftragter‘ Streichers war, kam in der Presseberichterstattung zwar zur Sprache, in der Akzeptanz als

²⁷⁹ Aschenbeck, S. 357

²⁸⁰ Ebd.; vgl. auch http://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Deeg, 7.6.2012; Finkenberger/Benz, S. 165f; Arnegger, S. 127-130

geachtetes Mitglied der Nachkriegsgesellschaft konnten ihm solche Vorwürfe allerdings kaum Schaden zufügen.“²⁸¹



Das Deegenberg-Sanatorium auf dem Zückberg © Stadtarchiv Bad Kissingen. Fotosammlung

Zu einem ganz anderen Urteil gelangt Deegs Biograf Nils Aschenbeck, wenn er gegen Ende seiner Biografie das Leben des Kissinger Juristen von dessen Läuterung in Galizien her letztlich positiv bewertet: Deeg habe eine Wandlung vom „karriereorientierten Mitläufer, vom Autor antisemitischer Bücher zum moralisch aufrechten Menschen“ durchlaufen, „der nicht mehr irrte, der dort, wo er konnte, den Verfolgten half.“²⁸² Zudem sieht Aschenbeck Deegs Handlungsmöglichkeiten durch die Allmacht des NS-Regimes und die Sorge um seine Familie stark eingeschränkt: „Die Reise zu den Orten, an denen Peter Deeg gelebt hat, bestätigt, das Deeg als Einzelner dem System machtlos ge-

²⁸¹ Finkenberger/Benz, S. 164f

²⁸² Aschenbeck, S. 374

genüberstand. Er war ein kleiner Mensch in der großen weiten Ukraine, ausgeliefert einem verbrecherischen System, dem alle Mittel zur Verfügung standen. Deeg konnte nur bestehen und überleben, wenn er sich unauffällig und angepasst verhielt. Ausgehend von seiner Mentalität hätte er zweifellos den Widerstand proben können, zuletzt tat er es dann. Doch die Sorgen um seine Frau und seinen kleinen Sohn bremsten sein Naturell, verhinderten, dass er sich im Generalgouvernement um Kopf und Kragen redete.“²⁸³

Ähnlich argumentiert auch die Webseite „www.deegen.net“ unter Hinweis auf Gottfried Wagners Buch „Wer nicht mit dem Wolf heult“, wenn sie Deeg attestiert, sich nach 1940 vom Nationalsozialismus und Antisemitismus völlig abgewandt zu haben. Deeg habe erkannt, dass sein Lebensentwurf mit dem geltenden Herrschaftssystem unvereinbar sei. Zudem hätten die Verbrechen an Polen und Juden in Lemberg ihn dazu bewogen, „sich von der NS-Ideologie und dem Antisemitismus völlig zu lösen und seinem Leben und Wirken eine andere Richtung zu geben.“²⁸⁴

Machen es sich Aschenbeck und „deegen.net“ nicht doch etwas zu einfach mit ihrem exkulpierenden Urteil? Wenn sich Deeg bereits nach 1940 deutlich vom Antisemitismus und Nationalsozialismus abgewandt hatte, warum ließ er sich dann im August/September 1941 für die Operation Todt als Geschäftsführer anwerben? Kann man Deeg, der über dem Eingang seines Wohnhauses auf dem Zückberg seinen Leitspruch „Kein Muß, außer Sterben in Gott“ anbringen ließ, wirklich nur als hilfloses Opfer der Verhältnisse sehen? Kann man so einseitig das Problematische an der Persönlichkeit Deegs auf äußere Umstände und psychologisch daraus abzuleitende Reaktionen zurückführen, während positive Verhaltensweisen als Akt des Widerstands dargestellt werden? Sicherlich gebührt Peter Deeg für die Rettung einiger Mitarbeiter in Polen (aus welchen Gründen auch immer sie erfolgte) fraglos Respekt, doch hebt dies nicht einfach seine mehr als problematische Tätigkeit als einer der führenden antisemitischen Autoren der NS-Zeit auf. Eine echte selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld und Verantwortung fand sich bei ihm in den Spruchkammerprozessen ebenso wenig wie ein aufrichtiges Wort des Bedauerns oder gar eine Bitte um Vergebung. Stattdessen leugnete er hart-

²⁸³ Aschenbeck, S. 380

²⁸⁴ Webseite Deegen.net: <http://www.deegen.net>, 15.8.2019

näckig seine Autorschaft an den „Hofjuden“ und dem „Judengesetzen Großdeutschlands“ und versuchte, vor Gericht den Eindruck zu erwecken, als ob er als „Feind des Nationalsozialismus“ spätestens seit 1939 verfolgt worden sei. Die Rolle eines Opfers des NS-Regimes wird seiner Person und seiner Biografie aber ebensowenig gerecht wie die Rolle eines allein von den Umständen und seinen charakterlichen Schwächen verführten, rein karrierorientierten Mitläufers, der innerlich weder Nationalsozialist noch Antisemit war. Dasselbe gilt auch für den Versuch, ihn als „kleinen Menschen“, der sich ohnmächtig einem verbrecherischen System ausgeliefert fühlte, von jeder Schuld und Mitverantwortung reinzuwaschen. Vielmehr möchte man eher Hans Stienen, dem Vorsitzenden der Hauptkammer Schweinfurt, in seiner Einschätzung zustimmen, dass Peter Deeg durch seine Bücher, Vorlesungen und Radio-sendungen die NS-Propaganda unterstützt, „die Hetze zur Verfolgung der Juden mitbetrieben und sich dadurch des Verbrechens gegen Opfer des Nationalsozialismus aus politischen Beweggründen schuldig gemacht“ habe.²⁸⁵ Sein Einsatz für seine jüdischen Mitarbeiter in Polen sollte gewürdigt werden, steht aber auf einem anderen Blatt Papier.

²⁸⁵ Ebd.